

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements - Preis pränumerando
Bietzeit 2,50 RM. monatl. 1,50 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jeber drei Zeilen 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Erreiner-

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonntag, den 5. November 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Ein neues Polen.

Berlin, 5. November. (W. L. B.) Folgendes Manifest wird heute durch den Kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau, General der Infanterie von Beseler, verkündigt:

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen

selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung

zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird im gemeinsamen Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freunden neu erstehen und ausblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur.

Eine Rundgebung gleichen Inhalts wird von dem R. und K. Militär-Generalgouverneur in Lublin, Feldzeugmeister Kul, bekanntgegeben.

Polens Schicksalsstunde.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben eine geschichtliche Entscheidung getroffen. Sie haben die Bildung des polnischen Staates beschlossen. Hundert Jahre sind vergangen, seitdem die europäischen Mächte im Wiener Kongreß den Hauptkörper Polens aus dem westlichen Kulturkreis herausgenommen und Rußlands Händen anvertraut hatten. Nicht die „Beschützer der kleinen Nationen“ sind es, die jetzt dieses Land seiner nationalen Entwicklung zurückgeben, sondern die beiden Mächte, gegen die fälschlich im Namen der kleinen Nationen der Haß der ganzen Welt aufgerufen worden ist. Die Westmächte haben Polen mancherlei platonische Sympathien bezeugt. Gar manches zu keiner Tat verpflichtende „Vive la Pologne“ erklang aus dem Westen. Jedemal, wenn sich die Polen im Vertrauen auf Hilfe aus London und Paris in den Kampf um ihre Unabhängigkeit begaben, zeigte es sich, daß sie auf leere Worte gebaut hatten. Von dieser Seite konnte ihnen die Freiheit nicht kommen. Wären heut die Entscheidungen anders gefallen, wären im Osten die russischen Waffen siegreich, so hätte wiederum für hundert Jahre ohne Einspruch der Westmächte die Bevölkerung Kongreßpolens ihre Ketten von Versprechung zu Versprechung geschleppt.

Die Befreiung Polens ist mit dem Siege Deutschlands und seiner Verbündeten verknüpft. Nur sie, nicht Rußland und nicht die Westmächte, haben an dem Bestand eines freien Polens ein eigenes Lebensinteresse. Die Erkenntnis dieses Interesses, zu der die Entwicklung Europas im zwanzigsten Jahrhundert drängt, ist — wir wissen es wohl — noch nicht überall in Deutschland durchgedrungen. Und es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann bei uns hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gutzuheißen, der mit dem Manifest getan wird. Manche Erfahrungen mit den jetzt und in Zukunft unauslöschlich zum preußischen Staate gehörigen Polen scheinen dem großen Wurse, den wir tun, nicht günstig zu sein.

Ueber allem Für und Wider aber steht beherrschend der Satz, daß wir um unserer eigenen Zukunft willen Polen nicht an Rußland zurückfallen lassen dürfen. Deutschlands Sicherheit verlangt für alle kommende Zeit, daß nicht aus einem als militärisches Ausfallstor ausgebautem Polen russi-

sche Heere, Schlesien von Ost- und Westpreußen trennend, in das Reich eindringen können. Nicht immer wird ein gütiges Geschick uns einen Hindenburg zur Verfügung stellen, um trotz solcher Grenzen die Russenflut einzudämmen. Um drei Millionen wächst alljährlich die Bevölkerung des Reichsreiches im Osten. Kürzere, stark geschützte Grenzen werden das festeste Fundament eines ruhigen Verhältnisses zu unserem russischen Nachbar sein. Wir werden es als einen großen Gewinn anzusehen haben, wenn wir auch bei den Entwicklungen und Aufgaben kommender Friedensjahre die Polen an unserer Seite haben, die nach Kultur, Religion und Geschichte in der Vergangenheit zum Westen gehörten und auch für die Zukunft dorthin gehören sollen.

Den von der russischen Herrschaft befreiten Polen bieten wir die Möglichkeit, sich in einem eigenen Staate an die Mittelmächte anzulehnen und in festem Verbande mit ihnen ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu führen. Dabei werden sie namentlich für die nächste Zeit auf unsere Hilfe starken Anspruch machen. Die russische Herrschaft hat polnisches Beamtentum, polnische Lehrerschaft, polnische Wehrkraft nicht aufkommen lassen. Sie hat das aufstrebende Land niederzuhalten, zu trüben, zu verwirren gewußt. Bahnbau und Wasserstraßen sind vernachlässigt. Ueberall sind die Grundlagen staatlicher Verwaltung erst zu schaffen. Mancherlei ist während der Okkupation bei verständnisvoller Mitarbeit der Polen bereits geleistet worden. Auch militärische Kräfte sind von den Polen für die Befreiung vom russischen Joche eingesetzt worden. Die Polnischen Legionen haben bereits in mancher Schlacht an der Seite der Mittelmächte ruhmvoll gegen Rußland gestritten. Die Errichtung einer polnischen Wehrmacht ist also an sich nichts Neues. Indem die Mittelmächte den Polen den allmählichen Ausbau einer eigenen Wehrmacht gestatten, erfüllen sie ihnen einen brennenden Wunsch, der bei dieser militärisch so begabten Nation besonders begreiflich ist. Schritt für Schritt wird der Aufbau des polnischen Staatswesens weitergeführt werden. Harter mühevoller Arbeit wird zu leisten sein. Ueber alle Schwierigkeiten hinweg wird die alte staatenbildende Kraft unseres Volkes das große Ziel erreichen und erreichen helfen. So werden wir mit der Zeit im neuen polnischen Staate einen tüchtigen befreiten Nachbarn erhalten, Deutschland nach Osten sichern und der Zukunft Europas einen wertvollen Genossen gewinnen.

(W. L. B.)

Wir werden morgen unsere Stellung zu dem vollzogenen geschichtlich wichtigen Akt ausführlich darlegen. Red. d. „V.“

Erhöhung der Familienunterstützung.

Der Reichstag hat vor seiner Vertagung die vom Hauptauschuß beschlossene Resolution über die Erhöhung der Familienunterstützung angenommen. Die Resolution fordert im Sinne des sozialdemokratischen Antrags 20 M. für die Frau des Kriegsteilnehmers und 10 M. für jeden weiteren Angehörigen als Reichsunterstützung. Die Gemeindezuschläge sollen nach dem Grade der Bedürftigkeit bemessen, also keineswegs herabgesetzt, sondern in bestimmten Gemeinden erhöht werden.

Die Regierung hat sich trotz Drängen des Reichstags nicht zu genauen Erklärungen über die Ausführung der Resolution bewegen lassen, sie hat aber eine

wesentliche Erhöhung

der Unterstützung in Aussicht gestellt.

Wie verlautet, soll die Erhöhung nach den in der Resolution geforderten Sätzen in Aussicht genommen sein. Die Reichsunterstützung würde dann also ab 1. Januar 20 M. für die Frau und 10 M. für jeden weiteren Angehörigen betragen.

Am 1. Dezember soll ein außerordentlicher Zuschuß zu den Unterstützungen gezahlt werden, der voraussichtlich 10 M. für die Frau, 5 M. für jeden weiteren Angehörigen betragen dürfte.

Damit wäre wenigstens ein Teil dessen, was der sozialdemokratische Antrag verlangte, erreicht. Mögen die Erwartungen unserer Krieger und ihrer Familien nicht getäuscht werden!

(Näheres siehe Reichstagsbericht.)

Liebknachts Revision verworfen.

Amtlich. Berlin, 4. November. (W. L. B.) In der heutigen Verhandlung des Reichsmilitärgerichts wurde die Revision des Dr. Liebknacht gegen das oberkriegsgerichtliche Urteil des Gouvernementsgerichts Berlin verworfen.

Liebknacht war, wie berichtet, am 23. August vom Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements wegen versuchten Kriegsber-

Kriegsberichte siehe 3. Seite.

rass, erschweren Ungehorsams und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren ein Monat Zuchthaus, Aussetzung aus dem Heere und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Auf Antrag des Reichsmilitärkanzlers Steinberger wurde im Interesse der Staatssicherheit und militärischer Interessen die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. Nach zweistündiger Verhandlung verkündete der Verhandlungsführer Senatspräsident Zwele in öffentlicher Sitzung: Der Gerichtshof hat die Revision des Angeklagten verworfen.

Der Angeklagte war wohl zur Reichstagsverhandlung beurlaubt, er war aber zweifellos aktiver Soldat und unterstand der Militärgerichtsbarkeit. Der Angeklagte hat sich auch des versuchten Kriegsverrats schuldig gemacht. Kriegsverrat ist ein im Kriege begangener Landesverrat. Wenn der Angeklagte auch vielleicht nicht die Absicht hatte, dem Feinde Vorschub zu leisten oder die Heeresmacht Deutschlands zu schwächen, so hat er doch vorsätzlich gehandelt, und es genügt, daß die Handlungsweise des Angeklagten geeignet war, diese Wirkung hervorzurufen. Dem Angeklagten ist vom Berliner Bezirkskommando auf Grund eines Allerhöchsten Erlasses, monach Unteroffizieren und aktiven Mannschaften verboten ist, an revolutionären oder sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen, der Befehl erteilt worden, sich von derartigen Veranstaltungen fernzuhalten.

Er hat sich nicht allein des erschweren Ungehorsams schuldig gemacht, er hat auch Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen. Die Exekutivbeamten waren genötigt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung den Angeklagten auf dem Potsdamer Platz in Berlin zu verhaften. Er hat sich dieser Verhaftung widersetzt. Deshalb ist die Revision verworfen und dem Angeklagten werden die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag vergeblich die Rechte der Immunität für den Angeklagten geltend zu machen versucht. Sie hat bei aller Differenz in den Anschauungen doch deutlich erklärt, daß die Rechte ihrer Ansicht nach nicht aus ethischen Motiven gehandelt hat.

Die griechischen Wirren.

Eine bulgarische Darstellung der Lage.

Sofia, 3. November. (B. Z. B.) (Von unserem Privatkorrespondenten.) Alle Bemühungen der Entente, den Haß des griechischen Volkes gegen die Bulgaren zu schüren und dadurch Zwistigkeiten zwischen den Nachbarn hervorzurufen, sind, wie ein bulgarischer Staatsmann erklärte, vergebens. Obwohl die griechische Regierung mit ihrem Gesandten in Sofia nur durch ungeschriebene Depeschen verkehren kann, bemüht sie sich, jeden Zwischenfall zu vermeiden. Sie hat vor einigen Tagen durch ihren Gesandten Raum verschaffen lassen, daß sie auch in Zukunft neutral bleiben werde, und erklären lassen, daß die Tätigkeit von Venizelos und seinen Freunden das offizielle Griechenland nicht engagieren kann. Wie der bulgarische Staatsmann erklärte, ist die Empörung in Griechenland über die Gewalttätigkeiten der Entente allgemein und beginnt bereits, die Venizelistenkreise zu beeinflussen. Der erste, der seine Tätigkeit beendet, ist Christodoulos, der offen erklärt hat, daß die gegen den König gerichteten Maßnahmen Griechenland selbst trafen. Auch im Schoße der provisorischen Regierung in Saloniki sind Streitigkeiten ausgebrochen. Die bulgarische Regierung erwartet noch immer das Ultimatum, das in Saloniki vorbereitet wird und von den Agenten der Entente vor über zehn Tagen angekündigt worden ist. Der bulgarische Staatsmann schloß seine Erklärung mit den Worten: Solange König Konstantin in Griechenland an der Regierung bleibt, wird Griechenland nicht gegen uns die Hand erheben. Die Regierung in Saloniki aber befindet sich bereits im Verfall.

Unzufriedenheit unter den Venizelisten.

London, 3. November. (B. Z. B.) Der „Daily Mail“ wird aus Athen vom 2. berichtet: Es sei dadurch eine forderbare Lage entstanden, daß Offiziere, die an der unter Aufsicht der Alliierten gestellten Bahnlinie von Larissa Dienst tun, royalistischen Offizieren gestatteten, Verstärkungen auszuschießen, um den Vortritt der venizelistischen Streitkräfte in Eleterini aufzuhalten. Daß die Alliierten zugeben, daß militärische Maßnahmen gegen ihre eigenen Verbündeten getroffen werden, werde für inkompetent und unpassend gehalten, und die Venizelisten seien persönlich darüber überrascht. Die Unzufriedenheit unter den Venizelisten mit den jetzt bestehenden Verhältnissen sei groß. Sie seien der Ansicht, daß die Anerkennung der Regierung in Athen durch die Alliierten ein Schlag gegen die Regierung in Saloniki sei.

Der Angriff der Venizelisten auf Eleterini.

Bern, 3. November. „Secolo“ meldet aus Athen: Die griechische Garnison von Eleterini, in Stärke von 170 Soldaten, die von dem Obersten Mitas befehligt wird, zog sich nach kurzem Gefecht mit den Revolutionären auf die umliegenden Höhenzüge zurück. Nach einer Rücksprache des Königs mit dem englischen Gesandten Elliot wurden dem Obersten Mitas mit der Eisenbahn 1500 Soldaten mit Kanonen zur Verstärkung geschickt.

„Daily Chronicle“ teilt in einem Bericht aus Athen vom 1. November über die Besetzung von Eleterini mit: Infolge eines politischen Streites sei der Leutnant Kertsulis getötet worden, und darauf seien 600 Mann der nationalen Verteidigungsarmee gegen die Stadt vorgerückt. Diese Abteilung habe sich nach einem kurzen Kampf gegen die griechischen Regierungstruppen der Alliiertenbrücke bemächtigt, das Dorf Colindro besetzt und sei sodann, ohne auf Widerstand zu stoßen, in Eleterini eingezogen. Nach einem späteren Bericht zählen die Truppen, die die Stadt besetzt haben, 500 Mann. Die Garnison flüchtete, ehe die Nationalen anlangen, mit Hinterlassung des ganzen Materials.

Nach einem Bericht aus Saloniki zählt die nationale Armee jetzt 30 000 Mann, von denen 17 000 vollständig ausgerüstet sind und bereits im Felde stehen.

Bern, 4. November. (B. Z. B.) „Secolo“ meldet aus Athen: Laut „Gleutheros Tis“ haben die Entente-Gesandten die Frage der Besetzung Eleterinis erörtert und beschlossen, eine neutrale Zone zu schaffen, um Zusammenstöße zwischen Athen und Saloniki zu vermeiden. Eleterini wurde der Salonikier Regierung zugeeilt. Zusammenstöße zwischen Revolutionären und Königstreuen haben jedoch schon begonnen. Das Blatt „Athens“ meldet, die Königstreuen von Mitochori hätten die Revolutionären, die Eleterini besetzt hielten, angegriffen. Das Gefecht dauere an. Die Königstreuen, die Verstärkungen erhielten, hätten 35 Tote und 20 Vermundete gehabt. Die Verluste der Revolutionären seien unbekannt.

Zur Versenkung der „Angeliki“.

Athen, 3. November. (B. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Admiral Fournet veröffentlicht einen Bericht, in dem er erklärt, die Dampfer „Angeliki“ und „Kili“ seien torpediert worden oder auf Minen gelaufen, die von deutschen oder anderen feindlichen Schiffen herrührten.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 3. November. (B. Z. B.) Bulgarischer Generalstabsbericht.

Mazedonische Front. Ein Angriff schwacher feindlicher Einheiten westlich des Naiss-Sees wurde zurückgeschlagen. Unsere Stellungen in der Ebene von Bitolia wurden von feindlicher schwerer Artillerie erfolglos beschossen. Schwache feindliche Angriffe gegen Tarnowa und Dobropolje wurden abgewiesen. Im Bardarial schwache Artillerietätigkeit. Am Fuße der Belasica-Planina Ruhe. Ein feindliches Flugzeug warf wirkungslos Bomben auf die Dörfer Wjäl-Nahle und Dursul ab. Im Struma-Tale wirkungslos Artilleriefeuer mit Unterbrechungen. Der Feind hat das Dorf Kataraska preisgegeben.

Am der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front. Die Lage ist unverändert. Zwei feindliche Kriegsschiffe bombardierten Constanza, wurden aber von den Küstenbatterien vertrieben.

Längs der Donau schwaches Artillerie- und Infanteriefeuer.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 3. November. (B. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht.

Ägyptische Front. Unsere Flugzeuge warfen am 1. November erfolgreich eine große Anzahl von Bomben auf Suez und den Hafen Teiwit sowie auf Eisenbahnanlagen der Engländer westlich des Kanals.

Kaukasusfront. Nördlich von Bittis fanden für uns günstige Scharmüchel statt. In den Gestaden des Dnott haben wir Erfolge davongetragen, die noch ausgebaut werden. Im Zentrum und auf dem linken Flügel Scharmüchel, gleichfalls zu unseren Gunsten.

Die Russen, die sich auf einem Wege, der von ihnen für die Zivilisation und die Menschenrechte kämpfenden Verbündeten zuerst betreten wurde, nicht wollen überreifen lassen, scheinen leghin für ihre Marine im Schwarzen Meere eine ruhmreiche Aufgabe gefunden zu haben. Sie ahmen die Taten der Engländer und Franzosen an der Ägäischen Küste nach und landen unter dem Schutze ihrer Artillerie an verschiedenen Punkten der Küste Küsterbänden. Diese haben keine weitere militärische Aufgabe zu erfüllen, als das Hab und Gut unserer friedlichen unverteidigten Bevölkerung zu plündern und ihre Wohnstätten anzuzünden. Nach Vollenbung dieser Gemeinheiten nimmt die russische Flotte die Raubritter der zivilisationsbringenden Entente wieder an Vord und zieht sich in ihre Häfen zurück. Dieses neue Ehren- und Ruhmesblatt, das die russische Flotte soeben der Geschichte ihres Landes hinzugefügt hat, muß die Russen stolz machen und wert, daß man sie dazu beglückwünscht.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Opfer ihrer eigenen Landsleute.

Berlin, 4. November. (B. Z. B.) Nach den amtlichen Veröffentlichungen der „Gazette des Ardennes“ sind im Monat Oktober unter der Bevölkerung im besetzten französisch-belgischen Gebiet durch Artilleriefeuer oder Fliegerbomben unserer Feinde getötet 37 Männer, 16 Frauen, 15 Kinder, verwundet 67 55 43.

Die Gesamtzahl der unschuldigen Opfer seit September 1915 ist damit auf 2348 gestiegen.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 3. November nachmittags. (B. Z. B.) Südlich der Somme war die Artillerietätigkeit in den Abschnitten von Lihons und Chilly lebhaft. Ein Handstreich der Franzosen auf die Gräben östlich von Gaucourt ist vollkommen geglückt. Auf dem rechten Ufer der Maas war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Im Laufe des gestrigen Tages haben die Deutschen das Fort Baum unter der heftigen, seit mehreren Tagen anhaltenden Beschichtung geräumt, ohne den französischen Infanterieangriff abzuwarten, dessen Druck stärker und stärker wurde. Im Laufe des Nachmittags wurden sehr starke Explosionen im Fort beobachtet. In der Nacht hat die französische Infanterie, die sich ganz dicht herangekommen hatte, dieses wichtige Werk besetzt, ohne irgendwelchen Verlust zu erleiden. Der Gürtel der äußeren Forts von Verdun ist daher wieder in seiner Gesamtheit hergestellt und wird durch die französischen Truppen festgehalten. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Orientarmee. Auf dem linken Ufer der Struma haben die Engländer, ihre Erfolge ausnützend, das Dorf Alitza im Sturm genommen. Auf der übrigen Front zeitweiliges Geschützfeuer ohne Infanteriegefechte.

Flugwesen. An der Sommerfront wurde ein französischer Dreidecker in der Gegend von Allaines von sechs deutschen Flugzeugen angegriffen; es gelang ihm, ein Flugzeug abzufeuern. Ein Jagdgeschwader, das ihm alsbald zu Hilfe kam, schoß ein zweites deutsches Flugzeug ab und zwang die übrigen zu fliehen. Ein deutsches Flugzeug, das von Abwehrgeschützen getroffen war, fiel im Wald von Nonnenbruch, westlich von Mühlhausen nieder.

Vom 3. November abends. (B. Z. B.) Auf dem rechten Ufer der Maas rückte unsere Infanterie nach der Besetzung von Fort Baum bis an den Waldbrand beim Dorfe Baum weiter vor. Nördlich von dem Teiche haben wir auf der Höhe Fuß gefaßt, die das Dorf beherrscht. Der Feind macht keinen Versuch dagegen. Von der übrigen Front ist nichts von Bedeutung zu melden außer dem üblichen Artillerielärm.

Belgischer Bericht. Nichts zu melden.

Die englische Meldung.

Vom 3. November nachmittags. (B. Z. B.) Bei einem überraschenden Ueberfall eroberten wir einen feindlichen Graben östlich von Queudecourt. Während der Nacht sicherten wir unsere Stellung. Wir machten einige erfolgreiche Ueberfälle auf feindliche Gräben bei Arzas.

Vom 3. November abends. (B. Z. B.) Ein feindlicher Gegenangriff auf den gestern östlich von Queudecourt von uns eroberten Graben ist heute nachmittags vollständig zurückgeschlagen worden. Zwei feindliche Flugzeuge sind gestern zerstört worden.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 3. November. (B. Z. B.) Westfront. Am Stochod gehen die Kämpfe in der Gegend von Witonys und der Kolonie Alexandrowa weiter. Einem unserer Patoillone gelang es, den Feind zurückzuwerfen, der einen Teil unserer Schützengräben auf dem Westufer des Stochod besetzt hatte. In der Gegend der Höhen östlich von Dorfe Lipica Dolna drangen unsere Abteilungen durch die Drahtverhänge des Feindes und drängten ihn an einzelnen Stellen zurück. Dichter Nebel behinderte die Tätigkeit der Artillerie. An der Wjtrica griffen unsere Aufklärer und ein Zug in der Gegend des Dorfes Arwitsch plötzlich eine feindliche Kompanie von vorn und in den Flanken an, zerstörten sie und machten 13 Gefangene.

Kaukasusfront. Am 1. November bombardierten zwei unserer Flieger große türkische Lager bei Schateinani nordwestlich von Kariz und bei Tafolan südöstlich von Tscholiz, sowie zwei

Wälder über den Tschuprat bei Sadan. In der Gegend von Saffig erbeuteten unsere Aufklärer fünfzehn mit Mais beladene Lasttiere. Rumänische Front. Von der siebenbürgischen Front sind keine Nachrichten eingegangen. Aus der Dobrußja ist nichts zu melden.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 3. November. (B. Z. B.) An der Julischen Front ging gestern der erbitterte Kampf von Görz bis zum Neere weiter. Er brachte unseren Waffen neue Erfolge. Längs des steilen Nordflans der Karsthochfläche haben wir während der Nacht heftige Gegenangriffe des Feindes abgewiesen. Die unermüdbaren Truppen des 11. Armeekorps griffen zahlreiche, feste Verteidigungswerke, die der Feind in der mit Hindernissen bedeckten Gegend östlich des Veliki Krivabach und des Berges Pecina vorbereitet hatte, an. Die tapferen Truppen der 4. und der 45. Division erreichten, von Graben zu Graben den in Geföhzen, auf Hügeln und in Höhlen eingekerkerten Feind vertreibend, unter heftiger Beschichtung und unter Abweisung heftiger Gegenangriffe, die wichtige Linie, die sich vom Berge Raiti (Raiti Krivabach) über die Höhe 819 zur Höhe 220 auf die Straße nach Konstanjevira bis 700 Meter westlich von diesem Ort, hingieht.

Auf der übrigen Front östlich von Görz und Voscamalo (Gudi Rog) bis zum Neere haben wir die am 1. November erreichten Stellungen trotz hartnäckiger Angriffe des Feindes, die durch konzentriertes Feuer zahlreicher Artillerie unterstützt waren, gehalten. Wir haben 3408 Gefangene gemacht, darunter 116 Offiziere. Unter diesen befanden sich ein Brigadefeldkommandeur, ein Regimentskommandeur und drei andere höhere Offiziere. Wir haben zwei Gebirgsgeschütze, viele Maschinengewehre und reiche Beute an Waffen, Munition und Kriegsmaterial aller Art genommen.

Bei dem vom Feinde durchgeführten Luftangriff vom 1. November auf dem unteren Nonzo hat unsere Artillerie das Wasserflugzeug „L 75“ abgeschossen. Der Fliegeroffizier wurde getötet. Gestern abend erneuerte ein feindliches Geschwader den Einfall in dieselbe Gegend, wobei wir ein zweites Flugzeug abschossen. Cadorna.

Der rumänische Bericht.

Vom 3. November. (B. Z. B.) Nord- und Nordwestfront. An der Westgrenze der Moldau keine Veränderung. Im Buzentale haben wir angegriffen und die Berge Sirinul und Zairarunie beiseit. Bei Tadolabusi rückten wir über die Grenze vor. Bei Preclus ist die Lage unverändert. Im Bra-hovatale heftige Angriffe des Feindes auf unseren linken Flügel; unsere Truppe hielt ihre Stellungen. In der Gegend von Dragostable Patronienschormüchel und schwächer gewordene Artilleriebeschichtung. Westlich des Alt geht der Kampf mit Heftigkeit auf der ganzen Front weiter. Westlich des Tiu dauert unsere Verfolgung an. Wir erbeuteten noch vier Geschütze und viel Kriegsmaterial. Bei Orsova nichts Neues.

Südfront. Die Lage ist unverändert.

Somme und Siebenbürgen.

II.

Der Verlauf der Sommerkämpfe läßt sich in vier große Abschnitte einteilen, die im wesentlichen mit den Kalendermonaten ihrer Dauer zusammenfallen:

Der Juli brachte den ersten Ansturm. Obwohl wir diesen erwartet hatten, darf doch zugestanden werden, daß die Stärke und Dauer seiner artilleristischen Vorbereitung unsere Erwartungen um ein vielfaches übertrafen hat. Nur der beispiellosen Hingabe und Aufopferung unserer Truppen ist es zu verdanken, daß es gelang, den ersten wuchtigen Durchbruchversuch aufzuhalten. Schon in der zweiten Julihälfte sah der Feind sich gezwungen, seine ursprüngliche Durchbruchabsicht aufzugeben und an Stelle des Durchstoßes in nordöstlicher Richtung, also in die Spitze des von ihm im ersten Anlauf erkämpften Geländedreiecks hinein, die bescheidenere Taktik des Aufrollens durch auseinanderstrebenden Doppeldruck auf die Schenkel des Dreiecks zu setzen.

Als auch diese neue Taktik bis Ende Juli nicht zum Erfolge geführt hatte, ging der Feind während des Monats August zu einer ziemlich planlosen Taktik des allgemeinen Drucks auf die Gesamtfront über. Sie brachte ihm trotz immer wiederholter höchster Kraftanstrengungen nur unwesentliche Teilerfolge.

Wir wissen aus einer großen Reihe von Beobachtungen und haben auch auf andere Weise in Erfahrung bringen können, daß gegen Ende August in den Reihen unserer Feinde, zumal der Franzosen, die Erkenntnis sich Bahn gebrochen hatte, daß die Sommeroffensive ihr Ziel nicht erreicht habe und kaum jemals erreichen werde.

Damals drängte sich unseren Feinden die Notwendigkeit auf, dem allgemeinen Sinken der Siegeshoffnung durch eine bedeutende Neugestaltung der Dinge entgegenzuwirken. Durch kräftigen Druck gelang es, den neuen Feind, Rumänien, auf den Plan zu bringen. Eine Reihe von schwerwiegenden Kriegsratsitzungen fand statt. Für den Fortgang der Sommerkämpfe wurden ihre Beschlüsse von einschneidender Bedeutung. Die deutsche Führung hat diese Beschlüsse und ihre Auswirkung voll erkannt und auch ihrerseits zum Ausgangspunkt wichtiger und heilsamer Entschlüsse gemacht.

Von dem Septemberkriegstage unserer Feinde datiert die wiederum völlig veränderte Taktik, welche in der Folge eingeschlagen wurde, und die während des Septembers auch zu einer unlegbaren Steigerung des feindlichen Vordrängens und zu verhältnismäßig bedeutenden Erfolgen geführt hat. In drei großen Anläufen, vom 3. bis 7. September, vom 12. bis 17. September und mit stärkster Anspannung und entsprechend bedeutsamen Erfolge am 25. bis 27. September, versuchte der Feind, seine neue Absicht zu verwirklichen. Man muß anerkennen, daß diese Taktik nichts anderes bedeutet, als entsetzliche, nur den veränderten Umständen entsprechend etwas abgewandelte Wiederaufnahme der kühnen Anfangsabsicht: des strategischen Durchbruchs, der nun wiederum die Richtung auf die Spitze des erkämpften Dreiecks bekam. Da diese Spitze nördlich der Somme, im Abschnitt zwischen Somme und Ancre lag, so brach der neue Plan des Septemberbeginns die endgültige Spaltung der Sommerkämpfe in zwei im wesentlichen getrennte Schlachten.

Die Südschlacht, im Abschnitt Biaches bis Vermandovillers, zeigte nach einem großen Durchbruchversuch an der Gesamtfront von Mitte September an ein allmähliches Nachlassen der Gesamtstärke.

Trotzdem hat der Feind auch in der Südschlacht — zwar nicht auf Grund eines großen operativen Gedankens, wohl aber durch eine Reihe kraftvoller Einzelstöße — einen immerhin erkennbaren Geländegewinn erzielt, insbesondere in den Abschnitten zwischen Berny und Chaulnes, also an der Südschleife des Dreiecks. Von einem weiteren Ausbau dieser Erfolge hat er, jedenfalls infolge der bereits erlittenen Verluste, Abstand nehmen müssen.

Dafür verlegten unsere Feinde die Wucht ihrer gemeinsamen Angriffe ganz unzweifelhaft in den Nordabschnitt zwischen Somme und Ancre, und hier ist es ihnen gelungen, das erkämpfte Dreieck nicht unerheblich zu erweitern.

Den Höhepunkt ihrer Anspannung und ihres Erfolges bedeutet die Schlacht des 25. bis 27. September, welche den Feinden die Ortschaften Queudecourt und Rancourt und das gesamte zwischen ihnen liegende Gelände, eingeschlossen die größere Ortschaft Combles, eintrug. Das Ziel ihrer unerhörten Anstrengung aber, den strategischen Durchbruch an der Spitze des Dreiecks, haben sie auch in dem unvorstellbar gewaltigen und mörderischen Ringen des Septembers nicht erreicht. Das beweist ein Blick auf die Karte der Lage zu Ende September: Das Dreieck, welches zu Beginn des Septembers mit der Spitze bei Longueval im wesentlichen im Sinne der Hauptangriffsrichtung lag und so die feindliche Anfangsabsicht des strategischen Durchbruchs wenigstens in der Anlage verlor, hat sich nach der gescheiterten Wiederaufnahme dieser Anfangsabsicht im Laufe des

September zu einem flachen Bogen herabwinkt. Das feindliche Ziel konnte also nur in den Schenkeln des Dreiecks in stärkerer Nähe erreicht werden. Gerade da, wo die Gesamtrichtung des Angriffs zielt, nämlich an der Spitze, ist der Feind nicht nennenswert vorwärts gekommen.

Der vierte Abschnitt, der im wesentlichen mit dem Oktobermonat zusammenfällt, hat eine ununterbrochene Fortsetzung der feindlichen Angriffstätigkeit auf der ganzen Front gebracht. Auch in diesem Zeitraum ballte der Feind seine Kräfte in Zwischenräumen von jezt nur etwa fünf Tagen zu gewaltigen Angriffshandlungen, „Großangriffen“, zusammen, ohne daß in den Pausen der feindliche Ansturm völlig ausgeht hätte.

Aber diese gesamte, ununterbrochene und höchst gesteigerte Anspannung hat dem Feinde im Oktober nur den Vorteil, auf Karren kleineren Maßstabes überhaupt unerkennbare Fortschritte gebracht. Der Ausbau der deutschen Widerstandskraft hat nämlich seit dem kritischen 23. September derartige Fortschritte gemacht, daß wir heute dem Feinde in einer Stärke gegenüberstehen, welche seine zahlenmäßige Überlegenheit zum mindesten durch den höheren Kampfwert unserer Truppen aller beteiligten Waffengattungen ausgleicht.

Dieser Stand der Dinge zu Ende Oktober beweist unwiderleglich, daß es der verbündeten Seeresmacht Englands und Frankreichs nicht gelungen ist, den an der Somme gebundenen Bruchteil der deutschen Streitkräfte zu zerreiben und damit unsere Westfront zu erschüttern. Das ist die Antwort der deutschen Sommerkämpfer auf das eine der neuerdings verkündeten schon erheblich eingeschränkten Ziele der feindlichen Sommeroffensive.

Die zweite dieser bescheidenen gewordenen Fragen an das Schicksal war: wird es gelingen, soviel feindliche Kräfte zu binden, daß Deutschland wenigstens außerstande ist, seinen tapferen Bundesgenossen im Südosten Europas genügend Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen, um sie zur Abwehr oder gar zur Niederzwingung des neuen Balkangegners instand zu setzen?

Vom Eintritt dieses neuen Verbündeten hatte sich die Entente eine entsprechende Wendung der Lage auf der gesamten Ost- und Südostfront versprochen. Hatte sie uns bisher an beiden Fronten unerschütterlich gefunden, so glaubte sie mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß das bisherige Gleichgewicht der Kräfte an der Ostfront durch Eintritt Rumäniens endgültig zu ihren Gunsten verschoben werden würde, während die Wiederaufnahme der Sommeroffensive es unmöglich machen sollte, diese Verschiebung auszugleichen. Was im Westen bisher mißlungen war, sollte nun im Osten glücken.

Und wie ist's geworden? Auf diese Frage war nur die Antwort: wir haben die Westfront unerschütterlich gehalten und trotzdem genügend Kräfte freimachen können, um nicht nur den russischen Massensturm zum Stehen zu bringen, sondern auch dem neuen Feind seinen tüchtig erarbeiteten Gewinn aus dem Westen zu reißen und die Bulgaren bei Rückeroberung des rüberlich ihnen abgeprehten Landes am Donaudelta zu unterstützen. Schon sind die Eingangspositionen zum Herzen Rumäniens, die Wallenpässe, in unserer Hand. Der Plan unserer Feinde, mit Rumäniens Hilfe unsere Verbündeten im Südosten einen nach dem andern zu vernichten, unsere Verbindungen mit Konstantinopel zu durchbrechen, die Osmanenhauptstadt in ihre Hände zu bringen und damit die schmerzlich entbehrt Einheit unserer Einkreisung herzustellen, ist gescheitert.

Auf die zweite Schicksalsfrage der Entente lautet unsere bisherige Antwort: die eroberte Dobrudscha, das befreite Siebenbürgen. (W. Z. V.)

Vom U-Boot-Krieg.

London, 3. November. (W. Z. V.) Lloyd meldet: Der englische Dampfer „Glenlogan“ ist wahrscheinlich versenkt worden. Der Fischdampfer „Floreal“ wurde versenkt. Die Besatzung ist in Sicherheit.

Stavanger, 3. November. (W. Z. V.) Der Bergener Dampfer „Saturn“ von Liverpool nach Narvik unterwegs, ist 30 Seemeilen nördlich der Schetlandsinseln von einem deutschen U-Boot versenkt worden.

Bern, 3. November. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm des „Tempo“ aus Lissabon sind an den portugiesischen Küsten verschiedene Dampfer von einem deutschen U-Boot angegriffen worden.

Stockholm, 4. November. (W. Z. V.) Meldung des Schwedischen Telegrammbureaus. Ein schwedisches Torpedoboot hat die Besatzungen des Motorschiffes „Frans“ und des Dampfers „Runbild“, die im Sottinischen Meerbusen durch ein deutsches U-Boot versenkt worden waren, gerettet. „Frans“ wurde gestern unweit Naumo versenkt. Das U-Boot brachte unmittelbar darauf „Runbild“ auf, die mit einer Wrillenbesatzung in Richtung auf Ribau fortgeführt wurde. Abends ankerte sie und heute morgen setzte sie die Fahrt fort. Etwa um 9 Uhr wurde sie in die Luft gesprengt. Sie sank wahrscheinlich durch einen U-Boot-Torpedo. Die Wrillenbesatzung, ein Offizier und zwei Mann, werden in Stockholm interniert.

London, 3. November. (W. Z. V.) Der britische Dampfer „Brierley Hill“ (1188 Tonnen) aus Hull wurde versenkt.

Zur zweiten Amerikafahrt des H. U. „Deutschland“.

London, 2. November. (W. Z. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 1. November: Kapitän König hat einen Artikel über die Reise der „Deutschland“ veröffentlicht. Das Schiff hat 8000 Seemeilen zurückgelegt, davon nur 100 unter Wasser. Er schildert lebhaft die Schweden des Golfstroms, der die Temperatur im Schiff auf 137 Grad Fahrenheit brachte, und erzählt von einem Vankett auf dem Grunde des Ozeans. Einmal tauchte das Schiff zu schnell, so daß es ganz senkrecht stand; aber die Ladung blieb in der richtigen Lage. Die Erfahrungen der „Deutschland“ unterscheiden sich sehr wenig von denen der letzten Reise. Sie entging mehrmals mit genauer Not feindlichen Kriegsschiffen.

Kriegsfragen vor dem Unterhaus.

London, 2. November. (W. Z. V.) Unterhaus. Auf Verschwören über die hohen Kartoffelpreise sagte Runciman, der hohe Preis sei eine Folge von Arbeitermangel und schlechtem Wetter. In den nächsten Wochen würde die Ernte Fortschritte machen. Eine Einschränkung des Kartoffelverbrauchs sei indessen zu empfehlen. Sutton fragte, weshalb der Kartoffelpreis innerhalb einer Woche um 100 Proz. gestiegen sei. Runciman antwortete, ein gewisser Teil der Kartoffelernte sei an die Front gegangen. Die Regierung mache alle Anstrengungen, um die Kartoffeln aus anderen Ländern zu beziehen.

Stanton wies darauf hin, daß große Fischsendungen aus Holland nach ihrer Ankunft in England vernichtet worden seien. In Liverpool seien am 20. Oktober 1000 Kisten und an den beiden folgenden Tagen 1400 Kisten mit Fischen vernichtet worden. Redner fragte, ob dies in der Absicht geschehen sei, die Preise in England in die Höhe zu treiben. Lord Robert Cecil erwiderte, die aus Holland eingeführten Fische hätten wegen unermesslicher Verzögerung des Transportes vernichtet werden müssen.

Lord Robert Cecil teilte mit, daß eine schwedische Mission, die über die Modabfrage verhandeln sollte, demnächst in England erwartet werde.

In der Debatte wurde die Regierung heftig angegriffen, weil im Indischen Amt ein 70jähriger deutscher Gelehrter namens Etche mit der Katalogisierung persischer Manuskripte beschäftigt wurde, woran er seit dem Jahre 1872 arbeite. Booth (liberal) fragte, wenn die Regierung nicht durchgreifende Schritte täte, so könnte sie über diesen Fall fürzen. Es herrsche die Überzeugung, daß eine Anzahl von Deutschfreunden in der Re-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. November 1916. (W. Z. V.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Scharfer Artillerielampf ging feindlichen Angriffen voran, die aber in unserem Feuer nur in beschränktem Umfang zur Durchführung kamen, so nordwestlich von Courcellette und im Abschnitt Guendecourt-Lesbocufs; sie wurden abgeeschlagen.

Neun feindliche Flugzeuge sind im Luftkampf und durch Abwehrgeschütze abgeschossen.

Seeresgruppe Kronprinz.

Gegen unsere Höhenstellungen östlich der Maas schwoß das feindliche Feuer am Nachmittag erheblich an. Französische Vorstöße zwischen Donauumont und Vaux blieben erfolglos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Unsere Erfolge links der Karajowa wurden durch Erstürmung weiterer Teile der russischen Hauptstellung südwestlich von Jolow. Krasnoleste erweitert und gegen Wiedereroberungsversuche des Feindes besetzt.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Auf dem Nordteil der siebenbürgischen Ostfront ist die Geschwindigkeit wieder reger geworden, ohne daß es bisher zu bemerkenswerten Infanterielämpfen gekommen ist.

An der Südfront wurden einzelne rumänische Angriffe abgewiesen. Die Höhe Rosca (südlich des Altjanz-Passes) wurde vom Gegner besetzt. Südwestlich von Predeal gewannen wir eine rumänische Stellung, die wir im Nachhinein am 2. November bereits besetzt, in der folgenden Nacht aber wieder verloren hatten; über 250 Gefangene fielen hier in unsere Hand.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensien.

Bei einer Unternehmung österreichisch-ungarischer Monitore gegen eine Donauinsel südwestlich von Kufischuk wurden zwei Geschütze und vier Minenwerfer erbeutet.

In der Dobrudscha keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Ein englischer Kreuzer vernichtet.

Berlin, 4. November. (W. Z. V.) Amtlich. Am 23. Oktober hat eines unserer Unterseeboote einen englischen kleinen Kreuzer älteren Typs mit zwei Schornsteinen westlich Irlands vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. November 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Der Feind setzte in der nördlichen Walachei seine Angriffe fort. Von der Rückeroberung der Grenzhöhe Rosca (im Rumne südlich von Brasov) abgesehen, hatte er nirgendwo Erfolg. In den Kämpfen um eine gegen heftige Angriffe behauptete Höhenstellung südwestlich von Predeal wurden über 250 gefangene Rumänen eingebracht.

An der siebenbürgischen Ostgrenze erhöhte rumänische Artillerietätigkeit.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Bohorodczany überfiel ein I. und I. Jagdkommando die russischen Vorposten und eroberte deren Stellungen ein.

An der Karajowa erkämpften deutsche Bataillone abermals einige russische Gräben und behaupteten sie gegen erbitterte Gegenstöße.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach den schweren Kämpfen des 1. und 2. November verlief der Vormittag des 3. an der Schlachtfront des Küstlandes ohne größere Kampfhandlung. Am Nachmittag nahm jedoch die Angriffstätigkeit der Italiener wieder zu.

Auf dem Karst wurden wiederholte Ansätze zu Angriffen durch unser Sperrfeuer niedergelassen. Der Feind konnte trotz zahlloser Versuche nirgendwo Raum gewinnen.

Im Wiprach-Tale stießen abends starke feindliche Kräfte bis in unsere Stellungen zwischen Bertolba und Siglia vor. Durch Gegenangriff wurden kurz darauf alle Gräben von den Italienern wieder zurückgenommen.

Vor den Hindernissen von Sv. Katarina und Dember verbluteten mehrere Bersaglieribataillone in erfolglosen Angriffen.

Die Zahl der seit 1. November gemachten Gefangenen ist auf 3500 gestiegen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Dörfner, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 3. d. Mts. abends belegte ein Seeflugzeugschwader die militärischen Objekte von San Gajetano, Monfalcone und die Adriawerte andigiebt mit Bomben.

Flottenkommando.

gierung sei. Viele vernünftige Leute seien überzeugt, daß sich unter den Ministern Verräter befänden. Viele hätten sich an ihn gewandt, ob er persönlich versichern könne, daß gewisse hervorragende Männer nicht in deutschem Solde ständen. Die Minister seien selbst schuld an diesem Zustand. Die Ministerien gingen viel zu gut mit den Deutschen um. Sobald einmal versucht würde, etwas von dem deutschen Einfluß zu verdrängen, so hätte man hauptsächlich mit einem Ministerium darum zu kämpfen. Jemandem bestche ein geheimes Einfluß, der zugunsten Deutschlands wirksam sei, und der die Ministerien lähme und hindere, diese Frage durchgreifend zu lösen.

London, 1. November. (W. Z. V.) Im Unterhaus hat die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf, betreffend Aufstellung neuer Wählerlisten für die Parlamentswahlen, völlig Mißsto gemacht. Viele Änderungsanträge waren eingebracht, darunter einer, der den Soldaten an der Front und den Seeleuten auf den Kriegsschiffen die Ausübung ihres Wahlrechtes sichern wollte; der Sprecher entschied aber, daß diese Anträge gegen die Ordnung des Hauses seien. Infolgedessen verlor das Haus alles Interesse, und die Bill wird als erledigt angesehen.

Englisches Unterhaus und Deutscher Reichstag.

London, 1. November. (W. Z. V.) Im Unterhause wandte sich Lord Robert Cecil mit erheblicher Schärfe dagegen, daß das Unterhaus beansprucht, auf die Leitung der auswärtigen Politik Einfluss zu nehmen. (Es handelte sich um die Frage der Anerkennung der Regierung von Venizelos.) Cecil sagte: Wir haben nicht nur unsere eigene Regierung zu berücksichtigen, sondern auch die Regierungen unserer französischen, russischen und italienischen Verbündeten. Wir können nicht alles tun und sagen, ohne die Meinung auf unsere Verbündeten, unsere Feinde und die neutralen zu bedenken. Wir können nicht zugleich Verhandlungen führen und das Parlament und die Nation völlig in unser Vertrauen ziehen. Ich halte es nicht für wünschenswert, eine neue Form der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einzuführen, und ich zweifle, ob es wünschenswert ist, die Verantwortung der Regierung mit irgendeiner Kommission zu teilen. Wir sind uns der vielen Fehler, die wir machen, und der vielen Mängel, die uns anhaften, voll bewußt; aber wir müssen tun, was wir für richtig halten. Wir müssen die Regierung fortführen, wenn auch schlecht, aber so gut, als wir können. Wir können die Verantwortung nicht mit dem Unterhause oder sonst jemand während des Krieges teilen. Wenn das Haus uns für so schlecht hält, daß wir entfernt und durch andere ersetzt werden müssen, so mag das geschehen. Das ist eine vernünftige Politik und wir machen es dem Unterhause gern leicht.

„Manchester Guardian“ schreibt über die Neuzugung Cecils in einem Leitartikel: Das englische Parlament erhalte jetzt weniger Informationen über auswärtige Fragen als die französische Kammer oder der Deutsche Reichstag. Der Haushaltsausschuß des Reichstages habe zwar keine so weit reichende Befugnis wie die französische Kommission für auswärtige Angelegenheiten, aber der Kanzler und seine Vertreter legten vor ihr die deutsche Politik dar, und der Ausschuß werde jetzt weiter tagen, wenn der Reichstag auseinander gehe, so daß eine enge Fühlung zwischen Regierung und Parlament bestehen bleibe. In England sei nichts davon der Fall.

Die Entente soll Serbien schonen.

Genf, 4. November. (W. Z. V.) Unter dem Titel „Im Namen der Menschlichkeit“ berichtet die Heberreste des serbischen „Deeres“ veröffentlicht „Journal de Genève“ einen Brief des Serben Jlia Willia, der nach Aufzählung aller Prüfungen, die das Serbenvolk im Weltkrieg durchgemacht habe, die Entente beschwört, die letzten Vertreter der serbischen Rasse, die wieder in der ersten Feuerlinie Mazedoniens kämpfen müßten, zu schonen, und fragt wie die Entente die Wiederaufrichtung des Serbenreiches durchzuführen wolle, wenn die letzte Manneskraft Serbiens in neuen Kämpfen falle. Die Ententeregierungen dürften sich dem nicht verdrängen und sollten Serbien, das mehr als alle anderen gelitten habe, mindestens diese letzte Prüfung ersparen.

Kleine Kriegsnachrichten.

London, 3. November. (W. Z. V.) Reuters meldet aus New York, daß die britische Anleihe von 60 Millionen Pfund Sterling voll gezeichnet worden sei.

Kopenhagen, 4. November. (W. Z. V.) Die dänische Generalpostdirektion gibt bekannt, daß die gesamte Paletpost der beiden dänischen Dampfer „Island“ und „Ceres“, die in inländischer Fahrt von Island nach Kopenhagen unterwegs waren, bei einer Durchsicherung in Reith beschlagnahmt worden ist.

Erweiterte Autonomie Galiziens

Wien, 4. November. (W. Z. V.) Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben:

Lieber Dr. von Koerber! Im Sinne der von mir mit Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen wird aus den von unseren tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet werden. Bei diesem Anlaß gedenke ich bewegten Herzens vieler Beweise der Hingebung und Treue, die ich im Laufe meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und schweren Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, dem heftigen feindlichen Anprall ausgeht, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu bringen hatte und die ihm den dauernden Anspruch auf meine warmste väterliche Fürsorge sichern. Es ist daher mein Wille, in dem Augenblicke, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und deren Gedeihen im Einklange steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Indem ich Ihnen diese meine Absicht kundtue, beauftrage ich Sie, ihrer gesehnhäufigen Vertvirklichung geeignete Vorschläge ausgearbeitet und mir vorzulegen.

Letzte Nachrichten.

Zur Besetzung von Ekaterini.

London, 4. November. (W. Z. V.) „Daily Telegraph“ erzählt aus Athen, daß in dem Streit vor der Besetzung von Ekaterini die Anhänger des Königs 13 und die Venizelisten 20 Mann verloren. Die Zeitung „Eperini“, das Organ des königlichen Palastes, meldet, daß der König infolge des Vorwurfs der Venizelisten beschloß, den Befehl zur Verlegung der zwei thessalischen Armeekorps zurückzugeben.

Der „Times“ wird aus Athen gemeldet: Venizelos habe erklärt, er sei mit der tatsächlichen Unterföhrung der Entente zufrieden und die Ausschließung der formellen Anerkennung der Regierung sei ihm gleichgültig.

Streik australischer Bergleute.

Bern, 5. November. (W. Z. V.) Dem „Petit Journal“ wird aus Melbourne gemeldet: In 11 Kohlenminenbezirken von Westaustralien stellten die Bergleute die Arbeit ein, da ihnen der 4. d. und 5. d. nicht bewilligt wurde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Schneiderverband gegen falsche Behauptungen.

Der Abwehr unberechtigter Behauptungen diente eine Klage, die der Schneiderverband, vertreten durch Kunze, bei der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten gegen die Näherin Frau V. aus Neufölln angestrengt hatte. Der Form nach, nicht in Wirklichkeit, werden von der Frau 62 M. für verlorene gegangene 50 Sandfäden gefordert. Bei Vertretung der Klage in der letzten Sitzung der Kommission machte Kunze folgendes geltend:

„Raut Buch hat die Frau 200 Sandfäden von unserer Arbeitsstelle zu nähren erhalten; sie hat aber nur 150 abgeliefert. Die anderen wird sie verloren haben. Wir haben ihr nichts abgezogen; keiner einzigen Frau haben wir etwas abgezogen. Und es handelt sich auch bei der Klage gar nicht darum, daß die Frau die 62 M. zahlen soll. Aber wir müssen uns zur Wehr setzen gegen falsche Behauptungen, die die Frau in Neufölln ausgestreut hat. Sie hat dort erzählt, der Verband ziehe ihr 62 M. ab. Ihr Mann hat sich deswegen beschwert. Auf einen Brief von mir erklärt die Beklagte dann schriftlich, wir hätten ihr nichts abgezogen, aber in einem Prozesse gegen W., wo sie und andere Frauen mit Vollmacht gegeben hatten, wäre ihr etwas abgezogen worden. Auch das ist falsch. Sie erhielt damals bei der Verteilung der erstrittenen Summe ordnungsmäßig den auf sie entfallenden Anteil mit 23 M. Man hat sich für die Frau mit bemüht, und als Dank werden falsche Behauptungen aufgestellt. Das wollen wir hier zurückweisen. Das Geld für die verlorenen Sandfäden wollen wir gar nicht.“

Die Beklagte bestritt, einen Abzug von 62 M. für Sandfäden behauptet zu haben. Eine vom Schneiderverband beigebrachte Zeugin bekräftigt aber, daß die Beklagte zu ihr gesagt habe: „Ja, mir sind 62 M. für Sandfäden abgezogen worden.“

Die Beklagte: „Dann muß ich es in der Aufregung gesagt haben; in Wirklichkeit ist mir nichts abgezogen worden.“

Magistratsrat v. Schütz: „Na, dann ist ja die Sache erledigt. Der Schneiderverband steht rein da, und Geld will er gar nicht von Ihnen, wie Sie gehört haben. Aber nehmen Sie eine Belehrung mit: Reden Sie nicht zuviel und halten Sie sich streng an die Wahrheit; überlegen Sie sich immer Ihre Worte, denn Sie müssen sie verantworten!“

Damit war die Frau entlassen.

Der Tarif für das Kriegsbedeckungsamt des Gardekorps steht Söldlohn vor, nicht Wochenlohn. Eine Stepperin hat 33 M. Wochenlohn vom Arbeitgeber erhalten. Sie verlangt für mehrere Wochen Umrechnung nach dem Stücklohntarif und beansprucht den Mehrbetrag. Der Schneiderverband vertritt durch Kunze ihre Forderung. Geldend gemacht wird, daß nach Erhebung der Forderung der vereinbarte Wochenlohn dann nicht bindende Geltung hat, wenn die Umrechnung nach den Affordatarriffen des Bedeckungsamts einen höheren Betrag ergibt. Derselbe Standpunkt wird in der Verhandlung auch von verschiedenen anderen Besitzern als Auffassung der Schlichtungskommission vertreten. Die Klägerin erhielt im Vergleichswege 35 M. nachgezahlt.

Nachzahlung von 250 Mark ergiebt in einem anderen Streitfall, wobei es sich um Nichtumhaltung der Tariffäden für Reithosen handelte, mehrere Arbeiterinnen, die ebenfalls Kunze namens des Schneiderverbandes vertritt.

Bier Beklagte erscheinen in einem Prozeß, in dem Nachzahlung für Röperhosen gefordert wird. Es wird ein eigenartiger Vorgang festgestellt. Ein als Kriegsbeschädigter entlassener Oberleutnant, der mitbeklagt ist, hat sich nach seinen Angaben im Termin für einige Frauen der besseren Stände beim Kriegsbedeckungsamt in Spandau um Arbeit mit Erfolg bemüht. Als eigentliche Auftragnehmerin wurde die der Schlichtungskommission schon bekannte Frau Sudermann, eine der Beklagten, eingetragen. Die Hälfte der erhaltenen Arbeit bezieht Frau S. gleich für sich zur Weitergabe an von ihr beschäftigte Personen; die andere Hälfte überließ sie dem Oberleutnant, der sie an die ihm bekannten Frauen verteilte. Er erklärte ohne weiteres, daß nach strikter Anweisung des Amtes die allgemeinen Vorschriften über die Bezahlung innegehalten werden mußten. Soweit er die eine Hälfte der Arbeit an Frauen verteilte, hätte er auch darauf geachtet. Dagegen sei er nicht unterrichtet, wie Frau Sudermann die weitergegebene Arbeit bezahlt hätte.

Das Resultat der Verhandlung war, daß Frau Sudermann verurteilt wurde, 58 M. nachzuzahlen, die sie nach dem Tarif des Gardekorps, der in Groß-Berlin auch für Arbeiten anderer Bedeckungsämter gilt, zu wenig gezahlt hatte. — Eine unter den Beklagten befindliche Frau W. erkannte einen Rest von 34 M. ihrerseits an.

Kriegsbeschädigtenfürsorg und Gemeindebetriebe.

In einer Verammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Filiale Groß-Berlin, sprach Redakteur Dittmer über „Kriegsbeschädigtenfürsorge und Gemeindebetriebe“. Redner führte aus, daß die organisierte Arbeiterklasse allen Grund habe, der Kriegsbeschädigtenfürsorge mehr Aufmerksamkeit zu schenken, da dieses Problem besonders nach dem Kriege von ungeheurer Bedeutung für die Arbeiterklasse werden könne. Die Arbeiterberufshilfe müsse ausgebaut und die Arbeiter selbst mehr dazu herangezogen werden. Die militärische Kriegsbeschädigtenfürsorge beschränke sich meistens auf den Ertrag fehlender Gliedmaßen; aber damit sei den Kriegsbeschädigten nicht allein gedient. Alle Ausstellungen und vorgeführten Experimente mit künstlichen Gliedmaßen helfen nicht darüber hinweg, daß Hunderttausende später ihren früheren Beruf nicht werden ausüben können. Dadurch liege die Gefahr nahe, daß ein größerer Andrang zu den Staats- und Gemeindeanstellungen eintreten werde. Die Gefahr sei um so größer, da auch ärztliche Berufsberater auf diese Stellen verweisen. Durchgreifende Hilfe würde den Kriegsbeschädigten sicher durch Gründung von Arbeitsgemeinschaften, wie Legien sie auf der Kölner Tagung vorschlug, werden. Die am 8. und 9. September stattgefundene Gauleiterkonferenz forderte von den Gemeinden Anerkennung der Verpflichtung, daß ihren bisherigen Arbeitern der Arbeitsplatz gesichert werde, und weiter forderte die Konferenz, daß die Militärrenten bei der Lohnzahlung nicht in Anrechnung gebracht werden. Für volle Leistung fordern wir vollen Lohn, für verminderte Leistung den durchschnittlichen Lohn von früher. Die Konferenz wünschte, daß der Ertrag des Reichslagers, das den in öffentlichen Betrieben Beschäftigten nicht der Lohn gekürzt und die Rente nicht abgezogen werden darf, allenthalben, auch in Privatbetrieben, Beachtung finde.

Deutsches Reich.

Früherer Ladenschluß im Friseurgewerbe.

Die Friseurgehilfen fordern, daß die Friseurgeschäfte an Wochentagen um 8 Uhr, Sonnabends um 9 Uhr abends und Sonntags um 12 Uhr mittags geschlossen werden, an den zweiten Feiertagen aber vollständig geschlossen bleiben sollen. Daß diese Forderungen sehr wohl durchführbar sind, geht am besten daraus hervor, daß sie bereits an vielen Orten gänzlich oder teilweise erfüllt wurden. Während nun der Ladenschluß an Sonn- und Festtagen nach § 41b G.O. örtlich einheitlich festgesetzt werden kann, sobald sich eine Zweidrittelmehrheit der Selbständigen auf einen bestimmten Zeitpunkt einigt, versagt die Gewerbeordnung der Einführung eines einheitlichen Schlußes der Friseurgeschäfte an Wochentagen jedweden geschäftlichen Schutz. Wiederholt wurde petitioniert, diesem Mangel durch einen Nachtrag zum § 41b oder zu dem § 130f zu beheben, jedoch ohne Erfolg. Da auch dann noch in jedem Orte eine Zweidrittelmehrheit der Meister vor dem Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausbleiben müßte, wäre es auch dann noch nicht leicht, zum Abschluß zu kommen; doch wäre wenigstens eine gesetzliche Grundlage vorhanden. In Süddeutschland hat sich der Abschluß auch ohne dem durchgesetzt, doch auf Grund freier Uebereinkunft kann er infolge der übermäßig großen Konkurrenz in Norddeutschland nur schwer herbeigeführt werden. Die Zwangsmaßnahmen können allerdings den mangelnden gesetzlichen Schutz für den Wochentagschluß aus eigener Nachvollkommenheit einigermaßen ergänzen, indem sie seine Regelung im Statut als zu ihren Aufgaben gehörend bestimmen und durch Versammlungsbeschlüsse entscheiden, um welche Zeit der Ladenschluß erfolgen muß. Mitglieder, welche dem Beschlusse entgegenhandeln, können durch Behängung von Geldstrafen gezwungen werden, die festgesetzte Schlußzeit einzuhalten.

Werden Gehilfen und Lehrlinge des Sonntags länger als drei Stunden beschäftigt, was durchweg geschieht, so ist ihnen in der Woche ein Nachmittags von spätestens 1 Uhr ab freizugeben. Diese Verpflichtung ist einem Teil der Meister recht unangenehm. In Geschäften mit mehreren Gehilfen werden diese an Sonntagen abwechselnd nur drei Stunden beschäftigt. Aber auch wenn die Beschäftigung länger dauert, wird ihnen oft der freie Nachmittags vorenthalten. In einigen Städten hat man bereits die Geschäftszeit an Sonntagen auf drei Stunden beschränkt. Gegen die dreistündige Sonntagsarbeit sträuben sich sowohl die Gehilfen, die für die Verkürzung ihrer Arbeitszeit um drei bis vier Stunden am Sonntag nicht einen ganzen Nachmittags preisgeben wollen, als auch die Inhaber der kleinen Geschäftsbetriebe, die durch eine Beschränkung der Sonntagsarbeit von sechs und sieben auf drei Stunden, ohne allmählichen Uebergang, benachteiligt würden. Die Entwidlung führt jedoch zum dreistündigen Sonntagsbetrieb und damit zum Fortfall des freien Nachmittags der Gehilfen.

Was den jahrelangen Anstrengungen der Gehilfenschaft nicht gelungen ist, bringt der Krieg zuwege. Der eingetretene Gehilfenmangel hat viele Meister, die sich sonst an Wochentagen wenig zu bemühen brauchen, zur Ueberarbeit gezwungen. Das vordem von ihnen bestrittene Bedürfnis nach früherem Ladenschluß empfinden sie nun am eigenen Leibe und machte sie den jetzt ruhenden Gehilfenforderungen zugänglicher als alle vernünftigen Vorstellungen. Allenthalben führten sie in der einen oder anderen Form einen früheren Ladenschluß ein. Selbst in Berlin, wo es am allerwenigsten zu erwarten war, können die Innungsmeister sie eine entsprechende Verfügung des Oberkommandos in den Marken an, die jetzt vom Polizeipräsidium vorbereitet wird. Allerdings mit dem Verlangen, daß den Arbeitern der freie Nachmittags entzogen wird, wozu absolut keine Veranlassung vorliegt, abgesehen von den Betrieben der Kriegerrauen. Während es sich hier nur um eine Regelung für den Rest der Kriegsdauer handeln kann, haben die Zwangsmaßnahmen in Schöneberg und Neufölln eine dauernde bessere Regelung des Ladenschlusses herbeigeführt.

Wie heimlich man aber in den Kreisen der Friseurmeister bei alledem noch ist, geht aus dem Verlangen hervor, an den beiden Sonntagen vor Weihnachten und Neujahr bis zum Abend offenzubehalten. Und das, abgesehen außer am Sonnabend, am Sonntag und auch am Montag bis 1 Uhr reichlich Zeit ist, die Friseurgeschäfte aufzusuchen und es den Berufsangehörigen des Gewerbes nur in den Jahren möglich ist, die Feste im Familienkreise zu feiern, wo der Weihnachts- und Silvesterabend auf einen Sonntag fällt. Die Erlaubnis zur Aufhebung der Sonntagsruhe der Gehilfen und Lehrlinge am 24. und 31. Dezember wird allerdings nur erteilt, wenn ein Bedürfnis dazu als vorliegend erachtet wird, das in diesem Falle ohne weiteres vereinbart werden muß.

Soziales.

Krankenversicherung von Ausländern.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 2. d. M. eine Verordnung über die Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges erlassen.

Die neue Verordnung unterwirft nunmehr die polnischen Saisonarbeiter russischer Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsausbruch in deutschen Betrieben beschäftigt, dann aber aus militärischen Gründen an der Rückkehr in die Heimat verhindert und in der Wahl des Aufenthalts und der Arbeitsstelle in mehrfacher Hinsicht beschränkt wurden, den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung.

Die neue Verordnung tritt am 20. November d. J. in Kraft. Sie gilt nicht nur für die russisch-polnischen Arbeiter, sondern für die Angehörigen aller fremdländischen Staaten, die schon bei Kriegsbeginn in Deutschland beschäftigt waren. Dabei ist unter „Kriegsbeginn“ der Beginn des Krieges je mit demjenigen Staate zu verstehen, welchem der betreffende Beschäftigte angehört, da für ihn dieser Zeitpunkt auch für den Beginn der ihm auferlegten Freiheitsbeschränkungen maßgebend ist.

Ausschluß des § 63 H.G.B. ist sittenwidrig.

Das Warenhaus Jandori, gegen das vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelt wurde, schließt die dem Handlungsgehilfen gesetzlich gewährleistete Zahlung des Gehalts für sechs Wochen im Krankheitsfalle durch eine besondere Vertragsklausel aus.

Die Klägerin in dem Prozesse, eine Einkäuferin, war sieben Jahre bei der Beklagten tätig und erkrankte so schwer, daß sie in eine Heilstätte übergeführt werden mußte. Die Firma machte nun der Erkrankten das Anerbieten, für zwei Wochen das Gehalt zu nehmen und auf den Rest zu verzichten. Da auch sie den Gehaltsausschließungsrevers bei Eintritt unterzeichnet hatte, so ging sie, um nicht alles zu verlieren, darauf ein. Als sie aber nach ihrer Genesung wieder antrat, wurde ihr sofort gekündigt. Nunmehr erhob sie Klage auf Zahlung der ihr auf Grund des § 63 des Handelsgesetzbuchs noch zustehenden 247 M.

Das Kaufmannsgericht beurteilte die Beklagte antragsgemäß, indem es die Ausschließung des § 63 als gegen die guten Sitten verstoßend ansah. Der Verzicht der Klägerin sei rechtsungültig, denn er sei zweifellos nur unter der stillschweigenden Bedingung abgegeben worden, daß nicht gleich hinterher gekündigt würde.

A. WERTHEIM

Kleiderstoffe

Blusenstoffe in schönen Mustern . . Mtr. 1.30 1.75 2.40
Blusenstoffe mit Kunstseid.-Streifen, Mtr. 2.75 3.50 4.50
Kleiderschotten in groß. Auswahl, für Kinderkleider, etwa 85 cm breit, Mtr. 2.10 2.75 3.50
Kleiderschotten dunkel gemustert, l. schön. Farben, etwa 105 cm breit, Mtr. 4.75 5.50 6.50
Gemust. Kleiderstoffe für Hauskleider u. Röcke, etwa 90 cm breit, Mtr. 3.25 3.60 4.25

Kostümstoffe schwere Winterware, in Herrenstoffart, etw. 130-140 cm br. 7.75 8.00 9.50
Mantelstoffe in modernen Farben und Wearten, etwa 130 cm br., Mtr. 8.50 10.25 13.50
Flauschstoffe für Morgenröcke u. Matinees, in verschied. Farb., etw. 130 cm br., Mtr. 6.50 7.75
Kleiderbarchent in verschiedenen Stoffarten u. schönen Mustern . . Mtr 0.65 1.10 1.40
Flausch-Barchent für Unterröcke u. Beinkleider 1.75 2.50

Seidenstoffe

Diamantseide schwarz Mtr. 1.75 2.25
Messalin hellfarbig . . Mtr. 1 90
Blusenstoffe kariert . Mtr. 2.65
Taft schillernd Mtr. 3.75
Rippenseide (Halbseide) bedruckt Mtr. 4.00
Schleierstoff schwarz und farbig, 100 cm breit . . Mtr. 4.50
Mattatlas schwarz, etwa 90 cm breit Mtr. 6.00 7.00

China-Krepp etwa 100 cm breit, farbig Mtr. 7.75
Taft farbig, etwa 100 cm breit, Mtr. 8.75
Mantelseide etwa 125 cm breit, schwarz und farbig Mtr. 8.75
Schleierstoff bedruckt, Blumen-Muster für Blusen und Kleider 9.50 13.25
Juwelkrepp schwarz und farb., etwa 100 cm breit Mtr. 11.75

Pelzwaren

Sealkanin-Jackenkragen Matrosenform. 11.50
Silber- und Zobelkanin-Jackenkragen Matrosenform. 12.50
Silberkanin-Jackenkragen neust breit Form 15.50
Fehwamm-Kragen Fuchsform 21.00
Kid-Astrachan-Kragen mit Köpfen u. Schweifen garniert dazu passender Taschen-Muff 12.00
Alaskafarb. Fuchskragen 68.00
dazu passender Taschen-Muff 68.00
Ringtail-Kragen in modern. Form, m. Köpfen und Schweifen garniert. . dazu passende Muffen i. Tonnenform 87.50
Fehkopf-Schulterkragen m. Stuartkragen dazu passender Taschen-Muff 38.00

Damenkleider

Poplinkleid Halbseide, reich gestickt mit moderner Taschen- u. Lackgürtelgarnit., neue Farben 56 00
Seidenkleid gut Perlseide, neue Form, mit Kragen und Knopfgarnitur, viele Farben . 58.00
Mantelkleid aus Velours mit Pelzkragen und Knopfgarnitur 67.00
Mantelkleid aus Wolserge mit Samtkragen und Tressengarnitur 75.00
Taftkleid kleidsame Form, mit neuartiger Biesengarnitur u. Westchen aus Chinakrepp 75.00

Mäntel u. Kostüme

Mantelkleid aus gutem Stoff mit Sattel, einfarbig, verschied. Farben, bis zur Taille mit Halbseide gefüllt . . . 75.00
Paletot lose Form, 3/4 lang, aus weichem Stoff, verschied. Farben, großer Kragen mit Pelz besetzt 55.00

Maß-Abteilung:

Jackenkleid aus gutem Körper-Samt mit Pelzgarnitur 235.00
Jackenkleid aus verschiedenart. Wollstoffen, mit Pelzkragen, in neuest. Form 175.00

Blusen

Bluse aus Taffel-Seide in verschiedenen Farben 8 90
Bluse aus kariertem Taffel-Seide mit Glas-Mullkragen . . 11.50
Bluse aus Helvetia Seide m. groß. Glas-Mullkrag. u. Schleife 13.25
Bluse aus schollisch. Seide 14.75
Bluse a. gut. gestreift. Seide, mit schwarzem Velvet garniert 17.75
Bluse aus Crêpe de chine, in verschiedenen Farben . . 19.25

Alle Neuheiten von Ullstein-Schnittmuster

Vertagung!

Von Heinrich Schulz.

Der Reichstag ist gestern auf kaiserliche Verordnung vertagt worden. Aber nicht, wie es der sonst üblichen Arbeitsweise des Reichstags entsprechen würde, bis Ende November oder spätestens Anfang Januar, sondern gleich bis Mitte Februar; der Präsident hat sich obendrein das Recht ausgedehnt, den Reichstag unter Umständen noch einige Tage später zusammenzurufen. Dadurch entsteht eine parlamentslose Pause von mehr als drei Monaten, und das zu einer Zeit, in der schon unter normalen Verhältnissen der Reichstag sonst seine wichtigsten Arbeiten erledigt, die aber jetzt während des Krieges und besonders in dem gegenwärtigen Stadium des Krieges und seiner außen- und innenpolitischen Wirkungen von zehnfach hoher Bedeutung ist.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben deshalb diese Art der Vertagung bekämpft, auch der National-liberale Wassermann äußerte starke Bedenken, hat aber schließlich doch mit seiner Fraktion der Vertagungsorder seine Zustimmung gegeben, während die beiden sozialdemokratischen Fraktionen dagegen stimmten. Der Reichstag hat also mit großer Mehrheit seiner monatelangen Ausschaltung zugestimmt.

Allerdings hat die Regierung ein Zugeständnis gemacht; der kürzlich erfolgte Beschluß des Reichstags, daß sein Hauptauftrag auch in Zeiten der Vertagung zusammenzutreten soll, ist von ihr für die jetzige Vertagungsperiode anerkannt worden. Aber damit ist nur sehr wenig gewonnen worden. Ich habe vor einiger Zeit im „Vorwärts“ die leider unbestreitbare Tatsache, daß die Ausschüsse des Reichstags das Übergewicht über die Plenarberatungen erhalten, als eine unerwünschte Erscheinung nicht lediglich bemerkt, sondern darin eine Nebenwirkung des im allgemeinen steigenden Einflusses des Parlaments gesehen, eine Nebenwirkung, die wir zwar der Ursache wegen mit in den Kauf nehmen müssen, die wir aber um keinen Preis als Selbstzweck betrachten und daher auch nicht ohne Aufsehnung gegen ihre gefährlichen Konsequenzen entgegennehmen dürfen. Die gegenwärtige Vertagung ist ein typischer Fall dafür, wie es nicht sein soll, ein Fall, der die entscheidendste Aufsehnung notwendig macht. Die neue Einrichtung soll fürwahr nicht die Pausen zwischen den Tagungsabschnitten noch verlängern und damit den Einfluß des Reichstags schwächen, sie soll im Gegenteil in den bisherigen Pausen den Reichstag auf dem laufenden erhalten, seinen Einfluß zur Geltung bringen und ihn damit als Organ des Volkes stärken. Sicherlich würde dieses Mal eine Vertagung bis Mitte Februar oder gar, wie es anfangs geplant war, bis Ende Februar nicht gewagt worden sein, wenn die Regierung sich nicht durch das gelegentliche Zusammentreten des Hauptausschusses gedeckt fühlte. So aber war die Neuerung wahrlich nicht gedacht, so darf sie auch nicht ausgenutzt werden, und gegen solche mißbräuchliche Anwendung in Zukunft müssen deshalb Vorkehrungen getroffen werden.

Die Regierung hat freilich Gründe, mit denen sie der Mehrheit des Reichstags die lange Vertagung schonachhaft zu machen verstanden hat. Die Gründe scheinen auf den ersten Blick nicht ohne Berechtigung zu sein. Die Arbeiten der Reichsleitung sind durch den Krieg nicht verringert worden, für eine Reihe von Reichsämtern hat der Krieg im Gegenteil eine Fülle von Mehrarbeit gebracht. Andererseits sind den Reichsämtern zahlreiche Beamte durch den Kriegsdienst entzogen worden. Schließlich sind durch die gegenwärtige Tagung des Reichstags, die unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht gewesen sein würde, die gesamten Reichsämter stark in Anspruch genommen worden, so daß ihre laufenden Arbeiten nicht in der üblichen Weise erledigt werden konnten.

Soweit, so gut. Wie sieht aber die Rehrseite aus? Mehrere Reichsämter sind durch den Krieg entweder ganz oder zum größten Teile matt geist worden. Die Kolonialverwaltung hat wenig zu tun, im auswärtigen Dienst hat der Krieg zahlreiche Beamte von ihrer sonstigen Tätigkeit freigestellt, so daß sie gleichfalls anderweitig beschäftigt werden können, in anderen Reichsämtern kann jetzt während des Krieges manches ohne Schädigung der Allgemeininteressen unterbleiben, was man in Friedenszeiten gewiß nicht missen möchte. Dazu kommt, daß für viele neue Kriegsaufgaben auch völlig neue Organisationen mit eigenen Räten und Heeren von Beamten geschaffen worden sind. So ist fast die gesamte Ernährung während des Krieges Sache des neugeschaffenen Kriegsernährungsamts. Vor allem aber: der ordnungsgemäße Dienst in allen Ämtern kann und muß auch ohne erhebliche Störung weitergehen, selbst wenn der Reichstag noch so lange tagt! Sind dazu neue Einrichtungen nötig, wie etwa eine Erweiterung der persönlichen verantwortlichen Vertretung der Reichsämter im Reichstage, so wären sie eben zu schaffen. Es geht nicht an, daß der Reichstag mit seinen starken Interessen, mit seiner Bedeutung als Sprachrohr und Anwalt der vitalsten Wünsche und Anliegen des deutschen Volkes bescheidenlich zurückzutreten hat, weil die Bureaucratie der Reichsregierung sonst etwas mehr und etwas unbecommes arbeiten hat!

Wie wird man übrigens in Ländern mit entwickeltem parlamentarischen System über solche Einwendungen der Regierungsbureaucratie lachen! Dort muß inmitten der heftigsten parlamentarischen Zeit unter Umständen ohne irgendwelches Zögern die ganze Regierung zurücktreten, wenn eine Abstimmung des Parlaments sie in die Minderheit bringt. Und es kann vorkommen, und ist oft genug vorgekommen, daß sich dieser Vorgang nach einigen Monaten, ja nach Wochen einmal und öfter wiederholt hat. Wo bleibt da das Argument, daß die Geschäfte der Regierung leiden, wenn sie so oft ihre verantwortlichen Männer wechselt? Dort hat man sich bei der Führung der Verwaltungsgeschäfte eben auf das Parlament eingerichtet, nicht aber hat sich dieses gehoramt nach den Wünschen der Regierungsbeamten zu richten. In Deutschland aber hat die Regierungsbureaucratie noch ihre starke Stellung, sie läßt sich den Reichstag gefallen, weil sie muß, aber erschwert ihm eine Erweiterung seiner Rechte und seines Einflusses.

Wir sind in Deutschland noch sehr weit vom parlamentarischen System entfernt. Vom gegenwärtigen Reichstag ist auch nicht viel mehr zu erwarten, das kann nur durch zukünftige Wahlen, durch die Aufrüttelung des gesamten deutschen Volks,

durch seine Politisierung, durch die richtige politische Ausnutzung und Anwendung der von der Gesamtheit und von jedem einzelnen in diesem Kriege gemachten bitteren Erfahrungen geschehen. Und dann nur im Kampfe mit der Regierung und den sie in allen ihren rückständigen Bestrebungen stützenden Parteien. Guthwillig wird sie von ihren Vorrechten nichts hergeben. Geschenk aber will das deutsche Volk seine Freiheit auch nicht haben. Es war der preussische General York, als er 1812 als erster die Befreiung Preußens von der französischen Fremdherrschaft praktisch begann, der damals an den General von Bülow schrieb: „Erfämpfen, erwerben wollen wir unsere nationale Freiheit und unsere Selbständigkeit; diese Freiheit und Selbständigkeit als ein Geschenk erhalten und annehmen, heißt die Nation an den Schandpfahl der Erbärmlichkeit stellen und sie der Verachtung der Mit- und Nachwelt preisgeben.“

Das wackere Wort gilt auch für die inneren Freiheiten und Selbständigkeiten, die sich das deutsche Volk neben der äußeren Freiheit des Reiches in diesem Kriege und mehr noch nach diesem Kriege zu erkämpfen hat und erkämpfen wird. Der Reichstag hat für drei Monate auf diesen Kampf verzichtet, obwohl ihm sein Erfolg in der Frage der militärischen Schutzhaft Mut zu weiteren und erheblicheren Taten hätte machen sollen. Um so mehr muß das Volk selber in dieser Zwischenzeit die Augen offen halten. —

Die Sonnabendstimmung des Reichstags.

Die letzte Sitzung vor der Vertagung zeichnete sich nicht nur durch ihre Länge aus — sie dauerte von 10 Uhr früh bis in die zehnte Abendstunde, also fast zwölf Stunden! —, sondern auch durch die schwerwiegende Bedeutung der gefaßten Beschlüsse.

Erfreulicherweise war es dem Ausschuss, der den Gesetzentwurf über die Schutzhaft zu beraten hatte, trotz der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit gelungen, seine Beratungen abzuschließen und der Plenarsitzung einen über die Anträge des Hauptausschusses hinausgehenden, verbesserten Entwurf vorzulegen. Für die sozialdemokratische Fraktion konnte Genosse Wandersberg die Erklärung abgeben, daß sie trotz ihrer Weitergehenden, auf völlige Befreiung der Schutzhaft abzielenden Wünsche bereit sei, der durch den Gesetzentwurf angezielten Verbesserung des gegenwärtig geltenden unerträglichen Zustandes zuzustimmen. Eine ähnliche Erklärung gab Genosse Sasse für die Arbeitsgemeinschaft ab. Bei der dritten Lesung, die gleich an die erste und zweite Lesung angehängt wurde, nahm noch Genosse Scheidemann das Wort, um sowohl im Namen des Ausschusses für den vorliegenden Gesetzentwurf, dessen Vorsitzender er gewesen war, als auch im Namen des Vorkommens Ausschusses, der auch vor Beginn der Sitzung getagt hatte, der Regierung dringend anuraten, dem vom Reichstag einstimmig gewünschten Gesetzentwurf unbedinglich ihre Zustimmung zu geben, damit Fälle, wie sie vor einer Woche die größte Entrüstung des Reichstags erweckt hatten, nicht wieder vorkommen könnten. Diese eruchte und dringende Mahnung Scheidemanns wurde von dem gesamten Reichstag sehr lebhaft und eindrucksvoll unterstützt. Man wird abwarten müssen, ob die Regierung aus der diesmaligen Tagung des Reichstags einiges gelernt hat und dies zunächst einmal durch baldige Inkraftsetzung des neuen Gesetzentwurfs zeigt.

Für die Unterstützung und Kräftigung der Leipzig-er Messe, der das feindliche Ausland durch Konkurrenzunternehmungen für jetzt und später den Wind aus den Segeln zu nehmen sucht, beantragt der Ausschuss des Reichstags für Handel und Gewerbe die Einstellung einer Million in den Reichsetat. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ließ durch den Genossen Dittmann erklären, daß sie von der Notwendigkeit, die Regierung zu einem solchen Antrage aufzufordern, nicht überzeugt sei und dem Antrage daher nicht zustimme. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte dagegen Genosse Mollenhuth, daß sie die Anregung gern unterstütze, weil sie darin ein Mittel sehe, den internationalen friedlichen Wettbewerb, der auch der deutschen Arbeiterschaft zugute komme, möglichst bald wieder in Bewegung zu setzen.

Die Fortsetzung der Beratung über die Ernährungsfragen beanspruchte den größten Teil der Sitzung. Die einzelnen Fraktionen nahmen noch einmal durch eingehende Reden, die die ausführlichen Beratungen des Hauptausschusses je nach dem Standpunkt der Partei zusammenfassten und kritisierten, Stellung zu den vielen Ernährungschwierigkeiten, die dem deutschen Volke aus der langen Kriegsdauer erwachsen sind und deren es doch in Zukunft ebenso, ja, wenn in den verflochtenen zwei Jahren nicht schon zuviel veräußert worden wäre, noch entscheidener als bisher Herr zu werden bemüht sein muß. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion legte Genosse Robert Schmidt, die der Arbeitsgemeinschaft Genosse Wurm dar; beide sind mit den einschlägigen Fragen aufs beste vertraut und wußten die sozialdemokratischen Wünsche nachdrücklich zu vertreten.

Abends um 7 Uhr kam das ermüdete und inzwischen stark gelichtete Haus noch an eine überaus wichtige Angelegenheit. Der Hauptausschuss legte dem Hause einige Resolutionen vor, in denen Kriegsteuerzulagen für bestimmte Gruppen von Reichsbeamten und Ruhegehaltsempfängern, vor allen Dingen aber eine Erhöhung der Familienunterstützungen der in Kriegsdienst eingetretenen Mannschaften gewünscht wird. Die Regierung ließ durch den Ministerialdirektor Lewald eine Erklärung abgeben, die eine Verbesserung der Unterstützungssätze in Aussicht stellte. Aber der Herr Ministerialdirektor verstand es doch — was ihm übrigens bei seiner ganzen Art nicht schwer fällt —, die bedingte Zusage so mit Wenn und Aber zu verknäueln und einen so wenig warmherzigen Ton zu wählen, daß sich des Hauses eine starke Mißstimmung bemächtigte. Die Genossen Hierl von der sozialdemokratischen Fraktion und Ryffel von der Arbeitsgemeinschaft gaben diesem Empfinden beredten Ausdruck und verlangten dringend das weitberzigste Entgegenkommen der Regierung, die nicht stets dann auf die teuren Kosten dieses Krieges abschreckend hinweisen solle, wenn es sich um die Unterstützung der Kriegerfamilien handle. Die Millionen, die hierfür aufgewendet würden, sind genau so notwendig für einen guten Ausgang des Krieges wie die Millionen, die ohne Bedenken für die eigentliche Kriegführung ausgegeben würden. Der Staatssekretär des Innern, Dr.

Selfferrich, suchte seinen Ministerialdirektor zu beden, anstatt lieber nachzugeben, was dieser verweigert hatte: kurz und unabweisend die Bereitwilligkeit auszusprechen, im Bundesrat für die Anträge des Reichstags eintreten zu wollen. Der neue Staatssekretär des Innern weiß immer schnell einige staatsrechtliche Schwierigkeiten in den Vordergrund zu rücken, wenn er nicht so will, wie der Reichstag will. Die Reichsleitung möge aber bedenken, daß die Mahnung, die ihr von einem bürgerlichen Redner zugerufen wurde: periculum in mora, Gefahr ist im Verzug! noch über den Rahmen hinaus Bedeutung hat, den ihr der bürgerliche Redner gab.

Mit den üblichen Formalitäten, die vor einem überaus schwach besetzten Haus abends um 9 1/2 Uhr erfüllt wurden, trat der Reichstag seine dreimonatige Vertagung an.

Reichstagsausschuss für den Reichshaushalt.

Am Sonnabend war der Präsident der Reichsbank, Herr Savenstein, erschienen, um Stellung zu nehmen zu den Anträgen, daß der

Goldwarenindustrie

das Gold entzogen werde. Er betonte, es sei in der Zukunft wünschenswert, daß der Goldbestand der Reichsbank möglichst groß werde. Dies müsse aber durch das freiwillige Entgegenkommen der Bevölkerung erreicht werden. Jemandem Zwang sei unmöglich und könnte nur schädlich wirken. Außerdem gehe der Antrag von der falschen Annahme aus, daß die Goldwarenindustrie unbeschränkte Mengen Gold zur Verarbeitung erhalte. In Wahrheit sei schon jetzt der Verbrauch der Goldwarenindustrie sehr eingeschränkt. Noch weitergehende Maßnahmen würden die Kontrolle sehr erschweren. Endlich werden in der Goldwarenindustrie viele militärische Arbeiter beschäftigt, die an ihrer jetzigen Stelle wertvolle Dienste leisten, in anderen Industrien dagegen kaum beschäftigt werden könnten. Trotzdem werde die Reichsleitung die Angelegenheit von neuem prüfen, um, wenn irgend möglich, weitere Einschränkungen eintreten zu lassen, ohne Schädigung der Gesamtheit. — Auch käme in Betracht, ob nicht ein Höchstpreis für Gold festzusetzen sei, um den wilden Wettbewerb von Altbild zu befestigen.

Infolge dieser Erklärung wurden die Anträge hierzu zurückgezogen. Damit war die Angelegenheit erledigt.

In der Fortsetzung der Aussprache über die

Arbeitsverhältnisse in der Munitionsindustrie

wendete sich Abg. Bauer (Soz.) gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Hirsch in der vorigen Sitzung. Aus den Nachrichten der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerk-Berufsgewerkschaft ergibt sich, daß der Jahresarbeitsverdienst der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter betrug:

im Jahre 1913:	1784,92 M. auf den Kopf
1914:	1748,36 „ „ „
1915:	1976,63 „ „ „

Der Durchschnittsverdienst ist also nur um rund 240 M. für das ganze Jahr gestiegen. Im Bezirk der Sektion Essen ist die Steigerung allerdings größer. Ein Kolnarbeiter verdiente durchschnittlich

im Jahre 1913:	1896,80 M.
1914:	1976,38 „
1915:	2308,90 „

Die Zunahme im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 beträgt 412,09 M. Aber auch sie steht in keinem Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise. Dabei wird der höhere Verdienst in der Hauptsache erzielt nicht infolge Erhöhung der Löhne, sondern durch Überarbeit. Statt 60 Stunden die Woche wird 90 Stunden und mehr gearbeitet. So wird mit der Arbeitskraft der Arbeiter Raubbau getrieben. Dafür stehen die Werke einen gewaltigen Gewinn ein. Den Militärlieferanten, die fern von ihrer Heimat in den Kruppischen Betrieben arbeiten müssen, werden an jedem Lohnstage 240 M. abgezogen für die Pensionskasse. Diese Arbeiter aber denken gar nicht daran, auch nach dem Kriege in dem Kruppischen Betrieb zu bleiben; sie kehren vielmehr in die Heimat zurück, verlieren damit ihre Ansprüche an die Kruppische Pensionskasse und läßen so die ihnen abgezogenen Beiträge ein. Wenn die Unternehmer in Rheinland-Westfalen sich aus grundsätzlichen Bedenken nicht mit den Gewerkschaftsvertretern an denselben Tisch setzen wollen, um die Beschwerden der Arbeiter zu erledigen, dann nehmen sie nicht die Rücksicht, die der jetzige Ausnahmezustand erfordert. Die Rechte der Arbeiter auf Selbsthilfe sind aufs äußerste eingeschränkt. Dies müsse unbedingt zur Folge haben, daß durch unmittelbare Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter mit den Unternehmern die Beschwerden der Arbeiter geprüft und die Maßnahmen für die notwendigen Verbesserungen festgelegt werden. Daß dies die Unternehmer in Rheinland-Westfalen verweigern, ist die Folge der alten Auffassung: Die Arbeiter haben lediglich zu gehorchen. Dieser habe die Militärbehörde nicht den Mut, gegen jene Unternehmer mit dem nötigen Nachdruck vorzugehen, um die Einrichtung der Schlichtungskommission zu erzwingen.

Abg. Giesberts (Z.) schloß sich den Ausführungen des Abg. Bauer an. Geradezu unverständlich sei es, daß die Unternehmer in Rheinland-Westfalen sich aus grundsätzlichen Bedenken noch immer nicht auf die Schlichtungskommission einlassen wollen, obwohl schon längst die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Einrichtungen erwiesen seien. Die Arbeiter, namentlich die am meisten links stehenden, haben während des Krieges sehr viele grundsätzliche Bedenken zurückgestellt; aber jene Unternehmer wollen nicht das Gleiche tun, selbst dann, wenn es durch die Not der jetzigen Zeit dringend geboten ist. Das sei auf die Dauer unerträglich.

Abg. Dr. Hirsch (natl.): Wenn jetzt Schlichtungskommissionen geschaffen werden, ist gar nicht daran zu denken, daß sie nach dem Kriege kurzerhand beseitigt werden könnten. Aus diesem Grunde könnten die Unternehmer nicht ihre grundsätzlichen Bedenken äußern. Die Beschwerden der Arbeiter müßten daher auf anderem Wege erledigt werden: durch die Gewerbaufsichtsbehörden und durch das Generalkommando. Die Gewerkschaften sind vor dem Kriege Kampforganisationen gewesen. Wollen die Gewerkschaften den Kampf aufgeben? Daran denken sie gar nicht. Sie wollen die Schlichtungskommissionen, weil sie auf Kosten der Unternehmer geschichtet wird. Die Arbeiter sind auch nicht immer Engel. Sie weisen die gewerkschaftsfeindlichen Arbeiter von der gemeinsamen Arbeit zurück, selbst bei nationalen Bestrebungen.

Abg. Gotthein (Freis. Vp.): Aus seiner eigenen Erfahrung könne er feststellen, daß die Schlichtungskommissionen sich dort wo sie eingerichtet sind, auf das Beste bewährt haben. Selbst solche Unternehmer, die vorher große Bedenken gegen diese Einrichtungen hatten, erkannten bald, daß die Mahnung sehr nützlich sei, daß durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern manche Beschwerden beseitigt und mancher Streit verhindert werden konnte.

Abg. Sasse (Soz.) wies auf das vertrauliche Schreiben des Generalkommandos zu Münster hin, das den Handelskammern empfiehlt, statt Schlichtungskommissionen überall Arbeiterausschüsse einzurichten. Arbeiterausschüsse seien aber kein genügender Ersatz

für Schlichtungskommissionen. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse seien im Bergbau sehr oft gemäßigter worden; die Arbeiter wollten daher kein Amt mehr in den Ausschüssen annehmen, ja sie beteiligten sich zum Teil gar nicht an den Wahlen. Der wahre Grund, weshalb sich die Unternehmer so sehr gegen die Schlichtungskommissionen sträubten, sei ja auch vom Abg. Dr. Dirsch selbst ausgesprochen worden. Die Schlichtungskommissionen tragen den Wünschen der Unternehmer nicht genügend Rechnung. Alle Versuche, die Löhne der Arbeiter als genügend für die jetzige Zeit hinzustellen, sei vergeblich; die Vergarbeiterlöhne seien um 20-30 Proz. gestiegen, aber die Lebensmittel seien noch mehr im Preise gestiegen; in gleicher Weise aber auch die Ueberschüsse der Werke und Zechen, so daß die Löhne erhöht werden könnten, ohne daß die Kohlenpreise hinaufgeschraubt werden müßten. Man wolle auch die Frauen unterirdisch beschäftigen. Er warne sehr eindringlich vor diesem Schritt, sonst würden große Nachteile für die Gesundheit entstehen. Auch die Zechenarbeitsnachweise haben die Pläne der Werkschwestern nicht erfüllt. Der Belegschaftswechsel sei infolge des rechtlosen Gedingensystems und der teilweise schlechten Löhne noch äußerst hart. Verhindert man jetzt zwingungsweise den Arbeiterwechsel, dann würden unhaltbare Zustände eintreten. Die Schlichtungskommissionen seien, das müsse er auf Grund eigener Beobachtungen bestätigen, eine Notwendigkeit. Er bitte daher das Kriegsministerium nochmals, der Sache näherzutreten und alles zu tun, um diese notwendige Einrichtung zu schaffen.

Abg. v. Trampczinski (Pole) wies auf die Beschwerden der polnischen Arbeiter hin. Das schlimmste sei, daß die Behörden glauben, sie könnten alles einseitig von sich aus regeln; das sei aber falsch und führe zu schweren Schäden. Es beständen Vereine der Polen, und deren Hilfe sollte in Anspruch genommen werden; dadurch könnte vieles gebessert werden.

Oberst v. Wisberg: Im allgemeinen stelle er fest, daß die Militärbehörde ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Er müsse zugeben, daß die Schlichtungskommissionen, wo sie eingerichtet sind, gut gearbeitet haben. Die Angelegenheit in Rheinland und Westfalen sei nicht erledigt; er hoffe, daß, wenn der Reichstag im Februar wieder zusammentritt, er in der Lage sein werde, mitzuteilen, daß Maßregeln getroffen sind, die allen hier vorgebrachten Wünschen entsprechen.

Abg. Spiegel (Sog.): Die Erklärung des Vortredners sei sehr erfreulich; es sei aber auch die höchste Zeit, daß die Reichsleitung eingreife, um für den 7. Armeekorpsbezirk Kriegsaussschüsse zu schaffen. Keine Verzögerung sollte weiter zugelassen werden. Die Verhältnisse können so nicht weitergehen. — Dann wandte sich der Redner gegen die Vertörungen des Abg. Dirsch auf die Gewerbeaufsichtsbehörden. Diese seien vollständig einflusslos geblieben. Auch die Beschwerden an die Behörden und an das Generalkommando seien erfolglos geblieben. Es dauere wochen-, ja monatelang, ohne daß die Beschwerden erledigt werden, und dann fallen die Antworten im ungünstigen Sinne für die Arbeiter aus. Wenn in den Arbeiterausschüssen die Arbeiter tatkräftig für ihr gutes Recht eintreten, werden sie gemäßigter oder zum Seeresdienst eingezogen. Auf dem Wittenener Gussstahlwerk sind die Arbeiter, die bei Differenzen verhandelt hatten, eingezogen worden. Auf demselben Werke haben in der vorigen Woche zwei der wichtigsten Abteilungen die Arbeit niedergelegt, weil man ihnen Rechnung nicht tragen wollte. Als wir die Arbeiter um Wiederaufnahme der Arbeit ersuchten, wurde in der Versammlung erklärt, daß die Zustände unerträglich seien. Auch auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ sind Kommissionsmitglieder, nachdem sie verhandelt hatten, eingezogen worden. Die Gewerbeaufsichtsbehörden haben ebenfalls verjagt. Bei Differenzen auf den Westfälischen Stahlwerken in Bochum, bei welchen die zuständige Gewerbeinspektion eingriff, ist den drei Arbeiterorganisationen für die Metallindustrie überhaupt keine Mitteilung mehr zugegangen. In einem der Fälle, bei der Firma Gendel in Lengerich, wo die Angaben der Beschwerden durch zwei Arbeiterverbände bestätigt wurden, hat es sogar 11 Wochen gedauert, bis die Angelegenheit erledigt war, und das konnte auch nur mit Hilfe des Kriegsministeriums erreicht werden. Die Untersuchungen und Beschwerden sind meist erfolglos. Die Arbeiter haben kein Vertrauen. Es muß unbedingt eine Instanz geschaffen werden, die hier regelnd eingreift. Den qualifizierten Arbeitern werden Stundenlöhne von 45 bis 70 Pf. gezahlt; im Afford verdienen diese Leute 60 Pf. bis eine Mark die Stunde. Es ist dies viel zu wenig für die jetzige Zeit; daher sind die Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung durchaus berechtigt. Damit wären die Verhandlungen über diese Gegenstände und auch die Arbeiten des Ausschusses überhaupt beendet.

Die Kommission für Bevölkerungspolitik

Hielt am Sonnabend noch eine kurze Sitzung ab. Auf Grund von Besprechungen der Unterkommission mit Regierungsvertretern wurden die von der Regierung geforderten statistischen Auskünfte betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heere endgültig festgesetzt. Die Regierung hat zugesagt, daß die für Offiziere und Mannschaften getrennte Feststellung der Erkrankungsfälle, die für die Vergangenheit aber nicht möglich sei, für die Zukunft durchgeführt werden soll. Die Kommission wünscht durch diese Trennung eine Prüfung darüber zu ermöglichen, ob und welche Wirkung die verschiedenartigen Vorschriften haben, die für Offiziere und Mannschaften hinsichtlich Meldung und Behandlung von Geschlechtskrankheiten gelten.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dize (Zentz), teilte mit, daß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Prostitutionswesens vorbereitet. Es sei zu hoffen, daß der Entwurf bei Wiederkommung des Reichstags vorliegen wird. Zu empfehlen sei, daß die Kommission die Arbeit der Regierung fördert, indem sie, da eine Beratung der Frage selbst jetzt nicht möglich ist, die Regierung ausdrücklich zur baldigen Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfs auffordert. — Wegen diesen Vorschlag wurde von sozialdemokratischer Seite lebhaft Einspruch erhoben: Eine solche Aufforderung sei ganz inhaltlos, könne aber sehr leicht den Anschein erwecken, als läge der Kommission vor allem daran, die Prostitution mit Polizeimitteln zu bekämpfen; die Kommission solle aber vielmehr die sozialen Maßnahmen gegen die Prostitution in den Vordergrund stellen. Der Entwurf der Regierung verspreche nichts Gutes, und die Kommission dürfe das nicht durch eine Resolution, wie sie vom Zentrum vorgeschlagen wird, fördern. — Auch ein Zentrumsredner äußerte Bedenken. Ein Redner der Deutschen Fraktion ersuchte, von einer Abstimmung abzusehen, da eine Einigkeit jetzt über diese Frage nicht zu erzielen sei. Demgemäß wurde verfahren.

Die Mitglieder der Unterkommission beabsichtigen, in unverbindlichen Zusammenkünften während der Vertagung des Reichstags die Arbeiten der Kommission weiter vorzubereiten.

Politische Uebersicht.

Das Preußenwahlrecht nach dem Kriege.

Im „Tag“ erklärt der freikonservative Abg. v. Dewitz: Die Konservativen würden sich einer Mitarbeit an der Ausgleichung und Verbesserung gewisser Schwächen und Fehler des jetzt in Preußen bestehenden Wahlrechts nicht entziehen. Sie könnten aber nur einem Wahlrecht zustimmen, „das an den idealen Grundlagen bezieht, auf denen Preußen groß geworden ist“. Als solche Grundlagen bezeichnet Herr v. Dewitz ein starkes Königtum und eine „von echt christlichem Geiste erfüllte“ geistige Arbeit. Herr v. Dewitz, der ein Gegner des Reichswahlrechts für Preußen ist, meint also offenbar, daß die geistige Arbeit des Reichstages wegen der

geringen Zahl von Konservativen, die in ihm sitzen, nicht von echt christlichem Geiste erfüllt sei. Wir meinen, ein Parlament solle den Streik um das echte Christentum den Theologen überlassen und bestrebt sein, das Nützliche und Rechte für das Volk zu tun. Das kann aber am besten ein Parlament des gleichen Wahrechts!

Herr v. Dewitz polemisiert gegen einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“, in dem daran erinnert wird, daß beispielsweise 1908 in der 3. Abteilung 82,2 v. H. der Urwähler, in der 2. Abteilung 13,9 v. H. und in der 1. Abteilung nur 3,9 v. H. derselben die gleiche Anzahl Wähler wählen. Herr v. Dewitz schlägt demgegenüber auf den Geldbesitz der Besitzenden und weist darauf hin, daß noch 1904 63 v. H. der preussischen Bevölkerung überhaupt nicht, weitere 32 v. H. in den niedrigen Stufen von 100 bis 3000 M. Staatssteuern zahlten, während nur 5 v. H. der Bevölkerung 70 v. H. des gesamten Steuerfolls aufbrachten. Herr v. Dewitz weist nicht, daß die 95 v. H. schlechten Steuerzahler die besten Zahler der indirekten Steuern sind.

Herr v. Dewitz denkt nicht daran, daß die hohen Steuerbeträge, die von den 5 v. H. guten Steuerzahlern aufgebracht werden, nicht von ihnen selbst, sondern von den 95 v. H. schlechten Steuerzahlern erarbeitet sind. Herr v. Dewitz denkt nicht im entferntesten daran, daß die besten Steuerzahler der Zukunft die Kriegsgewinner und die schlechtesten — leider zum großen Teil — die Kriegsteilnehmer sein dürften. Herr v. Dewitz hat sich nicht überlegt, wie wenig es einer „von echt christlichem Geiste erfüllten“ Gefühlsgebende anstände, den Kriegsgewinnern ein besseres Wahlrecht zu geben als den Kriegsteilnehmern.

Es kann aber in Zukunft keinen bevorrechteten Stand geben, wenn er nicht von denen gebildet werden soll, die draußen an der Front für die Verteidigung der Heimat ihr Leben in die Schanze schlugen. Die werden, wenn sie heimkommen, kein Vorrecht für sich verlangen, sie werden aber auch nicht dulden, daß sie ein schlechteres Bürgerrecht haben sollen als irgendein Heinkrieger, der mit Feder und Papier für „preussische Grundlagen“ kämpft. Das dürfte heute in Deutschland jedermann klar sein — ausgenommen Herrn v. Dewitz und wenige ihm Gleichgesinnte!

Ein geheimnisvoller Bethmann-Brief.

Die Zeitschrift „Das größere Deutschland“ veröffentlicht hinter einem Artikel des Fürsten zu Salm-Horstmar, des Verfassers der berühmten Immediateingabe gegen den Reichskanzler, eine Betrachtung des Herausgebers B. Vacmeister über Scheidemanns letzte Reichstagsrede. Darin findet sich folgende allgemein interessierende Bemerkung:

Schon mehrfach hat dieser Mann sich als besonders gut über die Absichten der Reichsregierung unterrichtet darzustellen gesucht, ohne daß ihn die offizielle Presse verleugnet hätte. In manchen Kreisen hält man ihn für einen der mächtigsten Männer im Reich. Und im Ausland meint die Presse vielfach, Scheidemann habe die Wahrheit gesagt, die der Kanzler zu sagen noch nicht für zweckmäßig gehalten habe. Der sozialistische Führer gebrauchte in seiner Rede auch den Satz: „Wir haben uns nie darüber getäuscht, daß dieser Krieg, selbst wenn er von diesem oder jenem als Eroberungskrieg gewollt wäre, in Wirklichkeit nur als Verteidigungskrieg geführt wird.“ (Soll heißen: ... „werden kann“, Red. d. „B.“) Man darf wohl verraten, daß es einen Brief des Reichskanzlers gibt, in dem der gleiche Gedankengang mit fast den gleichen Worten zum Ausdruck kam. Hat Scheidemann, der ja so manchen Brief kennt, auch diesen Brief gekannt ... ?

Wir können zur Verhütung des Herrn Vacmeister berichten, daß der von ihm erwähnte Brief des Reichskanzlers dem Genossen Scheidemann gänzlich unbekannt ist. Schade, daß Herr Vacmeister diesen Brief, der nach seinen Andeutungen ja sehr verständlich zu sein scheint, nicht in seinem Wortlaut veröffentlicht! Sollte sich der Reichskanzler darin zu ähnlichen Anschauungen bekennen, wie Scheidemann, und würde dies allgemein bekannt, so wäre damit der Sache des Friedens ein wesentlicher Dienst geleistet.

Anfragen im Reichstag.

Abg. Dr. Wind (Wp.) fragt: „Durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz ist das Bestreben unserer Feinde, auch nach dem Friedensschluß den Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen, offenbar geworden.“

Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Reichstag des Innern eine Zentralstelle, etwa in Form eines besonderen Handelsamts, zu schaffen, welche Handel und Industrie in allen den Außenhandel betreffenden Fragen wirksam unterstützt?

Abg. Müller-Meiningsen fragt:

„Nach Art. II Nr. 10 Abs. 3 des Warenumschlagstempelsgesetzes sind Lieferungen im Inlande bezogener Waren in das Ausland vom Stempel befreit. Nach Auffassung weiterer Kreise und gewisser Behörden genießt derjenige Steuerfreiheit nicht, der zwar im Inlande aufkauft, daraus aber Fabrikate herstellt, die dann zur Ausfuhr gelangen — also die Ausfuhrindustrie.“

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Aufklärung zu schaffen, ob die Ausfuhrindustrie von dem Stempel befreit ist oder nicht? —

Bundesratsbeschlüsse.

Amlich, Berlin, 4. November. (B. L. W.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde zu den vom Reichstag angenommenen Entwürfen eines Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtslosgesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und eines Gesetzes über die Festsetzung von Kurien der zum Wörtenhandel zugelassenen Wertpapiere Stellung genommen.

Dem Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1916 wurde zugestimmt.

Die angeblichen Verfehlungen in der Kriegsmetall-Altiengeellschaft.

Berlin, 4. November. (B. L. W.) Die Bemerkung in dem Sitzungsbericht des Reichshaushaltsausschusses vom 21. Oktober über angebliche Verfehlungen in der Kriegsmetallaltiengeellschaft hat durch ihre gekürzte Wiedergabe bei einzelnen Stellen zu der Auffassung geführt, als ob in der Geschäftsführung der Gesellschaft Ordnungswidrigkeiten vorgekommen seien. Letzteres ist nicht der Fall.

Es hat sich um Verfehlungen zweier unterer Angestellten (Kundenführung) gehandelt, die mit den Geschäften der Kriegsmetallaltiengeellschaft in keinem Zusammenhang standen.

Sozialdemokratische Wahlbeteiligung an Stadtratswahlen in Kiel.

Demnächst läuft in Kiel die Wahlperiode zweier unbesoldeter Stadträte ab, die Neuwahl ist auf den 20. November angesetzt. Die schleswig-holsteinische Städteordnung schreibt vor, daß die Magistratsmitglieder (einschließlich der beiden Bürgermeister) von der gesamten wahlberechtigten Bürgerschaft unter demselben Wahlrecht gewählt werden, das für die Stadtverordnetenwahlen gilt. Eine aus sämtlichen Magistratsmitgliedern und einer gleichen Anzahl von Stadtverordneten

bestehende Präsentationskommission hat der Bürgerschaft drei Kandidaten zu präsentieren. Bei früheren Wahlen sind alle Versuche der sozialdemokratischen Vertreter in den Präsentationskommissionen, auch einen Sozialdemokraten mit zu präsentieren, an dem geschlossenen Widerstande der bürgerlichen Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder gescheitert. Bei den Verhandlungen in der Präsentationskommission für die bevorstehenden Wahlen ist es nun den sozialdemokratischen Vertretern gelungen, durch energische Vorstellungen die bürgerlichen Stadtverordneten und die Magistratsmitglieder zu bewegen, dafür zu stimmen, daß auf die Kandidatenliste für das eine Stadtratsamt auch ein sozialdemokratischer Kandidat, der sozialdemokratische Stadtverordnete Rindfleisch gesetzt worden ist. Die letzte gutbesuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel hat daraufhin einstimmig die Beteiligung an den Stadtratswahlen beschlossen. Wenn die Kieler Arbeiter auf dem Posten sind, dürfte die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten sicher sein.

Der Lesestoff unserer Feldgranen.

Einige Verlagsanstalten haben es sich angelegen sein lassen, unsere Soldaten im Felde mit Lesestoff zu versehen, der zum erheblichen Teil als Schundliteratur bezeichnet werden muß. Diese Buchhändler im Felde machen dabei allerdings glänzende Geschäfte, denn je größer der Schund, desto mehr wird daran verdient. Dieser Mißstand hat Vertretern verschiedener Parteien — darunter Abg. Schulz-Erfurt — Veranlassung, im Reichstag folgende Anfrage einzubringen:

„Ueber die Feldbuchhandlungen werden fortgesetzt Klagen laut. Die von ihnen feilgehaltenen Bücher sind teilweise minderwertiger Art, in vielen Fällen ist den Soldaten offenkundige Schundliteratur verkauft worden. Eine weitere Klage geht dahin, daß die Bücherauswahl zum Teil einseitig bestimmte Verlage bevorzugt, was darauf zurückgeführt wird, daß der Feldbuchhandel in der Hauptsache in den Händen einiger weniger Buchhandlungen liegt. Wähler und Bücherreihen, deren Feilhaltung im Interesse der Volksbildung dringend erwünscht ist, wenn sich ihr Vertrieb auch nicht so lohnt wie der Vertrieb von Sensationsliteratur, werden von den Feldbuchhandlungen nur mangelhaft oder gar nicht berücksichtigt.“

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine bessere Organisation des Feldbuchhandels unter Heranziehung sämtlicher für das deutsche Volksbildungswoesen in Betracht kommenden Vereinigungen in die Wege zu leiten?

Die Fragesteller begnügen sich mit einer schriftlichen Antwort, die hoffentlich nicht lange auf sich warten läßt. Hier liegt in der Tat ein Mißstand vor, dessen Beseitigung nicht auf die lange Bank geschoben werden darf.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Reichskonferenz.

Eine Reichskonferenz des s. schleswig-holsteinischen Wahlkreises tagte in Zepheo. Dieselbe war zusammengesetzt aus Vertretern der Ortsvereine, dem gesamten Kreisvorstand, der Kontrollkommission, dem Reichstagskandidaten Genossen Winkelmann-Bremen, dem Genossen Karbis-Altona als Vertreter des Bezirksvorstandes und dem Genossen Fröhlich-Kiel als Vertreter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Genosse Alpy als Delegierter des Kreises vertrat diesen im Sinne der Wehrheitsbestrebungen und sprach sich auch in seinem Bericht für diese aus. Mit allen Stimmen (bei drei Stimmenthaltungen) nahm die Konferenz folgende Resolution an: „Die Konferenz der Delegierten des s. schleswig-holsteinischen Wahlkreises erklärt sich mit der Haltung ihres Delegierten einverstanden. Sie erklärt weiterhin sich mit der Haltung ihres Organs, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, einverstanden und weist Angriffe gegen deren Haltung zurück.“

Das tägliche Brot.

Kartoffelhöchstpreise.

Aus dem Kriegsernährungsamt wird mitgeteilt: Bei dem Kriegsernährungsamt mehren sich die Anfragen, ob die Höchstpreise für Kartoffeln, die durch die Bekanntmachung des Kriegsernährungsamts vom 13. Juli 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 696) festgesetzt worden sind, sich auf alle Kartoffeln oder nur auf solche beziehen, die auf Anweisung der Reichskartoffelstelle als Speisekartoffeln oder als Fabrikkartoffeln geliefert werden müssen. Es wird deshalb bemerkt, daß die Anordnung vom 13. Juli 1916 sich auf alle Kartoffeln bezieht, und daß es daher insbesondere unzulässig ist, Kartoffeln zu Futterzwecken zu höheren Preisen zu verkaufen, als 4 M. für den Zentner, d. h. als zu dem jetzigen gesetzlichen Höchstpreis für Kartoffeln aus der Ernte 1916 beim Verkauf durch den Kartoffelerzeuger.

Die Wildhöchstpreise.

Es sind Zweifel entstanden, ob die durch die Bekanntmachung über die Höchstpreise für Wild vom 17. September 1916 festgesetzten Großhandelspreise Fracht- und Transportkosten einschließen. Um in dieser Frage Klärung herbeizuführen, wird darauf hingewiesen, daß die Großhandelspreise im Sinne der genannten Verordnung sowohl die Kosten der Beförderung zum Großhändler wie auch die der Beförderung vom Jäger oder Großhändler zum Kleinhändler einschließen.

Raninchen-Fleischwurst für — 5,50 M.

Die Kollage der Allgemeinheit will ein genialer Dresdener Nährmittelfabrikant durch die Fabrikation von — Raninchen-Fleischwurst beseitigen. Er kündigt die Eröffnung einer Fabrikneubau in Stadtrinnern Dresdens an und will das neue Nahrungsmittel, das im Geschmack und Aussehen der feinsten Leberwurst gleichsehen soll (?), sogar als „delikatem, parfümierten Brotaufstrich“ vertreiben. Der Fabrikant zitiert die Raninchen selbst, und da das Letztere in seinen Futteransprüchen beanstandet das bescheidene und billigste Schlachtvieh ist, so müßte man erwarten, daß auch der Preis für diese „Raninchenwurst“ ein bescheidener und billiger sein würde. Aber in diesem Falle tritt der Kriegswucher in seiner krassesten Form zutage. Der Fleischmeister darf für Schweine- und Kalbswurst nicht mehr als 2,50 M. für das Pfund fordern. Verlangt er auch nur 5 Pf. mehr, dann wird er bestraft. Kürzlich wurde ein Meißener Gastwirt mit Recht angeklagt, weil er in wucherischer Weise für 100 Gramm Leberwurst 75 Pf. verlangt hatte. Der Dresdener Raninchenwurstfabrikant aber darf für das zur Wurst verarbeitete Raninchenfleisch sage und schreibe 5,50 M. für das Pfund verlangen. Er gibt sogar noch bekannt, daß er, „um die Speien des Zwischenhandels im Interesse der Allgemeinheit zu sparen“, nur an Selbstverbraucher verkauft. Die Speien des Zwischenhandels gleiten somit in seine eigene Tasche. Sollte es nicht im „Interesse der Allgemeinheit“ liegen, daß sich einmal die amtliche Preisprüfungsstelle mit diesem neuesten Kriegsprodukt des Nahrungsmittelmarktes beschäftigt?

Eingegangene Druckschriften.

Die Kriegskassen. Von Geh. Rat Prof. Dr. R. Th. v. Eberberg. 2 Bde. — B. Scholl, Leipzig.
Woher kommt das Geld im Kriege? Von Julian Vorchardt. 60 Pf. — Verlag der Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig.
Kommentar zum Kapitalabfindungsgesetz. Herausgegeben und erläutert von Regierungsrat B. Krause. Geh. 2,50 M. — J. G. C. Stuttgart.

Protest.

Wir Unterzeichnete schließen uns dem am Freitag im „Vorwärts“ veröffentlichten Protest des Genossen Eugen Ernst an und erklären ebenfalls ausdrücklich, daß wir uns dem Beschluß, den „Vorwärts“ zu boykottieren, nicht fügen. Wir werden im Gegenteil nach wie vor für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ unsere ganze Kraft einsetzen.

Karl Siebel, Reichstags-Abg.
Otto Weis,
Cordula Schumann,
Georg Schöppin,
Rob. Schmidt,
Wlag. Groger, Kaufm.
Theodor Fischer, Seelower Str. 3.
Emil Böste, Kaufm.
Heinrich Schröder, Vogelberger-
Straße 53/54.
Aug. Pohl, Kaufm.
Franz Thurow, Kaufm.
Hilb. Gahlich, Adress. 1.
Fritz Wotz, Köpenick.
Eduard Hünck, Baumfchulweg.
Franz Lucht, Lindenstr. 2.
Anna Marischke, Niederschönhausen.
Alexander Fröhlich, Weissenburger-
Straße 29.
Altois Zieffenhöfer, Charlotten-
burg.
Julius Hänicke, Solmsstr. 30.
Kaspar Wenzel, Groß-Lichterfelde.
Karl Albold, Lichtberg.
Alex Bogels, Lindenstr. 3.
Gustav Schmidt, Bärschwalderstr. 42.

Gugo Voelck, Elbinger Str. 87.
Hilb. Baumeister, Karlshorst.
Georg Feldmann, Oranienstr. 180.
Karl Klingler, Kochmannstr. 15.
F. Goppe, Lorestr. 1.
H. Weiser, Verhulststr. 1.
Aug. Pattloch, Müllerstr. 100.
Herm. Rich, Buchstr. 5.
Heinrich Umlauf, Buttlischtr. 17.
Frau Busch, Ahnower Str. 2.
Richard Klose, Gletstr. 19.
Aug. Neumann, Kaufm.
Rob. Schneider, Charlottenburg.
Wilh. Frisch, Schöneberg.
Paul Dupont, Bildhauer.
Hilb. Müller, Niederschönhausen.
Friedr. Stämpfer, Reinekestr. 15.
Wag. Warden, Hofemannstr. 11.
Gersmann, Linienstr. 83/85.
Vesper, Krausstr. 11.
Müller, Oranienburger Str. 89.
Friedmann, Hofemannstr. 8.
Rich. Schmidt, Jodlonstr. 39.
Georg Luy, Schreinerstr. 37.
Paul Böhm, Rauhstr. 14/15.
G. Weisner, Mariannenplatz 23.

Weitere Zustimmungserklärungen bitten wir an Eugen Ernst, Lindenstr. 2, zu richten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 1987, 1299, 9714, 185.

Montag, den 6. November 1916:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusssäle, Müllerstr. 112, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Norden: Hättner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Moabit: Sands Festsäle, Beusselstr. 9, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Westen, Schöneberg und Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Rheinstraße 65, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Osten und Nordosten: Comeniusssäle, Memeler Str. Nr. 67, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Lichtenberg und Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Vorhagen 56, abends 8 Uhr.
- Weißensee: Restaurant Masche, Berliner Allee 251, abends 8 Uhr.
- Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15, Saal 3, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Vortrag des Kollegen Wilhelm Siering.
- Neukölln: Ideal-Festsäle, Weichselstraße 8, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Tegel: Lehnhardt, Tegel, Berliner Str. 84, abends 6 Uhr.
- Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: Restaurant Warnecke, Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 18, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Spandau: Derts' Restaurant, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Dienstag, den 7. November 1916:

Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Köpenick und Friedrichshagen: Lindengarten, Friedrichstr. 74, abends 8 Uhr.
Tagesordnung in allen Versammlungen:

Stellungnahme zur Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
125/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuller

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 9. November 1916, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht und Abrechnung vom II. und III. Quartal 1916. 3. Wahl von zwei Mitgliedern zum Ausschuss. 4. Antrag der Verwaltung auf Zahlung einer Weihnachtsgeldunterstützung: a) an die Familien der zum Herrentenstand eingezogenen Mitglieder, b) an die arbeitslosen Mitglieder. 5. Verschiedenes.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte gestattet.
Achtung! In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Kottbuscherplatz 10623, 3578. Bureau: Kottbuscherstraße 30

Branchen-Versammlung der Bergolder!

Dienstag, den 7. November er., abends 6 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21.
Tagesordnung:

- Bericht über unsere Teuerungszulagenbewegung.
- Branchenangelegenheiten.

Ordentliche General-Versammlung

Freitag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15, Saal 4.
Anträge zur Generalversammlung müssen bis zum 10. November an das Bureau eingereicht sein.

Rahmenmacher!

Montag, den 6. November, abends 6 Uhr, bei Wählich, Etalischer Straße 22.
92/17 Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Sollte Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten G. I an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Spezialarzt

für Haut-, Darm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spricht 12-2, 4/6-7/9, Sonntags 11-2. Honorar mäßig, a. Teilzahl. — Separates Damenzimmer. —

Todes-Anzeigen

Am 7. Oktober d. J. fiel unser Kollege, der Buchbinder **Paul Ehlert**.
Durch sein ruhiges, freundliches und gefälliges Wesen war er unser alter Freund. 14498
Wir werden ihm, der für uns sein Leben eingesetzt und verloren hat, stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Personal der Buchbinderei Wäbber u. Co.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Max Eckert, Geschäftsdienner.
Friedrich Heldt, Geschäftsdienner.
Max Höhne, Drochschankhelfer.
Wilhelm Leest, Geschäftsdienner.
Gustav Maltritz, Lagerarbeiter.
Hermann Masuck, Geschäftsdienner.
Max Sowieja, Geschäftsdienner.
Heinrich Schulze, Industriearbeiter.
Alfred Schwan, Geschäftsdienner.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Paul Alter, Tischler, 26 Jahre alt.
Karl Fischer, Tischler, 36 Jahre alt.
Anton Hallmann, Tischler, 32 Jahre alt.
Felix Judis, Bergolder, 37 Jahre alt.
Oskar Ludwig, Tischler, 33 Jahre alt.
Heinrich Nickel, Tischler, 32 Jahre alt.
Otto Rehländer, Tischler, 45 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Jahn“.

Abt. Baumfchulweg. M. d. A. L. A.
Als Opfer des Weltkrieges fiel in den letzten Kämpfen unser lieber Turnfreund 186/2
Max Staffeld.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. Oktober unser unvergesslicher lieber Sohn, mein innigstgeliebter Gatte, unser lieber Bruder, Schwiegerohn und Schwager, der Tischelweber
Willi Schellhorn
Pionier-Komp. 100, im Alter von 27 Jahren.
Dies zeigen tiefbeträbt über den schmerzlichen Verlust an
Die Angehörigen.
Reuchlinstr. 3.
Rast ist der Krieg und ohn' Erbarmen,
Er reißt das Liebste uns aus dem Arm.
Mit der Sehnsucht im Herzen nach seinem Lieben,
Mit der Sehnsucht ist er geblieben. 14394
Unsere Liebe deckt Dich zu. Ruhe sanft in Heilandsland.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 2. Oktober 1916 mein lieber Mann, der kreisorgende Vater seiner Kinder, unser innigstgeliebter Sohn, guter Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann
Ewald Richter
Jah.-Regt. 375 14355 im 30. Lebensjahre.
Gertrud Richter als Frau.
Gerda u. Herbert als Kinder.
Gottlieb Richter und Frau als Eltern.
Wili Richter, z. J. im Felde, als Bruder.
Martha Müller als Schwester.
Paul Müller als Schwager.
Helga Müller als Nichte.
In unserer Mitte wird uns fehlen ein gutes Herz, ein Name rein.
In unseren Herzen sollst Du leben, sollst emig unvergessen sein.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. Oktober unser jüngerer Sohn, Bruder und Schwager, der Tischler
Heinrich Schulze
Jah.-Regt. 64, 3. Komp. infolge Kopf- und Brustschusses sein junges, blühendes Leben lassen.
Die tiefbeträbten Eltern
P. Brozeit und seine Geschwister,
Trepptom, Bouschstraße 16.
Ruhe sanft in Heilandsland!

Arbeiter-Turnverein „Weißensee“

Mitgl. d. A. L. A. B.
Als Opfer dieses Krieges starb am 21. Oktober an den Folgen eines Bedenkschusses, welchen er bei den Kämpfen im Oktober 1914 erhalten hatte, im blühenden Alter von 30 Jahren unser lieber Freund und Turngenosse
Karl Hunziger.

Wir verlieren in ihm einen strebsamen, aufopferungsvollen Turngenossen, welcher sich auch in allen Lebenslagen gleich blieb. Seine überaus große Arbeitsfreudigkeit, welche er dem Verein im vergangenen Jahre, trotz seiner schweren Verwundung zur Verfügung stellte, verbunden mit einem lebenswürdigen Wesen und einem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, sichern ihm unter den Mitgliedern ein dauerndes Andenken. Auf der Ehrentafel unseres Vereines wird sein Name stets an erster Stelle stehen.
186/4 Der Vorstand
A. L. A. B.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 12. Oktober 1916 durch Kopfschuss kurz vor seinem Urlaub, unser geliebter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Bräutigam, der Musikföhrer
Hermann Kisow
Jah.-Reg. 64, 7. Komp., im blühenden Alter von 20 Jahren.
Dies zeigen ganz ergraben an die trauernden Hinterbliebenen
Wilhelm Kisow und Frau **Emilia Kisow** als Eltern.
Richard Schnell, zurzeit im Felde, als Schwager.
Frau Luise Schnell als Schwester.
Erich Kisow als Bruder.
Bruno Schultze, zurzeit im Felde, als Schwager. 12694
Selma Schultze als Schwester.
Era Polz als Frau.
Familie Hartz als Onkel u. Tante.
Ruhe sanft in fremder Erde, unsere Liebe deckt Dich zu.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. Oktober 1916 durch Herzschlag mein über alles geliebter Mann, mein einziger Sohn, unser einziger Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Landsturmmann 14506
Hans Thürmer.
Dies zeigt in tiefem Schmerz an **Fr. Viehchen Thürmer** als Gattin, nebst allen Angehörig.
Er war der Beste einer, alle, die ihn kannten, wissen, was ich mit ihm verloren.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. Oktober 1916 als viertes Opfer des Weltkrieges unser lieber Sangesbruder
Artur Viehmann.
Raum vom Urlaub zurückgekehrt zur Front, traf ihn die tödliche Kugel. 50/17
Sein Andenken wird der Verein stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Ortsverwaltung Berlin 9.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied
Julius Balla
am Mittwoch, den 1. November, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem alten Pauls-Kirchhof, Seefstraße, statt.
258/3 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Vetter, der Landsturmpflichtige
Alfred Müller
Jah.-Reg. 300, 1. Komp., am 5. Oktober im blühenden Alter von 27 Jahren gefallen ist.
Dies zeigen tiefbeträbt an
Wilhelm Müller und Frau geb. Dusterstein, als Eltern, Berlin, Wilmstr. 6.
Paul Müller als Bruder, zurzeit im Felde.
Georg Müller als Schwager, zurzeit im Felde.
Edith Müller als Nichte.
Wili Müller und Frau **Klara** geb. Hasler, als Bruder und Schwägerin, nebst Kindern, in Kiel.
Klara Müller geb. Haselshausen, als Schwägerin, nebst Kindern.
Er war edel, hilfsreich und gut.

In den Folgen einer Verwundung verstorben am 31. Oktober in einem Feldlazarett unser lieber Kollege, der Maschinenföhrer 14556
Wilhelm Kaiser
im 37. Lebensjahre.
Lange Jahre Vertrauensmann, hat er es verstanden, durch unermüdetes Handeln im Dienste der Allgemeinheit sich die Liebe und Achtung seiner Mitarbeiter zu erwerben.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Kollegen der Zeitungsföhrerei des „Berliner Tageblatts“.

Als Opfer des Weltkrieges starb an den Folgen seiner schweren Verletzung am 5. Oktober 1916 unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Onkel, der Schöffe
Ernst Pega
Rach.-Gen.-Komp., Jah.-Reg. 48, im blühenden Alter von 20 Jahren.
Die tiefbeträbten Eltern
Ernst Pega und Frau.
Albert Pega als Bruder.
Emma Schumann als Schwester.
Erna Wedell als Schwester.
Fritz Schumann als Schwager, z. J. im Felde.
Ernst Wedell als Schwager, z. J. im Felde.
Frau Juliane Pega als Großmutter.
Allzu früh verläßt Du die Deinen,
Die in der Heimat bittere Tränen um Dich weinen.
Ach, hätten wir noch einmal Dich gesehn,
D, könnten wir zu Deinem Grabe geh'n.
Drum, guter Sohn, so ruh' in Frieden,
Gedehlt, beweint von Deinen Lieben.
Dein Wunsch kann nun nicht mehr gesehn,
Wie Du uns immer schreibst: Ein frohes Wiedersehn.
Ruhe sanft in fremder Erde.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Pionier-Untersoffizier
Otto Rehländer
am 25. 10. 16 gefallen ist.
Dies zeigt in tiefstem Schmerz an
Witwe Marie Rehländer nebst 5 unehelichen Kindern.
Ruhe sei ihm die Erde!

Männer-Gesangverein Lorbeerkrantz 1879.

Am 22. 10. fiel als viertes Opfer des Weltkrieges unser lieber Sangesbruder
Artur Viehmann.
Raum vom Urlaub zurückgekehrt zur Front, traf ihn die tödliche Kugel. 50/17
Sein Andenken wird der Verein stets in Ehren halten.
Der Vorstand.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!

Am 11. Oktober 1916 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse,
der Klempner

Fritz Wegner
Bez. 212.

207/5 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 2. Oktober 1916 fiel im Alter von 42 Jahren unser Genosse,
der Landsturmmann

Fritz Volkmann
Bez. 437-438, I. Abteilung.

222/18 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 10. Oktober fiel der 29jährige Arbeiter

Heinrich Gänslar
Antonstr. 6/7, 14. Wkt., Bez. 707.

Am 27. Oktober fiel der 38jährige Schuhmacher

Otto Volkmann
Kresdowstr. 22, 4. Wkt., Bez. 524.

229/10 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkr.

Als Opfer des Weltkrieges fiel der Genosse

Richard Pawlig
Rozantstr. 6, im Alter von 28 Jahren. 61. Gruppe, 4. Viertel.

14/12 Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim, Bez. Lichtenberg.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
und verstorbenen Mitglieder gewidmet.

Otto Anders, Schlosser,
geb. 6. 11. 1884 in Allenstein.

Karl Arendt, Former,
geb. 22. 2. 1896 in Hohenlimburg.

Konrad Berthold, Dreher,
geb. 24. 12. 1886 zu Rowanow.

Erich Blobel, Revolverdreher,
geb. 11. 3. 1893 in Berlin.

August Boensch, Schlosser,
geb. 5. 12. 1883 in Gürtelsdorf.

Robert Dippner, Dreher,
geb. 20. 7. 1881 in Brandenburg.

Paul Elison, Former,
geb. 2. 3. 1891 in Berlin.

Wilhelm Gau, Schmied,
geb. 23. 7. 1888 in Charlottenburg.

Ernst Haas, Mechaniker,
geb. 6. 6. 1895 in Berlin.

Fritz Hennig, Mechaniker,
geb. 27. 2. 1888 in Charlottenburg.

Albert Höpfner, Arbeiter,
geb. 20. 1. 1886 in Nischelsdorf.

Hermann Kisow, Dreher,
geb. 24. 7. 1896 in Berlin.

Anton Krüger, Mechaniker,
geb. 21. 5. 1896 in Järich.

Otto Lehmann, Schleifer,
geb. 2. 1. 1883 in Berlin.

Robert Lemke, Dreher,
geb. 28. 8. 1890 in Belgau.

Wilhelm Ludwig, Dräcker,
geb. 19. 6. 1895 in Berlin.

Willi Menzel, Arbeiter,
geb. 18. 6. 1888 in Berlin.

Alfred Monert, Schlosser,
geb. 16. 6. 1880 in Breslau.

Paul Rannoch, Mechaniker,
geb. 19. 6. 1893 in Stuttgart.

Erich Rieger, Arbeiter,
geb. 8. 10. 1889 in Niddorf.

Paul Röseke, Schlosser,
geb. 22. 1. 1893 in Niddorf.

Johann Rüchner, Anschläger,
geb. 13. 12. 1887 in Hohnhof.

Karl Schenk, Dreher,
geb. 29. 10. 1892 zu Hohenstaig.

Paul Schulze, Arbeiter,
geb. 8. 11. 1894 in Berlin.

Karl Sorgatz, Schlosser,
geb. 14. 5. 1894 in Schollendorn.

Max Staffeldt, Schlosser,
geb. 16. 5. 1893 in Weiz.

Hans Thürmer, Schleifer,
geb. 17. 4. 1881 in Berlin.

Eduard Vetter, Schlosser,
geb. 26. 11. 1886 in Bernsdorf.

Oskar Wahner, Graveur,
geb. 12. 1. 1891 in Gabling.

Ehre ihrem Andenken!

125/4 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
„Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin).

Im Felde gefallen ist unser Bundesgenosse:

August Künkel, 6. Abteilung,
gefallen am 29. August 1916.

Ehre seinem Andenken!

9/12 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Dreher

Otto Weiß

Parlender, Chausseestr. 289
am 2. d. Wtd. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 5. November, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
Friedensstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, dass unser Mitglied, der
Dreher

Erich Pfeil

Charlottenburg, Wilmersdorfer
Straße 113/114
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

125/5 Die Ortsverwaltung.

Als zweites Opfer dieses Welt-
krieges starb am 5. Juli mein
innigst geliebter Mann und Vater
meines Sohnes, unser unerschütter-
licher Sohn, Bruder, Schwieger-
sohn und Schwager

Willi Schulz

2. Garde-Reg. 3. B., 11. Komp.
im 23. Lebensjahre.

Dieses zeigen in tiefer Trauer an
Frau Frida Schulz, geb. Haupt,
Familie Glöner, als Eltern,
Familie Haupt,
als Schwiegereltern.

Er folgte seinem Bruder

Max Schulz

nach 14 Monaten harten Kampfes.

Auf fremder Erde, schwer und
müde, sank sein Haupt zur ewi-
gen Ruh. Fürs Vaterland gabst
Du dein junges Leben, (dies
wohl, geliebter Willi, Du! Nun
ruht Du fern in Feindesland,
mit Kameraden schon vereint.
Die schmähen unsre größte Habe,
Dein Bild dabei, ganz still be-
weist, das soll dein Denkmal
sein. 14436

Lieber Papa, schlaf in Ruh,
Söhnchens Liebe deckt Dich zu.
Meine Lieben, Ihr sturbt zu früh,
Das Mutterherz vergeht Euch nie!

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 22. Oktober 1916 durch eine
Mine mein lieber Mann, unser
berzenguter Vater, Sohn,
Schwiegersohn, Bruder, Schwager
und Onkel, der Landsturmmann

Josef Geier

Reg.-Inf.-Regt. Nr. 8, 1. Komp.,
im 36. Lebensjahre. 14375

In tiefstem Schmerz

Die trauernde Gattin
Elis Geier geb. Demisch
nebst Kindern Willi und Gretchen.
Verta Ludwig,
Berlin-Regel, Schloßstr. 23.

Mit der Sehnsucht im Herzen
nach seinem Leben,
Mit der Sehnsucht im Herzen
ist er geblieben.

Lieber Papa, schlaf in Ruh,
Unsere Liebe deckt Dich zu.

Wütlich und unerwartet er-
hielten wir die Nachricht, dass
mein heiliggeliebter Mann, treu
sorgender Vater seiner beiden
Kinder, mein lieber Sohn,
Schwiegersohn, guter Bruder,
Schwager und Onkel, der Land-
sturmmann

Otto Herold

am 20. Oktober ein Opfer des
Weltkrieges wurde.

Berlin, Ragnersburg, Schmelz,
den 4. November 1916.
Im tiefen Schmerz

Frida Herold u. Kinder.

Wütlich und unerwartet fiel
Gott unsere berzengute Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter
und Tante, Witwe 14475

Albertine Scholz

am 1. November 1916, morgens
9 1/2 Uhr, im Alter von 61 Jahren
zu sich in die Ewigkeit.

In tiefer Trauer
Franz Scholz im Felde.
Hermann Scholz im Felde.
Fritz Scholz.
Martha Scholz geb. Ludwig.
Wera Scholz.

Die Beerdigung erfolgt am Mon-
tag, 27. Uhr, auf dem Friedhof in
Hörsingstraße.

Mit allen Freunden
und Bekannten die tran-
rige Nachricht, dass unser
lieber, unvergesslicher
Sohn, Bruder, Schwager, Onkel
und Neffe, der Radfahrer

Alfred Schreiber

Inf.-Regt. Nr. 206, 3. Komp.,
im blühenden Alter von 23 Jahren
als Opfer des Krieges am 18. Ok-
tober 1916 gefallen ist.

In tiefstem Schmerz
Die trauernden Eltern und
Geschwister.

Max Schreiber, Steinseher,
Berlin SO,
Faldensteinstraße 29.

Wie ist es doch so schwer, zu
denken,
Dass Du nun immer ferst zurück.
Dein Schritt wird nie sich heim-
wärts lenken,
Im Feindesland vollzog sich Dein
Schicksal.

Es fehlt in unsrem trauten Kreise
Dein froher Stimm, Dein treues
Herz,
Und klingen nicht mehr Deine
starken Beine,
Die stets verschauten alle Sorg-
und Schmerz.

Du schläfst nun jetzt den letzten
Schlaf,
Befreit von allen Schmerzen,
Das Bild, das Dich zu Tode traf,
Berreicht auch un're Herzen.
Nun, lieber Alfred, ruhe sanft in
Frieden,
Geliebt, beweint und untergeffen
von Deinen Lieben.

Freie Turnerschaft Rummelsburg.
(N. d. U.-L.-B.)

Einen weiteren schweren Ver-
lust erlitten wir durch den Tod
der Turngenossen

Fritz Herfurth

gefallen am 13. Oktober d. J., und

Richard Parlig

der als Armierungssoldat im Eisen-
bahndienst tödlich verunglückte.

Ein langjähriges, treues Mit-
glied verlieren wir in ersterem,
während wir in Parlig unseren
Vereinsvorsitzenden verlieren. Als
eifriger Sportler und reger Akti-
vator bereicherte er mit seinen
jungen Jahren noch zu den besten
Erfahrungen.

Nach als aufrichtige Freunde
werden sie uns in ständiger Er-
innerung sein.

14525 Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme sowie Kranzpenden anläß-
lich des Hinscheidens meines ge-
liebten Mannes und meines guten
Vaters sage ich allen denen, die an
der Beerdigung teilnahmen, ins-
besondere dem Herrn Roth für die
tröstlichen Worte am Sarge meines
lieben Entschlafenen meinen innigsten
Dank. 14526

Frau Emilie Gries

nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
sagen wir allen beteiligten Genossen
und Kollegen desselben unsern besten
Dank. 14527

Frau Wwe. Müller

nebst Tochter Anna,
Jagowstr. 21.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und Vaters

Bruno Groß

sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere dem
Vaterbrüder Niederbarnim und den
Kollegen des Metallarbeiterverbandes
meinen innigsten Dank. 14528

Frau Minna Groß

geb. Paul und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzpenden bei der
Beerdigung meiner lieben Frau und
unserer guten Mutter Marie Grabmann
sagen wir allen Verwandten sowie den
Mitbewohnern des Hauses und den
Kollegen der Firma H. Vörlig un-
sern herzlichsten Dank. 14529

J. Grabmann und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau und guten Mutter sagen
wir allen Verwandten und Be-
kanten unsern herzlichsten Dank.
20a M. Kade und Sohn.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges verloren wir nachstehende
Kollegen:

Rudolf Heinrich, Buchbinder,
geb. 5. April 1887 in Pöhlhausen.

Fritz Eichner, Buchbinder,
geb. 21. März 1879 in Strehlen.

Robert Etzel, Buchbinder,
geb. 4. Januar 1896 in Pirich.

Franz Rudolf, Buchbinder,
geb. 25. September 1888 in Berlin.

Friedrich Herrmann, Etuisarbeiter,
geb. 1. September 1889 in Berlin.

Eugen Abromeit, Buchbinder,
geb. 15. Juli 1888 in Danzig.

Erich Bothe, Buchbinder,
geb. 4. September 1893 in Berlin.

Robert Heier, Buchbinder,
geb. 15. Januar 1882 in Schweich.

Kurt Görnemann, Buchbinder,
geb. 9. Januar 1874 in Halle a. S.

Hermann Woltze, Etuisarbeiter,
geb. 20. Januar 1870 in Berlin.

Georg Hirschfeld, Buchbinder,
geb. 7. März 1894 in Berlin.

Paul Ehlert, Buchbinder,
geb. 22. Februar 1894 in Berlin.

Gottfried Geismar, Buchbinder,
geb. 15. September 1890 in Breslau.

Bernhard Gosieniecki, Buchbinder,
geb. 25. Dezember 1895 in Berlin.

Otto Schwarz, Buchbinder,
geb. 25. Februar 1895 in Berlin.

Bernhard Wendlandt, Buchbinder,
geb. 22. Mai 1887 in Neu-Ruppin.

Max Brix Kartonnier,
geb. 20. April 1891 in Berlin.

Paul Ehlert, Buchbinder,
geb. 27. August 1895 in Großwalde.

Wir werden allen ein ehrendes Andenken bewahren!

24/15 Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“ Berlin
Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Wiedern haben wir folgende Turngenossen als Opfer
des Weltkrieges zu beklagen:

Willi Pleß 1. Ränner-Abt.

Franz Oest 8. . . .

Richard Stimming 9. . . .

Paul Ehke 10. . . .

Walter Völp 11. . . .

Herm. Mangelsdorf 11. . . .

Paul Kruse 12. . . .

Artur Mantel 12. . . .

Kurt Langner 13. . . .

Otto Ollenschläger 14. . . .
Ehre ihrem Andenken! 186/3

Verband der Lithographen, Steindrucker
und verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder Bund), Berlin.

Unsere Mitglieder haben wir wieder die traurige Mitteilung
zu machen, dass folgende Kollegen gefallen sind:

Paul Nietner, Steindrucker,
am 9. Okt. 1916 verwundet und am 15. Okt. im Lazarett verstorben.

Max Werner, Steindrucker,
am 11. Oktober 1916 im Westen gefallen.

Franz Köhn, Steindrucker,
am 24. Oktober 1916 an Lungenerkrankung im Lazarett verstorben.

Alfred Bäßler, Steindrucker,
im Oktober 1916 bei den Kämpfen im Westen gefallen.

Ein ehrendes Andenken ist ihnen allen gesichert!

109/7 Die Ortsverwaltung.

Reichstag.

74. Sitzung. Sonnabend, den 4. November 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Regierung, der

Vertagung

des Reichstages bis zum 13. Februar 1917 zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.):

Meine Freunde bedauern diese in Aussicht genommene Regelung. Wir haben vielmehr eine Regelung befürwortet, die dem Reichstag die Möglichkeit beliebt, zusammenzutreten, wenn er es für zweckmäßig erachtet.

Abg. Bassermann (natl.):

Auch meine politischen Freunde hätten gewünscht, daß eine Vertagung durch kaiserliche Verordnung nicht erfolgt, sondern, daß der Reichstag aus eigener Machtvollkommenheit auseinander geht mit dem Rechte, wieder zusammen zu treten, wenn wichtige Dinge vorliegen.

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Mit der vorgeschlagenen Vertagung des Reichstages können meine Freunde sich nicht einverstanden erklären. Jeder Tag kann folgenschwere Ereignisse bringen und

die Bedeutung des Reichstages wird herabgewürdigt,

wenn er dazu nicht sofort Stellung nehmen kann. Will der Reichstag auf seine Stellung als mitbestimmender Faktor der Geschichte des Reichs nicht verzichten, so muß er gerade jetzt darauf achten, daß er nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Das baldige Zusammentreten des Reichstages ist nach unserer Auffassung schon deshalb erforderlich, um durch gesteigerten Druck das durchzusetzen, was der Reichstag bisher immer vergeblich gefordert hat.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Allerhöchste Erbre enthält eine Klausel, die das Zusammentreten der Budgetkommission während der Vertagung ermöglicht. Die Vertagung bis zum Februar ist aus dringenden Gründen der Geschäftsführung der Reichsleitung notwendig.

Der Antrag auf Vertagung des Reichstages wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Schutzhaft.

Ministerialdirektor Lewald:

Die Regierung kann im gegenwärtigen Moment keine Stellung zum Gesetzentwurf nehmen. Die vom Staatssekretär des Innern angelegte Untersuchung der einzelnen im Reichstag vorgebrachten Fälle ist eingeleitet.

Abg. Landsberg (Soz.):

Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß der Belagerungszustand, diese Grundlage für die Schutzhaft, ungeheuerlich ist. Eine Verfassung ohne richterlichen Beschluß ist mit dem Rechtsempfinden des Volkes unvereinbar.

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Der Belagerungszustand wird im Widerspruch mit der Verfassung aufrecht erhalten. Seine volle Beseitigung ist nach wie vor dringendes Gebot. Die sogenannte Schutzhaft wird fast durchweg nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen verhängt.

Die Debatte schließt. Es wird sofort in die dritte Beratung eingetreten.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Als Vorsitzender der Kommission und in ihrem Auftrage richte ich die dringende Aufforderung an die Verbündeten Regierungen, so schnell als möglich zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen und Ihre Zustimmung dazu zu geben.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Die Verkündung dieses Resultats wird mit Bravourufen begrüßt. Es folgt die Beratung des Berichtes des Ausschusses für Handel

und Gewerbe. Er beantragt, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine angemessene Beihilfe für die Leipziger Messe in Aussicht zu nehmen.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Meine Fraktion sieht keinen Grund, um die Regierung zu diesem Entschlusse aufzufordern. Sollte sie eine solche Position in den Etat aufnehmen, so behalten wir uns unsere sachliche Stellungnahme bei der Etatberatung vor.

Abg. Stresemann (natl.):

Wir bedauern die Stellung des Vorredners. Gerade eine Partei, die Arbeiterinteressen vertreten will, sollte Verständnis dafür haben, welche Bedeutung dieser Antrag für die Industrie hat.

Abg. Mollenhahn (Soz.):

Wir stimmen dem Antrag zu. Die Leipziger Messe war von jeher ein Sammelpunkt, wo Menschen aus allen Nationen zusammenstraten, um in friedlichen Wettbewerben ihre Produkte auszutauschen. Wir sehen eine Zeit wieder herbei, wo Menschen aus allen Nationen friedlich zusammenarbeiten.

Regierungskommissar Geheimrat Müller verspricht wohlwollende Prüfung des Antrages.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Ich habe nicht sachliche Gründe gegen eine Beihilfe zur Leipziger Messe vorgebracht; eine sachliche Stellungnahme behalten wir uns für die Etatberatung vor.

Abg. Herold (Z.):

In den Vorstand des Kriegsernährungsamts sollte auch ein Vertreter des Kleinhandels berufen werden. Der parlamentarische Ernährungsbeirat war eine Notwendigkeit; wir müssen verlangen, daß er rechtzeitig vor jeder wichtigen Entscheidung gehört wird.

Vor der Abschichtung nicht schlachtreifer Tiere warne ich. Wir werden gegen den Antrag stimmen, daß fiovial Tiere abgeschlachtet werden sollen, daß die Schlachtungen die Höhe der letzten Friedensjahre erreichen.

Der Zuckerrübenanbau kann leicht verdoppelt werden. Auch ein vermehrter Anbau von Hülsenfrüchten läßt sich leicht durchführen, ohne daß die Getreideproduktion beeinträchtigt wird.

Abg. Robert Schmidt (Soz.):

Eine Rückkehr zum freien Handel wäre sehr bedenklich. Gätten wir den Antrag nicht, so würden die Preise noch viel höher sein; in Luxemburg z. B. werden auf dem freien Markt für den Zentner Kartoffeln 24 M. bezahlt.

Kleinhandel 8 M. pro Pfund verlangt. Wegen dieser Preistreibeerei hätte das R. E. längst einschreiten müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Welche Stellung hat das neugegründete Kriegsamt in der Lebensmittelversorgung? Soll es nur die in den Produktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter versorgen, oder greift seine Tätigkeit weiter?

Besonders erfolglos war die Reichsstelle für Obst und Gemüse. Noch bis heute ist die Nachprüfung der großen Lieferungsverträge durch diese Stelle nicht erfolgt.

In größerem Umfange muß die Nährmittelfabrikation aus Gerste und Hafer gefördert werden, die einen Ersatz für Kartoffeln gibt.

Bei der Fleischversorgung ist unbedingt zu fordern, daß ein gleichmäßiges Quantum von 250 Gramm für jeden gewährleistet wird.

Die Zuckerproduzenten haben in der vorigen Woche in einer Zusammenkunft die Erhöhung des Rohzuckerpreises von 15 auf 25 M. gefordert.

Abg. Hoff (Sp.):

Mit dem Präsidenten des Ernährungsamts sind wir überzeugt, daß der englische Aushungerungsplan zu scheitern werden wird. Die Ernte allein ist für unser Durchhalten nicht entscheidend.

Minibiehbestand völlig intakt, und deshalb kann auch ebenso viel abgeschlachtet werden wie im Frieden. (Sehr richtig! links.) Eine Viehversicherungsanstalt auf diesem Gebiete ist ganz unangebracht angesichts der geringen Viehmenge, die jetzt auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Herr Perold meint, man solle das vorhandene Vieh erst mästen. Ich möchte ihn fragen, womit er diese Lieberzahl von Vieh mästen will. Im übrigen hat man auch im Frieden immer eine erhebliche Zahl von Jungtieren abgeschlachtet. Die Minibiehpreise sind jetzt mehr als doppelt so hoch wie im Frieden; daher ist ihre Herabsetzung im Laufe des Winters im Interesse der konsumierenden Bevölkerung dringend geboten. Auch viele Landwirte geben zu, daß die jetzigen Preise viel zu hoch und schließlich nicht zu begründen sind. Hier könnte Herr v. Batocki sofort einwirken, um die Herabsetzung der Preise zu bewirken. Ich bedauere auf das Lebhafteste, daß er sich in dieser Beziehung bisher nicht hat betätigen lassen. Sollte, was ja zu hoffen ist, bald der Frieden kommen, so möchte ja ein kolossaler Preissturz die Folge sein. (Widerspruch rechts.) Jedenfalls würden wir uns allen Bestrebungen, auch dann noch die unerhöht hohen Preise etwa durch Völle aufrechtzuerhalten, mit allen Mitteln widersetzen. (Sehr richtig! links.) Rein, die Preise müssen allmählich im Hinblick auf den Frieden abgebaut werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Voehne (natl.):

Unsere bisherige Wirtschaftspolitik hat sich durch die Erfahrungen des Krieges als richtig erwiesen. Die Notwendigkeit, die Produktion zu stärken, ist nie so klar zutage getreten. — Mit mehr Entschiedenheit als bisher sollte die Regierung gegen jeden Wucher vorgehen und vor allem selbst nicht dulden, daß unter ihrer Führung — ich erinnere an die Viehhändlerverbände — sich solche Mißstände breitmachen. — In der Schweinezucht kommt es nicht auf die Zahl der Schweine an, sondern darauf, daß möglichst viel fette Schweine ausgezogen werden. (Sehr richtig!) Den Anträgen der Volkspartei können wir nicht zustimmen. — Sehr berechtigt sind die Klagen über die viel zu hohen Provisionen der Viehhändlerverbände. 280 Millionen werden an solchen Provisionen gezahlt. (Hört! hört!)

Abg. Graf Schwerin-Löwiz (L.):

Die deutsche Landwirtschaft hat ihre große nationale Aufgabe in diesem Kriege erfüllt. Es sollte Pflicht des ganzen Volkes sein, die Schaffenskraft und Schaffensfreudigkeit der Landwirtschaft zu erhalten, ohne welche sie ihren ungeheuren Aufgaben nicht nachkommen kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Aufgabe der Landwirte, dem Volke die Lebensmittel so billig wie möglich zu liefern, haben wir stets betont. Wir selbst waren es, die sofort nach Kriegsausbruch Höchstpreise verlangten. Die Preisfrage ist in Deutschland denn auch glänzend gelöst; in keinem Lande sind die Preise für die notwendigen Lebensmittel so billig wie in Deutschland. In England sind die Preise viel höher. Aber nicht die Preisfrage beschäftigt dort Regierung und Presse, sondern die Vorratsfrage. Diese muß auch der Preisfrage überaus vorangestellt werden, erst müssen die für die Volksernährung notwendigen Vorräte geschaffen werden. (Sehr richtig! rechts.) Dann erst kommt die Frage der Verteilung und erst in dritter Linie die Preisfrage. Auch für den Vertriebs ist es besser, teuer als gar nicht ernährt zu werden. (Sehr gut! rechts.) Wir haben der Verteilungs- und Preisfrage zu viel Sorge zugewendet gegenüber der Vorratsfrage. Auch die Erhaltung der Vorräte ist wichtig, und es erwidert fraglich, ob die Ansammlung von Vorräten in den Städten praktisch ist, ob sie da vor Verderben bewahrt werden können. In den Weisen muß den ungeheuren gestiegenen Produktionspreisen der Landwirte bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen werden, wenn sie die Produktion aufrecht erhalten sollen. Viel wichtiger aber ist, die Freudigkeit der Landwirte an der Produktion nicht zu ersticken durch fortwährende behördliche Eingriffe, durch immer weiter fortschreitende Gemeinwirtschaft. Davor kann nicht dringend genug gewarnt werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Schmidt regte einen Zwang zur Bewahrung gegen Landwirte an, die den Boden brach liegen lassen. So etwas kann nur ganz vereinzelt vorkommen. Wer nur eine Aehnung von der Landwirtschaft hat, weiß, daß genaueste Kenntnis jedes Stüdes Bodens notwendig ist, daß Wechsel der Produktion, wie er bei der Zwangsbewirtschaftung in großem Umfang eintreten würde, auch stets mit einer Einschränkung der Produktion verbunden sein würde. All diese Anregungen schaffen nur weitere Verärgerung bei unseren Bauern. — Der Bodenbau zum gegenwärtigen Preise lohnt kaum noch. Die Erhöhung des Preises ist dringend notwendig, wenn nicht ein erheblicher Rückgang des Anbaus und damit auch der Zuderproduktion eintreten soll. — Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen alle irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte herangezogen werden zur Beschaffung von Munition und Waffen und zur Beschaffung von Lebensmitteln, dieser Munition für den Wirtschaftskampf. (Sehr richtig! rechts.)

Ob unsere Höchstpreis- und Nationierungspolitik nicht zu weit ausgedehnt ist, ist mir von jeder zweifelhaft erschienen. Aber trotz aller Mängel unserer Ernährungspolitik besteht nicht der mindeste Zweifel, daß wir durchhalten werden, daß unsere Landwirtschaft auch weiterhin die Ernährung unseres Volkes leisten wird, mag der Krieg auch noch so lange dauern. (Bravo! rechts.) Freilich gehört dazu der Wille des Volkes, sich einzuschränken, und an der Unerschütterlichkeit des Siegeswillens unseres Volkes besteht für uns alle kein Zweifel. (Weißal rechts.)

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki:

Nicht auf alle, aber doch auf einige Anregungen will ich eingehen. Graf Schwerin fürchtete, der Druck der öffentlichen Meinung könnte auf unsere Entschlüsse zu starken Einflüssen gewinnen. Diese Beforgnis ist unberechtigt. Weiter wurde nach der Bedeutung des neuen Kriegsrechts gefragt. Sein Zweck ist, die wirtschaftlichen Aufgaben der Preisverwaltung einheitlich und in enger Fühlung mit dem Kriegsernährungsamt zu erfüllen. Die Beschaffung der Lebensmittel für die Munitionsarbeiter läßt sich von unseren Aufgaben nicht lösen. Auch die Frage der Arbeiterbeschaffung wird eine Sorge beider Kemter bilden. — Die Vorratspolitik, deren Wichtigkeit ich mit dem Grafen Schwerin-Löwiz anerkenne, findet ihre Grenzen an dem Bedarf des Augenblicks.

Dem Abg. Schmidt bemerkte ich, wir werden den Winter benutzen, um die nächstjährige Gemüße- und Obstverwertung auf richtigere Bahn zu stellen wie diesmal. Der gerügten Preisüberhöhung auf verschiedenen Gebieten kann ohne Beschlagnahme nur schwer entgegengetreten. Eine Herabsetzung der Preise hilft nichts, weil dann die Gegenstände nicht in den Mittelpunkt des Verbrauches kommen. Die hohen Provisionen der Viehhändlerverbände können nicht so bleiben, wie sie sind. — Meine gestrigen ironischen Bemerkungen zur Alkoholfrage richteten sich nicht gegen den Ernst der Frage, sondern gegen die Hebertreibungen der Abstimmzler, die jetzt ihre Zeit für gelommen erachten. Von einem Verbrauch von 900 000 Tonnen Gerste zur Bierbereitung kann jetzt — dessen darf Herr Schmidt versichert sein —, nachdem wir die Ernte völlig übersehen, gar keine Rede mehr sein. — In bezug auf die Viehhaltung möchte ich Herrn Hoff beruhigen, auch beim Vieh ist dafür gesorgt, daß die Räume nicht in den Himmel wachsen. (Heiterkeit.) Der Zuderanbau erfordert mehr Arbeitskräfte wie jeder andere und leidet daher unter dem Mangel an Arbeitskräften ganz besonders. Die Städtfabrikation wird auf das äußerste angepaßt.

Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen. Die Nameradschaftlichkeit, die im Schühengraben herrscht, wo der eine die Last des anderen trägt, ist leider in der Bevölkerung hinter der Front nicht in dem Maße zu bemerken, wie man es wünschen möchte. Im Schühengraben ist es ja auch viel leichter. Da ist die Gefahr, daß die Wahlfreien für alle gemeinsam, und da findet sich ganz von selbst schließend, wenn es auch lange dauert, das gegenseitige Verstehen. Aber ganz anders ist es in unserem komplizierten Wirtschaftsleben hinter der Front. Der eine kennt die Bedürfnisse des anderen nicht. Die Städter kennen das Land einfach nur aus der Zeit, wo sie es als Sommerfrischler überschwemmt haben. Sie haben dort zum Teil mit Hilfe ihres gestülpten Geldbeutels den Landleuten das letzte weggekauft und haben dann nicht einmal den

Last befreit, über das Vergnügen, das sie genossen haben, beschwiegern zu sein, sondern haben mit vielen Uebertreibungen erzählt, was alles auf dem Lande zu haben ist. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind durch diese Vorgänge nicht verbessert worden. Dabei macht sich der Städter von den Sorgen und Mühen des Alltags auf dem Lande keine rechte Vorstellung, und von den schweren Sorgen, die die ungünstige Witterung des Herbstes für das Land mit sich gebracht hat, auch nicht. Auf der anderen Seite hat sich der deutsche Bauer im Jahrhundertelangen Kampf die Selbstständigkeit und Selbstherrlichkeit auf der eigenen Scholle errungen. Auch dem Kleinsten Bauer ist es tief in die Seele gefestigt, daß er unter eigener Verantwortung über sein Land verfügt. Er soll jetzt umlernen. Das ist eine bittere Notwendigkeit, und daß es dem Bauer nicht gerade leicht wird, sollte der Städter auch einsehen. Er wird dann vieles verstehen und verstehen. Ich kann dankbar anerkennen, daß die Notwendigkeit des Umlernens in der Landwirtschaft gerade in der letzten Zeit immer mehr Verständnis gefunden hat. Der Landmann beurteilt den Städter wieder vielfach nur nach den Sonntagbesuchen, die er in der Stadt macht, nach den Hotels, den Abendvergüngen, den Kleidern, die er auf der Straße sieht. Einiges, was er sieht, sind ja die Lebemann und Lebensfrauen, die leider auch im Kriege einen ganz besonders unerwünschten Einfluß in unserem Volkleben haben. (Sehr wahr!) Aber die meisten anderen, die er sieht, haben am Tage angestrengt zu arbeiten, und auch von deren Leben hat der Landmann keine Ahnung. Auch über die Beamten herrschen vielfach ganz falsche Anschauungen. Wenn man sieht, wie so aneinander vorbeigeredet und -gedacht wird, wie die nötige Kameradschaftlichkeit fehlt, kann einem das Herz dabei bluten. Das darf nicht so bleiben, wenn das Durchhalten nicht außerordentlich erschwert werden soll. Die schweren Aufgaben, die uns bevorstehen, erfordern volle Einigkeit. Jeder sollte sich am Abend wenigstens eine Viertelstunde Zeit nehmen, um aus der Kasse des Alltags einmal herauszukommen und sich zu vergegenwärtigen, was für unser Volk auf dem Spiele steht. Jedem einzelnen sollte ins Hirn eingehämmert werden, was alles darauf ankommt, den Auslieferungungsplan unserer Feinde nicht gelingen zu lassen. Wir können und werden ihnen widerstehen, aber nur, wenn wir einheitlich und geschlossen vorgehen. (Bravo!)

Abg. Frhr. v. Camp (D. Fr.):

Ich schildere die besonderen Schwierigkeiten der Landwirtschaft in Ostpreußen, namentlich im Anfang des Krieges. Die pessimistische Auffassung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, die er eben über die Anschauungen von Stadt und Land bekundet hat, teile ich nicht. Es wäre traurig, wenn es so läge. Wie sehr die Anstrengungen in diesen ganzen Fragen genähert haben, beweist die Tatsache, daß in der Kommission die verschiedensten Parteien sich auf viele Anträge geeinigt haben. — Bei der Nationierung der wichtigsten Lebensmittel sind die Interessen der Produzenten und Konsumenten gewahrt worden. Das ist ein Verdienst des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, das selbst die Sozialdemokraten anerkennen. — Die Verwendung des Zuders für Konfakturen sollte man nicht gestatten. Das ist doch reiner Luxus. Auch die Kuchenbäckeri halte ich für unbillig in dieser Zeit. Das ist eine unnütze Vergeudung von Nahrungsmitteln.

Dagegen sollte man zu festen wie Weihnachtsen solche Sachen gestatten und auch die Verwendung ins Feld. Das würde die Stimmung sehr heben. — Man hat angeregt, Kohlräben als Ersatz für die Kartoffeln zu benutzen. Ich würde auch empfehlen, im nächsten Jahre die Anbaufläche für Kar- toffeln um 20 Proz. herabzusetzen und diese Fläche mit Kohlräben zu bebauen. Dadurch würde man einen erheblichen Teil von Saatkartoffeln für die menschliche Ernährung frei bekommen. — Die Regelung der Schlachtungen von oben herab, wie sie der freisinnige Antrag verlangt, ist ganz unmöglich, die Erhöhung der Fleischration würde dadurch nicht erreicht werden können.

Abg. Warm (Soz. Arb.):

In den letzten zwei Jahren sind die Interessen der verbrauchenden Bevölkerung zurückgestellt worden gegen die der Produzierenden. (Sehr richtig!) Es ist anerkennenswert, daß der Präsident des Kriegsernährungsamtes das bisher erzwungene Verteilungssystem nicht aufrecht erhält. Die Bevorzugung der Produzenten hält aber trotz der geringen Vorräte an, die Selbstverbraucher bekommen mehr Kartoffeln, das Doppelte an Butter wie die Städter, beim Fleisch ist es noch schlimmer. Jede Lade der Getreide benutzen die Agrarier, um die Städte, namentlich Berlin zu benachteiligen. Und dabei wehren sie sich trotz ihrer erhöhten Einnahmen gegen eine Heranziehung dieser Gewinne zur Einschlagungssteuer. (Heiß! Hört! hört!) Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte berichtet das noch mit dem Hinweis auf die großen nach dem Krieg zu erwartenden Ausgaben. (Erneutes Hört! hört!) Das nennt man Kriegspatriotismus. Ein anderes Beispiel für den agrarischen Kriegspatriotismus; das sächsische Provinzialamt klagt darüber, daß es trotz der guten Heuernte nicht genügend Wert freihändig erwerben konnte, weil die Verkäufer auf höhere Preise warteten. (Hört! Hört! links.) Unter solchen Verhältnissen muß man energisch auf dem Produktions- zuge bestehen. Herr v. Batocki lehnt ihn ab mit einem Hinweis auf einen Artikel des Sozialisten Kolliki in den „Soz. Monatsh.“. Dieser Herr stellt den Staatszwang für jugendliche Arbeiter in eine Linie mit dem Produktionszwang, also den Eingriff in die persönliche Selbstbestimmung des Arbeiters in eine Linie mit dem Eingriff zugunsten der Gesamtheit. Einen solchen Sozialismus sollten Sie für sich behalten! (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Wir halten ganz energisch an der Forderung des Produktionszwanges fest. Herr v. Batocki wies auf das Verlangen der Statistik hin. Das ist keine Diamante der Statistik, sondern der Verwaltungsbehörden, die zu eng mit den Landwirten verbunden sind. Unabhängige Reichsbehörden müßten die Statistik ausüben. Wir wissen, daß man mit der Statistik oft Unfug treibt. So hat man geklebt mit einem statistischen Ergebnis, daß in Deutschland vor dem Kriege der Fleischkonsum pro Kopf selbst noch den Engländern übertraf. Diese Statistik benutzte für Deutschland Zahlen aus dem Jahre 1912, für die anderen Länder aus dem Jahre 1890. (Lebhaftes Hört! hört!) Unsere Schulpolitik im Frieden hat versagt und unsere Landwirtschaft nicht in den Stand gesetzt, unser Volk zu ernähren. Die Folge ist jetzt Knappheit, die dadurch nicht erträglicher wird, daß man sagt, im Ausland herrscht auch Mangel. Was uns der Agrarier, ist im englischen Volk der Schiffverleger, der es auch von den Lebendigen nimmt. Der Junger braucht uns nicht niederzuzwingen, wird gesagt, unsere Nahrungsmittel reichen. Dann muß aber für eine bessere Verteilung gesorgt werden. Bei dem, was jetzt geboten wird, muß weiten Kreisen der Bevölkerung der Magen lauren. Die Nahrung enthält kaum Zwerdrittel dessen an Nährstoff, was physiologisch notwendig ist. Ganz besonders muß dem Fettmangel abgeholfen werden, und das kann gelingen, wenn man die dem Selbstverbraucher zugewandene Menge einschränkt. Zusatzarten sind nicht nur für die Schwerarbeiter, sondern auch für viele andere nötig, die sich zu Hause nicht versorgen können. Unsere Forderung auf Ersatzmittel aus Holz und Gerste dürfen wir nicht zu hoch spannen, wie Präsident Batocki versichert. Dann muß man in der Alkoholfrage etwas Fanatiker sein. Ich spreche nicht als Abstimmzler, der ich nicht bin, sondern vom Ernährungsstandpunkt aus. Wer durcheinand nicht auf Bier und Schnaps verzichten will, soll entsprechende Mengen seiner Brot- und Kartoffelarten dafür geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Graf Batocki sagt, die Franzosen trinken so viel Wein und sind doch tapfere Kämpfer. Aber der Wein, den sie trinken, kann nicht für Nahrungsmittel verwendet werden, während bei der Bier- und Schnapsbereitung Gerste und Kartoffeln verwandt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Massenverteilungen haben nicht den geringsten Erfolg gehabt. Der Grund liegt einmal darin, daß sie nur als Drei herstellbar sind, und Drei ist nicht sehr verdaulich, weil er nicht gelaut wird; es müßte etwa 50 Gramm Brot dazu gegeben werden. Dazu reicht wieder die Brotkarte nicht. Zweitens aber kann auch für das wenige Geld, das der großen Masse der Bevölkerung nur zur Verfügung steht, eine wirklich gute Nahrung nicht hergestellt werden.

Ganz Europa wird von einer Hungersnot bedroht, wenn diese wahnwitzige Kriegshysterie noch länger dauert. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir fordern gleichmäßige Verteilung aller vorhandenen an Arm und Reich. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Die maßgebenden Kreise mögen sich klar darüber werden, daß es so nicht weiter geht.

In Dresden hat am Donnerstag das Volk gesprochen. 80 000 Menschen sind in Dresden vor das Ministerium des Innern und vor das Rathaus gezogen. (Hört! hört!) Eine Deputation ist zum Minister gegangen und hat gesagt: Wir wollen Nahrung, wir wollen Frieden! (Hört! hört!) Die dortige sozialdemokratische Parteileitung ging im Auftrage der Volksmassen zum Minister und machte ihn auf den Ernst der Ernährungsfragen aufmerksam. Die Massen wären am Ende ihrer Geduld, sagte Fleißner, die sächsische Regierung möge energisch in Berlin auf Herbeiführung eines halbtägigen Friedens hinarbeiten. Der Minister erkannte die Berechtigung der Klagen und Wünsche im wesentlichen an und erklärte, daß die Regierung alles tun werde, um in diesem Sinne zu wirken. Die 80 000 Menschen sind ruhig nach Hause gegangen. Unter ihnen stehen im Deutschen Reich Millionen, die von denselben Gedanken bewegt sind. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Geduld des Volkes geht zu Ende. Sorgen Sie dafür, daß das, was vorhanden ist, dem Volke zuteil wird. Sorgen Sie dafür, daß nicht Hunger und Prostitution das Volk austrocknen kann. (Lebhafte Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. v. Trampjanski (Pole)

fährt Beschwerde über schamlose Ausbeutung der polnischen Saisonarbeiter, die zwangsweise in Deutschland festgehalten werden. Wenn Sie Arbeiter haben wollen, sorgen Sie für menschenwürdige Behandlung der Arbeiter.

Ministerialdirektor Lewald

betont demgegenüber, daß die Einrichtungen, die seit Jahresfrist zur Anwerbung polnischer Arbeiter geschaffen seien, in der Kommission auch vom Abg. Koske auf Grund seiner Informationen als einwandfrei anerkannt seien. Es werde jedenfalls alles geschehen, damit diese Arbeiter human behandelt und ausreichend ernährt werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Schirmer (Z.):

Wir ist es nun leider unmöglich gemacht, den schiefen Darstellungen über den Wert des bayrischen Bieres (Große Heiterkeit) — Sie lachen, die Norddeutschen haben eben kein Verständnis für südbäuerliche Verhältnisse. (Heiterkeit.) Ich hoffe aber, daß Herr v. Batocki sie berücksichtigen wird.

Abg. Dr. Cohn (Soz. Arb.):

Wäre die Debatte nicht geschlossen, so wäre ich in der Lage gewesen, der schönfärbischen Darstellung des Ministerialdirektors Lewald entgegenzutreten und nachzuweisen, daß die Informationen des Abg. Koske sehr einseitig gewesen sein müssen.

Die Resolutionen und Anträge der Kommission werden angenommen.

Ein Antrag Rum (D. Fr.) auf mögliche Einschränkung des Verbrauchs von Nährstoffen zur Alkoholverbereitung wird angenommen.

Zur

Familienunterstützung

schlägt die Budgetkommission eine Resolution vor, wonach vom 1. November 1918 ab die Unterstützung für die Ehefrau auf 20 M. für jedes Kind unter 15 Jahren auf 10 M. monatlich festgelegt werden soll und die Gemeinden verpflichtet werden sollen, aus ihren Mitteln Zuschüsse zu diesen Unterstützungen bis zur Behebung der Bedürftigkeit zu gewähren.

Die Abgg. Verneisein (Soz. Arb.) und Genossen beantragen, festzusetzen, daß diese Zuschüsse mindestens in Höhe von 50 Prozent gewährt werden müssen; ferner Streichung der Bestimmung, wonach den Familien die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer zu mehr als sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, — Bedürftigkeit soll fest anzurechnen sein, wenn das Einkommen der Familie 1500 M. jährlich nicht übersteigt.

Eine weitere Resolution der Kommission verlangt Gewährung einer einmaligen Kriegszulage bis zur Höhe eines Monatsgehalt oder Lohnes für die Reichsbeamten und die in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie einmalige Kriegsteuerungszulagen je nach der Bedürftigkeit für Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene von Reichsbeamten.

Für den Dezember beantragt die Kommission, die Familienunterstützung (Weißal bei der Soz. Arb.) in doppelter Höhe zu gewähren.

Abg. Graf Westary (L.)

berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Ministerialdirektor Lewald:

Die finanzielle Wirkung der Resolution, wie sie vorliegt, würde sein, daß im Monat an Familienunterstützungen statt 180 Millionen 175 Millionen ausbezahlt werden müßten, und im Dezember 350 Millionen. Das ist natürlich nicht durchführbar. Daß die Gemeinden Zuschüsse gewähren, ist jetzt schon rechtens. Die Kriegszulage wird von 20 auf 30 Millionen erhöht werden, um besonders leistungsunfähigen Lieferungsverbänden zu ermöglichen, ebenfalls Zuschüsse zu leisten. Im übrigen wird bei den Familienunterstützungen nach Möglichkeit individualisiert werden müssen. Gibt es doch auch eine ganze Anzahl von Fällen, wo die Familie im Kriege eine erheblich höhere Einnahme hat als zu der Zeit, wo der Ernährer noch zu Hause war.

Abg. Cosmann (Z.)

tritt für die Resolution der Kommission ein; der Bundesrat hätte die Initiative der Erhöhung der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer ergreifen sollen.

Abg. Hierl (Soz.)

bedauert die wenig entgegenkommende Erklärung des Regierungsbereiters — wird doch nur ein Teil von dem verlangt, was den Kriegsteilnehmern zusteht. Die Mehrausgaben, auf die der Regierungsbereiter hingewiesen hat, fallen gegenüber den ungezählten Milliarden, die der Krieg verschlingt, nicht ins Gewicht. Gerade diese Kriegsausgabe ist überaus richtig. (Sehr richtig!) Den Kriegsteilnehmern muß nichts das ihnen immer versprochene Wohlwollen, wenn man ihnen die Erhöhung der Unterstützung versagt. An allen Ecken und Enden spricht man von Patriotismus, da hätte die Regierung von selbst mit viel weitergehenden Vorschlägen an den Reichstag herantreten sollen, im Interesse der Volksernährung, im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft nach dem Kriege. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man wünscht, die Frau soll den Willen zum Kinde haben. Da muß man ihr auch die Mittel geben, die Kinder, die sie sich wünschen soll, auch zu ernähren. (Weißal bei den Soz.)

Abg. Meyer-Serford (natl.) tritt warm für die Beschlüsse der Kommission ein.

Abg. Viehsing (Op.) bittet die Regierung dringend, dem Wunsche des Reichstags mehr Entgegenkommen zu beweisen. Den Wert des Geldes weiß der Reichstag auch zu schätzen, aber in diesen Dingen ist keine Sparbarkeit am Plage. Geben Sie im Weihnachtsmonat den Familien der Kriegsteilnehmer das Doppelte, so werden Sie nicht nur im Innern, sondern auch an der Front eine dankbare Stimmung erzeugen. (Bravo.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Verbündeten Regierungen haben von gestern auf heute zu den Anträgen der Kommission nicht Stellung nehmen können. Ich kann nur wiederholen, daß der Reichskanzler die schwierige Lage der Kriegsteilnehmer infolge der erheblichen Verteuerung aller Verbrauchsgegenstände seit dem letzten Jahre anerkennt und entschlossen ist, danach zu handeln.

Abg. Hysel (Soz. Arb.): Die Anträge der Kommission geben uns nicht weit genug. Das Reich hat die Pflicht, für die Familien, denen es den Ernährer entzogen hat, ausreichend zu sorgen. Der von uns gestellte Zusatzantrag ist absolut

notwendig, denn viele Gemeinden zahlen gar nichts, andere nur an die Frauen, wieder andere nur an die Kinder und zwar 60 Pf., nicht etwa pro Tag, sondern pro Monat. Mit den 2 Pf. pro Tag kommen sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nach. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Leistungen der Wohlfahrtspflege verkennen wir nicht, aber wir verurteilen das System, das die Frauen auf die Wohlthätigkeit hinweist.

Die Anträge der Kommission werden angenommen, die Zusatzanträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Nach den üblichen Schlussworten des Präsidenten Dr. Kaempf verliest der Staatssekretär Dr. Helfferich die Kaiserliche Verordnung, die den Reichstag bis zum 13. Februar vertagt. Danach soll dem Reichshaushaltsauschuss auch während der Vertagung des Reichstags die Erörterung innerer und auswärtiger Fragen vorbehalten bleiben. Hierauf erklärt Präsident Dr. Kaempf die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland für geschlossen. Schluss 1/2 10 Uhr.

Genosse Quard-Frankfurt a. M. schreibt uns: In Eurem Reichstagsbericht vom 8. November ist bei der Wiedergabe meiner kurzen Rede gegen die „Judenstatistik“ ein Versehen unterlaufen, den ich im Interesse der Sache richtig zu stellen bitte. Dort heißt es, ich hätte gesagt, „in dem Befehl des 18. Armeekorps habe es, die unteren Stellen sollten die bisher beschäftigten Juden für die Zeit der Statistik periodisch ablösen.“ In Wirklichkeit habe ich an dieser Stelle von dem Korpsbefehl gar nichts gesagt; er enthält auch meines Wissens nichts über eine solche Ablösung. Das stellvertretende Frankfurter Generalkommando des 18. Armeekorps, das ich aus zahlreichen Verhandlungen persönlich als objektiv und sachkundig kennen gelernt habe, wäre sicher auch gar nicht fähig, solch einen Befehl zu erlassen. Wohl aber habe ich behauptet und kann dies auch beweisen, daß die unteren Stellen auf ihre Initiative und Verantwortung hin, wenn man will, in milderer Weise die Ausführung des Korpsbefehls jene periodische Ablösung vorgenommen haben. Das unkorrigierte Reichstagsprotokoll ergibt ganz deutlich diesen Sinn und Wortlaut meiner Mitteilungen, und ich bin ohne weiteren Verkehr mit dem Frankfurter Generalkommando sicher, daß es für Ablösung in dieser Richtung sorgen wird, sobald es aus dem Reichstagsbericht von den stelltenweisen Maßnahmen seiner Ausführungsorgane Kenntnis genommen haben wird.

Niedriger hängen!

In ihrer Freitag-Abendausgabe druckt die „Deutsche Tageszeitung“ aus der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ einen Artikel ab, der „von einem zufälligen Ohrenzeugen einer Verhandlung stammen soll, die sich an diesem Mittwoch vor der 133. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte abgespielt“ habe. Es handelt sich dabei um den vom Genossen Dittmann im Reichstage vorgebrachten Schuhhofsfall der beiden jungen Mädchen, die mit einer Prostituierten zusammengepackt worden waren. Weil die von den Mädchen verbreiteten Flugblätter nicht den Namen des Druckers und Verlegers trugen, hat sie das Schöffengericht zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt. Im Anschluß an die Mitteilung von dieser Verurteilung heißt es nun in dem von der „Deutschen Tageszeitung“ abgedruckten Artikel, der die Überschrift trägt: Die „fällige Entrüstung“ des Abgeordneten Dittmann:

Über bei der Verhandlung erfährt man, daß die Polizei bei dem Tumult die Streik und Trobad zusammen mit noch vier anderen, „demonstrierenden“ Anhängern des Herrn Liebnecht festgenommen hatte und diese sechs Personen gemeinsam in die sog. Schußkammer verbrachten. Im Laufe der dort angestellten Verhöre und Personalbefragungen wurde dann ermittelt, daß eine dieser taftkräftigen Vorläuferinnen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Junst der Prostituierten gedreht und also mit den beiden Schillingen des Abgeordneten Dittmann lediglich „mitgefahnen, mitgehungen“ worden war. Die Darstellung aber, wie sie Herr Dittmann im Reichstage gab, mußte den Eindruck erwecken und war schließlich auch darauf berechnet, als habe die Polizei die Streik und Trobad mißbraucht, etwa zum Zwecke der „Strafverhärterung“, mit Prostituierten zusammengepackt, welche sie bei anderer Gelegenheit aufgegriffen hätte! Hiernach wird sich jedermann selbst ein Urteil über die Echtheit der „Entrüstung“ des Herrn Abgeordneten Dittmann bilden können. Die Handhabung der Schuhhofsfall ist gewiß nicht musterhaft und gibt zu schwersten Bedenken zweifellos reichlichen Anlaß. Nur wird man dem Abgeordneten Dittmann, der hier einen der beanstandeten Fälle nachdrücklich in tendenziöser Entstellung schildert und den Reichstag irreführt hat, die Qualifikation zum öffentlichen Ankläger am wenigsten zubilligen mögen. Von der ganzen Geschichte bleibt übrig, daß die Herren Liebnecht und Dittmann zu den Vorläuferinnen ihrer Sache auch weibliche Prostituierte zählen — eine Tatsache, die doch niemandem anders als nur ihnen selbst zum Vorwurf gereichen kann.

Vom Genossen Dittmann und der Genossin Streik ist der „Deutschen Tageszeitung“ hierauf unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung zugesendet:

Berlin, 8. November 1916.

An die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, hier. Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes ersuchen die Unterzeichneten um Aufnahme nachstehender Berichtigung in die nächste Ausgabe Ihres Blattes an derselben Stelle und in derselben Schrift:

Zu dem Artikel „Das Material des Abgeordneten Dittmann“ in der Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ vom 8. November 1916 stellen die Unterzeichneten fest:

Die angeblich von einem Ohrenzeugen der Schöffengerichtsverhandlung berichteten Behauptungen sind dort nicht einmal angedeutet, geschweige denn festgestellt worden. Sämtliche dieser Behauptungen sind unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß die Rechtsunterzeichnete und ihre Freundin allein, nicht gemeinsam mit vier anderen Frauen, bei der Flugblattverbreitung verhaftet worden sind, daß dabei keinerlei Tumult entstand, daß die Verhaftung überhaupt ohne Aufsehen erfolgte und der die Verhaftung vornehmende Schutzmann unauffällig etwa zehn Schritte hinter den Arm in Arm vorausgehenden Freundinnen herging, daß dieselben vom Polizeirevier auch allein zum Charlottenburger Polizeipräsidium und von dort am anderen Morgen wiederum allein zum Berliner Polizeipräsidium gebracht wurden, daß sie dort an den beiden ersten Tagen voneinander getrennt in Einzelhaft gehalten, und daß sie erst am dritten Tage mit vier anderen Frauen — von denen eine eine Prostituierte war — in eine gemeinsame Zelle gebracht wurden. Die Prostituierte hatte mit der Flugblattverbreitung nicht das allergeringste zu tun und war allen ihren Zellengenossinnen völlig fremd. — Von „mitgefahnen, mitgehungen“ kann also gar keine Rede sein. Wilhelm Dittmann, W. d. R. Dermine Streik.

Selten ist wohl plumper und schamloser gelogen als von dem „Ohrenzeugen“ der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“. Die Behauptungen des angeblichen „Ohrenzeugen“ sind in der Verhandlung von keiner Seite aufgestellt oder auch nur angedeutet. Sie widersprechen aufs Größlichste der Wahrheit. „Ohrenzeuge“ der Verhandlung kann der Einsender auch nicht gewesen sein, da der Verhandlung nur die Mutter der Angeklagten und ein Redakteur des „Vorwärts“ beizuhören.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsprofite in Italien.

Aus Rom wird uns geschrieben: Der „Avanti“ benutzte die unlängst erfolgte Veröffentlichung der Jahresberichte des Jahres 1915 der großen italienischen Aktiengesellschaften, um einige Angaben über die Kriegsprofite gewisser Industrien dem Publikum zu unterbreiten. Da ein Dekret des Statthalters die den Aktionären auszuhaltende Dividende auf 8 Prozent im Höchstfalle festsetzt, ist der Extraprofit in verschiedenen Rubriken verteilt: als Abschreibungen, als Ueberschuss zum Reservefonds, Verrechnung des Aktienkapitals usw. In den Berechnungen des „Avanti“ werden all diese Rubriken in eine zusammengefaßt, und dem ursprünglichen Aktienkapital gegenübergestellt. So ergibt sich für eine Aktiengesellschaft für die Bearbeitung der Kohle und ihrer Nebenprodukte ein Reinertrag von 35 Prozent. Die Mailänder Firma Vertelli, die Webzinalien und Parkimeter herstellt, hat von einem Aktienkapital von 1 1/4 Millionen 1 247 000 Lire den Aktionären zurückgestellt, und hat außerdem 8 Prozent Dividende von dem nominellen Kapital bezahlt. Die Heereslieferanten Reina-Mailand und Giarini-Turin erzielten 80 und 35 Prozent Reinertrag; die Getreidemüllerei in Genua 40 Prozent usw. Auch die Webereien und Spinnereien, die so viel über die Verteuerung des Rohmaterials und der Kohle klagen, schließen nicht schlecht ab. Zwei Baumwollwebereien von Busio Arzizio erzielten 25 und 30 Prozent Reinertrag; die Wollweberei Targetti in Mailand 40 Prozent. Aber die eigentlichen Kriegslieferanten muß man in der Metallindustrie suchen. Die Aktiengesellschaft „Ferriere Piemontese“ verzeichnet einen Reinertrag von 38 Prozent. Die für den Krieg ins Leben gerufene Aktiengesellschaft „Società Proiettili“, Turin, konnte von dem Jahresgewinn ihr Aktienkapital von 600 000 Lire auf 2 000 000 Lire erhöhen; die Eisengießerei „Fonderia Milanese“ brachte es auf rund 30, die Eisenwerke Bolteni auf rund 50 Prozent, die Hochöfen von Lovere auf 33, die „Metallurgia Franchi Grifini“ auf 64 Prozent Reinertrag. Auch die Schiffahrtsgesellschaften haben ihren Teil an dem Goldregen der schweren Zeiten. Die Navigazione Generale Italiana gibt 24 Prozent Reinertrag zu; die Navigazione marittima 28 Prozent; die Società Puglia 20 Prozent. In wiederholten Protesten in der Presse und zur Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung hat der Jahresabschluss der Società di Navigazione Alla Italia geführt. Diese Gesellschaft war mit einem Aktienkapital von 5 Millionen gegründet worden und hatte im Jahre 1915 einen Reingewinn von 230 Prozent erzielt; im laufenden Jahre verdiente sie in sieben Monaten weitere 12 1/2 Millionen, worauf sie es für zweckmäßig hielt, in Liquidation zu treten. Ihre sämtlichen Dampfer waren vom Staate requiriert. Dasselbe gilt von dem Material der Venetianischen Schiffahrtsgesellschaft, die mit einem Aktienkapital von 4 Millionen einen Reinertrag von 118 Prozent einheimste. Die Angaben zeigen, daß sich auch in Italien, wie in allen kriegsführenden Staaten, eine Verschiebung des Reichtums und eine ungeheure Verschleunigung in der Kapitalanhäufung vollzieht; ein Prozeß, der in Italien besonders zum Schaden der südlichen Provinzen gereichen muß, die so gut wie vollständig vom industriellen Leben ausgeschlossen sind.

Soziales.

Der Tod infolge Lebensrettung eines anderen — kein Betriebsunfall.

Der Arbeiter B. war als Aufseher in einem Betriebe beschäftigt, der das Abfeilen des Schloßsteines vornahm. Am 10. Februar betrat den See ein Mann, der auf dem Eise einbrach und unterging. B. eilte zur Hilfeleistung herbei, brach jedoch selbst, ungefähr 10 Meter von der Unglücksstelle entfernt, ein, und erlitt hierbei den Tod.

Die Lager-Verzehrungsgenossenschaft wies den Anspruch der Hinterbliebenen auf Entschädigung zurück, weil ein Betriebsunfall, im Sinne der Unfallgesetzgebung nicht anerkannt werden kann. Die Genossenschaft erklärte, daß B. weder im Interesse, noch im Auftrage des Unternehmens sich von seiner direkten Arbeitsstelle hinweggeben hatte, und aus eigenem Antrieb einen in Gefahr des Ertrinkens geratenen Spaziergänger beistehen wollte.

Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin mißbilligt die eingelegte Berufung zurück; auch das Reichsversicherungsamt den gegen diese Entscheidung eingelegten Rekurs. Das Reichsversicherungsamt sagt, daß sich B., als er dem Spaziergänger, der auf dem Eise eingebrochen war, zu Hilfe eilte, von dem Betriebe losgelöst hatte. Die ganze Fläche des Sees war für B. kein Betriebsgebiet, sondern nur der Teil mit nächster in Beziehung stehender Umgebung, wo er mit Eisbrechen beschäftigt war. („Seine Hilfeleistung diente auch nicht dazu, Schaden vom Betriebe abzuwenden, sondern entsprang der allgemeinen Menschlichkeit, dem in Lebensgefahr befindlichen Nächsten beizustehen.“ Die eingebrochene Person war ohne jede Beziehung zum Betriebe, in dem B. beschäftigt war.) Der Hinweis, daß der Unfall des B. nicht eingetroffen wäre, wenn er nicht gerade auf dem See gearbeitet hätte, erschien dem Reichsversicherungsamt nicht geeignet, eine andere Entscheidung treffen zu müssen. Als Voraussetzung für die Annahme eines Betriebsunfalles müsse gelten, daß der Verletzte, als er der Gefahr erlag, im Betriebe beschäftigt war. So käme eine Gefahr des täglichen Lebens in Betracht; B. hatte sich, als er zu Hilfe eilte, — vom Betriebe losgelöst.

Die Bestimmungen des Gesetzes sind hier zu eng ausgelegt worden. Wenn es auch als Menschlichkeit angesehen werden muß, dem Nächsten zu helfen, der sich in Gefahr befindet, so kommt doch im vorliegenden Falle in Betracht, daß B. zur Hilfeleistung besonders doch deswegen kam, weil er auf der Unfallstelle beschäftigt war. Die Entfernung von der Einbruchsstelle und der direkten Betriebsstelle kann hier nicht in Betracht kommen. Mit Recht weisen Kommentatoren der Reichsversicherungsordnung wie Roelle und Nabeling darauf hin, daß bei derartigen Fällen die Frage zu stellen sei: „Hätte der Verletzte nach menschlicher Voraussicht den Unfall auch erlitten, wenn er nicht zu der fraglichen Zeit im Betriebe beschäftigt gewesen wäre?“ Sie sagen mit Recht, daß, wenn diese Frage zu verneinen sei, dann das Erfordernis des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Betrieb und Unfall gegeben sei. Wiederholt haben wir an dieser Stelle dargelegt, daß die gesetzlichen Bestimmungen möglichst weit, im Zweifelsfalle zugunsten des Verletzten oder ihrer Hinterbliebenen auszuliegen seien. Auch dieser Fall dürfte aber geeignet sein, der Gesetzgebung als Material zu dienen.

Aus aller Welt.

Ein falscher Major.

Faßter unglücklich freche Schwindelchen leistete sich der Korbmacher Wilhelm Schulze aus Barren. Der schon vielfach vorbestrafte Mensch trieb sich nach Ausbruch des Krieges in den verschiedensten Gegenden Deutschlands umher und kam dadurch an

der Aushebung vorbei. Schließlich erlöschte man ihn aber doch und machte einen Armeearbeiter aus ihm. Seine Vorgesetzten erkannten bald, daß er ein ganz befähigter Kopf war und übertrugen ihm einen gehobenen Posten. Nach einiger Zeit wurde offenbar, daß er eine bewegte Vergangenheit hatte, und entließ ihn infolgedessen. Schulze befand sich damals in Ostpreußen. Er fuhr zunächst nach Königsberg und ließ sich dort eine Offiziersunteroffizierswohnung bauen. In dieser Lehrte er nach Barren zurück und bezog ein Zimmer der Geschloßfabrikation. Auch in dieser Stellung bemühte er sich vermöge seiner Fähigkeiten und erwarb sich bald das Vertrauen seines Arbeitgebers. Als Leiter der Geschloßabteilung hatte er öfters Reisen nach Militärbehörden zu unternehmen und diese brachten es mit sich, daß er zunächst zum Feldwebellieutenant, dann zum Leutnant und Oberleutnant „befördert“ wurde. Von diesen Auszeichnungen machte er V. von seinem jeweiligen Aufenthaltsort jedesmal sofort telegraphisch Mitteilung. Da mit den „Beförderungen“ Ausgaben verknüpft waren, bewilligte ihm V. wiederholt einige Hundert Mark Vorküsse, insgesamt 650 M., führte ihn auch in Bekanntenkreise und seiner Familie ein. Von seiner nächsten Reise Lehrte er als „Hauptmann“ und schließlich sogar als „Major“ zurück. Seine Kräfte war inzwischen auch schon mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt worden. Als „Major Schulze“ bereiste er dann noch mehrfach Oesterreich-Ungarn, wo er ebenfalls in Offizierskreisen verkehrte, bis er eines Tages als ganz gemeiner Schwindler entlarvt wurde. Auch Spionageverdacht schwebt noch gegen ihn. Die Oberfelder Strafkammer verurteilte den Herrn „Major“ gestern wegen Betrugs im Rückfalle zu zwei Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe oder weiteren 20 Tagen Zuchthaus.

Explosion in der Dessauer Gasanstalt.

Sonnabend mittag geriet auf bisher unaufgeklärte Weise Gas im Reingerraum der Dessauer Gasanstalt in Brand, worauf eine gewaltige Explosion erfolgte. In weitem Umkreise wurden alle Schaufenster und viele Fenster von Privathäusern zertrümmert. Militär nahm sofort die erforderlichen Absperungen vor. Nach ungefähr einhalbstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Weitere Teile der Gasanstalt sind von der Explosion nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Betrieb ist zwar gestört, und wahrscheinlich wird ein größerer Teil der Stadt am Abend ohne Licht gewesen sein, aber man glaubt, daß in den nächsten Tagen die Folgen der Explosion bereits beseitigt werden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Zwei Personen sind leicht verletzt. Das in der Nähe liegende Garnisonlazarett wurde sofort geräumt.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin, Sebaltsktr. 37/38.

Herrenmaßschneider Berlins!

Montag, den 6. November 1916, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Versammlung

Die bevorstehende Kündigung des Tarifs und welche Aufgaben erwachsen daraus den Kollegen. 16/17
Zahlreichen Besuch erwartet Die Kommission.

Die Zarengeißel

Sturmschreie aus hundert Jahren: Herausgegeben von Dr. Franz Diederich

In festem Umschlag gehftet 60 Pfennig

Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarenismus, der Rußland blutig knechtet u. Europa barbarisch bedroht. — Die Zarengeißel ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärtigen Krieges ist es hervorgegangen.

Zu beziehen durch die:
Buchhandlung Vorwärts
SW, Lindenstr. 3

Zigaretten

1,8 Pf. 1a 1000 Stck.	M. 12,80 u. 14,—
3 „ 1b 1000 „	„ 18,75 „ 20,—
4,2 „ 1c 1000 „	„ 24,— „ 27,—
6,2 „ 1d 1000 „	„ 35,— „ 43,—

Zigarillos
100 Stück von Mark 4,90 bis 7,80.

Zigarren
100 Stück von Mark 7,50 bis 60,—

Rauchtabak
50 Gramm-Paket . . . Mark 0,90.

Alle Waren nur prima Qualität.

Zigarettenfabriklager D. Haltrecher

Frankfurter Allee 78, a. d. Jungstr. Warschauer Str. 7, a. d. Boxhag. Str. Versand: Boxhag, Chaussee 19, II. Et. Telefon: Amt Alexander 960.

Höffner

Möbel-Großhändler, Berlin N. 22, Veleranenstr. 11-13 Hofmanns Hof

Kranzspenden

Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Wpl. 7903

kurzt Rob. Hall, Wpl. 11, Ringen-berg, Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise.

L. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden)
H. Gr. Frankfurter Str. 115 (Innere Anzeigeb.)
Auswahländerungen sofort. Amt Zentrum 7950. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

J. Baer,

Badstr. 26, Ecke Prinz-Allee

Herren- und Knaben-Kleider, Bekleidungs- u. Eleg. Paletots, Ulster, Joppen, Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung Billigste, feste Preise

Fabrik und Lager fertiger Pelzwaren

Jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Garantiert streng reelle Ware. Sonntags geöffnet.

Ferdinand Kalman

Kürschner-Meister
nur Kommandantenstr. 15, I. E. Kein Lad. Gegenüb. Beuthstr. Tel.: Zentr. 287. — Gegr. 1894.

Kriegsbeschädigten-Eigenheime

In jeder Gegend Häuser unter denkbar günstigsten Bedingungen auf beiderlei Seiten. 275/7

Deutsche Schnellbau A.-G.

Charlottenburg, Steinplatz 3. Kfz-Geschäft
38, — Miete, Abzahlung, Kaufkraft
Cauerstr. 14, Zigarrengeschäft.
Bestante Quantität

Suppen-Brüh

Würfel

100 St. 2,50, 500 St. 11,25, 1000 St. 20,—
Otto Reich, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Heines Werke

3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Auswahl -

sogar besonders sorgfältige Auswahl - ist jetzt, da im allgemeinen Interesse nur das Notwendigste angeschafft werden soll, natürlich doppelt geboten.

Sorgfältige Wahl einmal des Kleidungsstückes, das Sie sich anschaffen wollen, und zweitens des Geschäfts, in dem Sie Ihren Einkauf besorgen wollen.

Ein sorgfames Vergleichen von Preisen und Beschaffenheit der verschiedenen Angebote wird Ihnen die richtige Wahl leicht machen.



Zescher, farierter Wintermantel
mit höherer Niederbergierung.
Glockige Form, hochstellbarer Kragen.
32.50

Einfarbiger Paletot
neue, lose Form. Kragen und Mantelraum in moderner Art mit Pelz besetzt.
34.50

Jugendlicher Mantel
mit dem modernen flotten Pelerinentragen und Samit-Übertragen. Glockige Form.
25.50

Der jetzt so beliebte lange Mantel
aus warmen, flauschigen Stoff mit kleblamen Doppiriegel.
49.-



Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseest. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Mittwoch, den 8. November: Zahlabend in Groß-Berlin.

Aus Groß-Berlin.

Aus der Verbrauchsstatistik der Konsumgenossenschaft.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend macht in ihrem Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1915/16 beachtenswerte Angaben über den Verbrauch einiger wichtiger Waren. Eine Vergleichung des Geschäftsjahres 1915/16 mit dem vorhergehenden Geschäftsjahr 1914/15 und dieser beiden mit dem noch in die Friedenszeit fallenden Geschäftsjahr 1913/14 zeigt den Einfluß der Kriegszeit auf den Warenumsatz. Bei der Konsumgenossenschaft beginnt das Geschäftsjahr immer mit dem 1. Juli, so daß die Jahre 1914/15 und 1915/16 sich ungefähr mit den beiden ersten Kriegsjahren decken. Die in dieser Zeit eingetretene Zu- oder Abnahme des Umsatzes gibt ein Bild der tiefgreifenden Änderungen, die sich im Laufe des Krieges vollzogen haben. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Mitgliederbestand vom 30. Juni 1914 bis zum 30. Juni 1915 und zum 30. Juni 1916 von 86 514 auf 94 295 und 110 467 stieg. Gegenüber dieser ansehnlichen Mehrung der Mitglieder fällt die beträchtliche Abnahme des Umsatzes mancher Waren um so stärker ins Gewicht.

Sehr bedeutend war die Umsatzminderung bei den Fettwaren, deren Knappheit ja besonders fühlbar ist. Von Butter wurden in 1913/14 noch 1 108 384 Kilogramm verkauft, in 1914/15 aber nur 559 064 Kilogramm und in 1915/16 nur 555 416 Kilogramm. Das gleichzeitig bei Margarine der Umsatz gegenüber den 123 519 Kilogramm des letzten Friedensjahres sich im ersten und im zweiten Kriegsjahr auf 194 975 Kilogramm und 181 239 Kilogramm belief, konnte den Ausfall an Butter nicht wett machen. Dazu kommt, daß von Schmalz im letzten Jahr fast nichts mehr zu haben war. In 1913/14 verkaufte die Konsumgenossenschaft 339 358 Kilogramm Schmalz, in 1914/15 betrug die verkaufte Menge nur 252 121 Kilogramm und in 1915/16 konnten nur noch 30 557 Kilogramm verkauft werden. Bei Wurst- und Fleischwaren gibt der Bericht den Umsatz nicht nach dem Warengewicht, sondern nach dem Geldwert an. Verkauft wurden in den drei Jahren für 2 204 474 M., für 1 472 910 M., für 1 199 107 M., so daß trotz starker Preissteigerung der Gesamtbetrag fast bis auf die Hälfte des früheren herunterging. Nämlich gleich blieb der Umsatz in Heringen mit 804 Tonnen, 799 Tonnen, 827 Tonnen in den drei Jahren.

Anders als bei den Fett-, Fleisch- und Wurstwaren hat bei manchen pflanzlichen Nahrungsmitteln die Kriegszeit auf den Verbrauch gewirkt. Der Umsatz in Kartoffeln belief sich in 1913/14, 1914/15, 1915/16 auf 5 856 012 Kilogramm, 4 238 361 Kilogramm, 8 500 710 Kilogramm, also für das zweite Kriegsjahr auf etwa um die Hälfte mehr als für das letzte Friedensjahr. Das ist eine sehr viel stärkere Zunahme, als man sie nach der Mitgliederkehrung erwarten könnte. Stark zugenommen hat auch der Mehlumsatz: verkauft wurden von Roggenmehl 7 770 561 Kilogramm, 6 848 060 Kilogramm, 9 133 089 Kilogramm, von Weizenmehl 1 971 048 Kilogramm, 2 081 993 Kilogramm, 2 636 945 Kilogramm. Bedeulich ein Ergebnis der Kriegszeit ist die ganz außerordentliche Steigerung des Umsatzes in Kartoffelmehl von nur 63 707 Kilogramm in 1913/14 auf 435 899 Kilogramm in 1914/15 und 464 972 Kilogramm in 1915/16. Bei den Hülsenfrüchten fielen die Linsen im zweiten Kriegsjahr vollständig weg, nachdem im letzten Friedensjahr 82 350 Kilogramm und im ersten Kriegsjahr nur noch 20 147 Kilogramm verkauft worden waren. Der Umsatz in weißen Wollweiden belief sich in den drei Jahren auf 79 717 Kilogramm, 41 409 Kilogramm, 98 882 Kilogramm, er war also im zweiten Kriegsjahr erheblich höher als im letzten Friedensjahr. Von Erbsen wurden 270 556 Kilogramm, 155 225 Kilogramm, 168 869 Kilogramm umgesetzt. Gemüsekonserven hatten eine bedeutende Umsatzsteigerung: die Konsumgenossenschaft verkaufte 168 960 Dosen, 228 961 Dosen, 356 983 Dosen. Der Umsatz in Reis belief sich im letzten Friedensjahr auf 186 764 Kilogramm, im ersten Kriegsjahr auf 303 614 Kilogramm, aber im zweiten Kriegsjahr auf nur 76 144 Kilogramm. Dagegen stieg im zweiten Kriegsjahr der Umsatz in Reis beträchtlich: er war in den drei Jahren 106 518 Kilogramm, 113 844 Kilogramm, 166 320 Kilogramm. Sehr stark nahm der Verbrauch von Marmeladen zu, die ja bei dem Mangel an Butter und Fett den Brotausstrich ersetzen müssen. Verkauft wurden 87 865 Kilogramm, 117 581 Kilogramm, 188 671 Kilogramm, im zweiten Kriegsjahr weit über das Doppelte der Menge des letzten Friedensjahres. Eine ähnliche Steigerung hatte der Umsatz in Zucker mit 1 905 848 Kilogramm, 2 311 666 Kilogramm 3 329 893 Kilogramm.

Auch die Produktivbetriebe der Konsumgenossenschaft wurden durch den Krieg sehr fühlbar beeinflusst, am meisten die Bäckerei. Wegen andauernder Steigerung der Nachfrage nach Brot mußte der Bäckereibetrieb bedeutend erweitert werden. In den drei Jahren verbrauchte er an Mehl (Roggen- und Weizenmehl, in der Kriegszeit auch Kartoffelmehl usw.) 8 600 222 Kilogramm, 9 951 757 Kilogramm, 12 870 010 Kilogramm, und er vereinnahmte aus dem Umsatz in Brot (einschließlich Backwaren usw.) 3 206 393 M., 4 714 004 M., 6 868 791 M. Der Anteil des Umsatzes der Bäckerei an dem Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaft war schon vor dem Kriege recht groß und ist in der Kriegszeit noch sehr viel größer geworden. Er berechnet sich für die drei Jahre auf 18 1/2 Proz., 26 1/2 Proz., 28 1/2 Proz. des Gesamtumsatzes.

Die oben gegebene Auswahl von Waren wird genügen, zu zeigen, wie bei der Konsumgenossenschaft die Kriegszeit auf den Lebensmittelverkauf eingewirkt hat. Die trockenen Zahlen lassen ahnen, welche Schwierigkeiten überwunden werden mußten, damit die Lebensmittelversorgung der Genossenschaftsmitglieder sich den wechselnden Verhältnissen immer wieder anpassen konnte.

Zur Winterversorgung mit Kartoffeln.

Der Berliner Magistrat teilt mit: Die späte und geringe Kartoffelernte und der Arbeitermangel auf dem Lande haben es unmöglich gemacht, die Winterversorgung mit Kartoffeln so durchzuführen, wie dies im September geplant und bekanntgemacht war. Es soll jedoch versucht werden, allen denen, die für die Winterversorgung Bezugsscheine erhalten haben, soweit sie sich nicht etwa in der Zwischenzeit bereits Kartoffeln selbst aus der Provinz beschafft haben, wenigstens einen Teil der als Vorrat bestellten Kartoffeln zu verschaffen.

Der Magistrat beabsichtigt, den Inhabern von Bezugsscheinen zum Verbrauch in der Zeit vom 18. Dezember 1916 bis 18. März 1917 auf je den Bezugsschein einen Zentner Kartoffeln abzugeben. Der alte Bezugsschein gilt also nicht für die Zeit vom 20. November 1916 bis 18. März 1917, sondern vom 18. Dezember 1916 bis 18. März 1917 und berechtigt nicht wie ausgedrückt zum Bezüge von 1 1/2 Zentner, sondern nur zum Bezüge von einem Zentner Kartoffeln. Mit dem Verbrauch dieser Kartoffeln darf also erst am 18. Dezember begonnen werden.

Die Bezugsscheineinhaber erhalten gegen Vorlegung ihrer Bezugsscheine auf ihrer Provikommission eine Zwischenkartoffelkarte für die Zeit vom 20. November bis 17. Dezember, damit sie bis zum Beginn der Winterversorgung, nämlich den 18. Dezember, ihren laufenden Bedarf decken können. Die Zeit für die Abholung der Zwischenkarten wird noch bekanntgegeben werden.

Die Anlieferung der Wintervorratskartoffeln soll erfolgen in der Zeit vom Dienstag, den 7. November, an und wird sich bis Mitte Dezember erstrecken. Die Anlieferung geschieht, wie im September bekanntgemacht, hauptsächlich durch den Kleinhandel, der auf Grund der Kartoffelbezugsscheine die Wintervorratskartoffeln vom Großhändler zum Preise von 4 M. für den Zentner erhält und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht mehr als 4,75 M. zu fordern berechtigt ist. Entsprechend dem Ausdruck auf den Bezugsscheinen hat der Kleinhandeler die Kartoffeln für den Wintervorrat beim Großhändler zu bestellen und wird sie dann allmählich in den Wochen nach dem 7. November geliefert erhalten. Es wird der Bevölkerung nochmals eingeschärft, nicht auf Anlieferung in den ersten Wochen nach dem 7. November zu rechnen, da die Belieferung naturgemäß nur allmählich erfolgen kann.

Wer die Wintervorratskartoffeln selbst auf Grund der Bezugsscheine von einem der drei Bahnhöfe Nordbahnhof, Bernauer Straße, Ostbahnhof, Friedrichstraße 12/18, oder Hamburg-Lehrter Güterbahnhof, Heidestraße, in eigenen Säcken oder mit eigenem Fuhrwerk abzuholen wünscht, kann dies tun und bezahlt dann ab Eisenbahnwagen des Großhändlers 4,15 M. für den Zentner.

Um eine Ueberfüllung auf den genannten Bahnhöfen zu vermeiden, dürfen in der Woche vom 7. bis 12. November jedoch nur Personen, deren Zunamen mit den Buchstaben A—D beginnt, auf den genannten Bahnhöfen, und zwar in den Tagesstunden von 10 bis 8 Uhr Kartoffeln auf Grund der Winterkartoffelbezugsscheine abholen. Wer in den folgenden Wochen abholungs-berechtigt sein soll, wird noch bekanntgegeben werden.

Die Befolgung der Anordnungen der Beauftragten des Magistrats auf den Bahnhöfen, sowie der Eisenbahnbeamten muß den Abholern im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung dringend zur Pflicht gemacht werden.

Der Magistrat wird bemüht sein, an die Winterversorger nur wirklich lagerungsfähige Kartoffeln zu liefern; immerhin können in einer durchaus lagerungsfähigen Eisenbahnladung angebotene oder angeforderte Kartoffeln vorhanden sein, die dann in der Lieferung an die Haushaltungen miteithalten sind. Dementsprechend ergeht an die Bevölkerung nochmals die Aufforderung, die gelieferten Kartoffeln allmählich nach der Lieferung auszulösen und etwa vorhandene angeforderte Kartoffeln sofort auszulösen, damit die gelieferten Kartoffeln nicht angefaulen. Wiederholt wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Kartoffeln dauernd beaufsichtigt werden müssen, damit nicht durch Verderben übermäßiger Schwund entsteht.

Eine Wintervorratslieferung an Inhaber von Hotels, Gast- und Schankwirtschaften, Pensionate usw. kann erst geschehen, wenn die Belieferung der Haushaltungen beendet ist.

Zur Beschlagnahme der Bierdeckel.

Durch Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 1. Oktober 1916 (Rr. M. 1/10. 16. R. N. A.) sind alle in Brauerei-, Gastwirtschaft- und Schankbetrieben (s. V. Brauereien, Bierverlagen, Gastwirtschaften, Kaffeehäusern, Konditoreien, überhaupt Bierauskanten aller Art), ferner in Vereinen und Gesellschaften, Kantinen und Kinos vorhandenen aus Zinn bestehenden Deckel von Biergläsern und Bierkrügen, einschließlich der dazu gehörigen Scharniere, beschlagnehmbar.

Nach den Ausführungsbestimmungen des Magistrats Berlin vom 8. November 1916 sind diese Gegenstände mittels des vorgeschriebenen Vordruckes zu melden. Die Meldedrucke sind bei den Steuerämtern, in deren Bezirk sie sich befinden, zu entnehmen und nach vorschriftsmäßiger Ausfüllung bei derselben Steuerklasse bis zum 11. November 1916 abzuliefern.

Die Entlohnung erfolgt auf Grund besonderer Anordnung, die jedem Besitzer solcher Gegenstände später zugehen wird.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Bierglas- und Bierkrügel in Privathaushaltungen durch die Verordnung nicht betroffen werden, also noch nicht zu melden sind. Ebenfalls sind zu melden Deckel und Scharniere von zinnernen Krügen und Totalen, sowie Ränder, Einfassungen und Scharniere aus Zinn, sofern die dazu gehörigen Deckel nicht aus Zinn bestehen.

Nachfrage nach Segeltuchen, Zeilen usw.

Berlin, 4. November. (B. L. V.) Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung gibt bekannt, daß zurzeit größerer Bedarf an Segeltuchen, Plan- und Zeilstoffen vorliegt. Auch fertige Pläne und Zeile, ungebrauchte wie gebrauchte, letztere jedoch nur in gut erhaltenem Zustande, kommen in Frage. Angebote sind von den Eigentümern auf den hierfür bestimmten Vordruck an das Westförmeldamt, Berlin SW 48, Werl Hedemannstr. 11, zu richten. Vordrucke für Angebotschreiben sind bei der Vordruckverwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung und den zuständigen Handelskammern erhältlich.

Sieben Pfund Kartoffeln pro Woche. In der Woche vom 6. bis 12. November dürfen auf jeden der Abschnitte 28 der Kartoffelkarte ein Pfund, zusammen also höchstens 7 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Montag, den 6. November 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,80 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,00 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,15 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,25 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,55 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,70 M., große (von 4 Pfund und mehr) 1,90 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 2,55 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zufuhr ungenügend.)

Arbeiter-Bildungsschule. Heute, Sonntag abend 8 Uhr, findet der zweite Vortrag der literarischen Vortragsserie „Dichter des freien Menschentums“ statt. Genosse Heinrich Ströbel wird über Leben und Werke des englischen Dichters Shelley sprechen.

Der Vortrag findet im Hofsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof, 3 Treppen rechts, statt. Eintrittspreis 10 Pf.

Erstochen hat in der Nacht zu Sonnabend der Väter Arno Schneider aus der Lothringer Straße 41 den Vergolder Emil Dering, der in der Anklamer Straße 22 eine Stube bewohnte. Schneider war eingezogen zu einem Ersatzbataillon und erfuhr, daß seine Frau in seiner Abwesenheit es mit Dering hatte. Das veranlaßte Schneider zu seiner Tat. Dering wurde gestern früh blutüberströmt in den letzten Zügen liegend aufgefunden; ärztliche Hilfe war vergebens. Schneider stellte sich selbst der Polizei, die ihn der nächsten Militärwache übergab.

Die Treptower Laubenkolonisten

brauchen, wie man uns im Anschluß an ihre Preisversammlung aus Treptow schreibt, um ihr Laubengelande für die nächste Zeit nicht besorgt zu sein. Die Erregung ist wohl hauptsächlich dadurch entstanden, daß einer kleinen Anzahl von Laubenkolonisten an der Parkstraße, dicht beim Treptower Rathaus, ihr Gelände gekündigt worden war. Sie mußten im September abziehen, weil hier die Gemeinde Treptow ihre Wintervorräte zur Nahrungsmittelversorgung bereits eingemietet hat. Dieses geräumte Gelände verbleibt aber neben der Gemeindefläche des Laubengelandes. An eine baldige Bebauung ist schon wegen des Krieges und auch für die ersten Jahre nach dem Kriege kaum zu denken. Wenn es wirklich soweit ist, werden die einzelnen Kolonisten, deren Zahl weit über hundert beträgt, auch nur nach und nach geräumt werden müssen. Einmal muß ja, da die Entwicklung auch hier nicht stehen bleibt, von der Scholle geküldert werden, aber das liegt für die überwiegende Mehrheit der Treptower Kolonisten noch in der Ferne. An der Kiehlholzstraße auf der Neuföllner Geländefläche haben erst in diesem Herbst zahlreiche Landpächter neue, große und feste Wohnlauben aufgerichtet, nachdem sie sich vergewissert, daß das Gelände noch lange von der Bebauung frei bleibt.

Ein Betrugschwindler wurde wieder einmal festgenommen, der verschiedenen Bräuten erhebliche Summen abgeschwindelt hatte.

Herbstkonzert. Am Sonntag, den 12. November, abends 7 Uhr, veranstaltet der Gesangsverein Männer- und Frauenchor D. S. M. d. D. A. S. Chormeister E. Thilo in der Singakademie ein Herbstkonzert. Außer Männer- und Frauenchöre kommen auch gemischte Chorwerke zum Vortrag. Zur Mitwirkung sind die Solisten Professor Otto Weder (Orgel), Konzertfängerin Gina Götz (Altistin) sowie Kapellmeister Eduard Lehn (Bläser) gewonnen. Eintrittskarten a 75 Pf. inkl. Garderobe und Lieberterte sind bei H. Kupfer, Petersburger Str. 66 I, P. Schneider, Hufelandstr. 30, Zigarrengeschäft, und H. Masche, Kopernikusstr. 1, Zigarrengeschäft, zu haben.

Kleine Nachrichten. Ein Lederdiebstahl ist bei der Firma Winstwanger, Prinzeßinnenstraße 18, verübt worden. Es wurden erhebliche Mengen Saffianleder entwendet. — Ein wertvolles Lederlager wurde am Wedding bei einem Schuhmacher, der eine Wollschafstriebe betrieb, entdekt. Der Lederbestand bestand größtenteils aus Treibriemen, die einem Diebstahl entflammen. — Laubendiebe haben in Grünau Lauben erbrochen und Hühner und Kaninchen mitgenommen.

Verloren wurde am letzten Sonnabendnachmittag auf dem Wege von Neudölln bis zur Nordweger Straße eine silberne Kette mit Medaillon, die ein Andenken darstellt. Der Finder wird um Abgabe an Reimer, Neudölln, Teupitzer Str. 13/14, Hof 4 Tr., gebeten.

Aus den Gemeinden.

Die Straßenbahnfrage in Neudölln.

Mit der Groß-Berliner Straßenbahnangelegenheit beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung die Verkehrsdeputation. Nach eingehender Behandlung der Angelegenheit wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt, der der nächsten Stadiverordnetenversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll:

„Die Verkehrsdeputation steht auf dem Standpunkt, daß von einem Erwerb des Straßenbahnunternehmens zurzeit abzusehen ist, daß jedoch eine Befreiung des in Berliner Verträge zum 1. Januar 1920 vorgezeichneten Staffeltarifs erstrebt werden muß. Die Deputation hält es für richtig, daß sofort die Weiterbehandlung der Angelegenheit durch eine gemischte Kommission des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung erfolgt.“

Aus dem Ausschuß in Richtenberg. In Beantwortung einer Anfrage, die sich auf den Ankauf der Großen Berliner Straßenbahn durch den Zweckverband bezog, erklärte Oberbürgermeister Tietzen, daß die Angelegenheit im Ausschuß wohl besprochen sei, da nach den Verträgen die Kündigung 1917 erfolgen müßte; daß aber noch gar nicht ernstlich die Rede davon wäre, die Straßenbahn unter den jetzigen Verhältnissen zu erwerben. — In der darauf stattfindenden Besprechung kritisierte Genosse Tempel das Verhalten des Verbandsdirektors in dieser Frage und weißt nach, daß jetzt wohl die ungünstigste Zeit zur Uebernahme wäre. Nach sachverständigem Urteil müßten mindestens 10 Millionen Mark zur Instandsetzung der Schienenwege und des rollenden Materials in das Unternehmen gesteckt werden. Er sei überhaupt der Auffassung, daß das ganze Wagnis bloß eingeleitet sei, um einen höheren Tarif durchzusetzen, damit die Gewinne der Aktionäre auf Kosten des schmerzenden Publikums, vor allem der arbeitenden Klassen gesteigert würden. Eine wirkliche Rollage der Straßenbahn wäre gar nicht vorhanden, wie die geringen Einnahmen und die zurückgelegten Wagenkilometer beweisen. Sollte es trotzdem zu einer Erhöhung der Tarife kommen, so würde die sozialdemokratische Fraktion immer noch den Staffeltarif einem erhöhten Einheitspreis vorziehen, da der größte Teil der Mitfahrenden nur eine 10-Pf.-Tour benutzt. — Mehrere bürgerliche Redner sowie Genosse John zeigten, daß die Verhandlungen im Ausschuß des Zweckverbandes wohl doch nicht so harmlos seien, wie der Oberbürgermeister die Sache hinstellen wollte. Dann wäre auch mit einschlägigen äußeren Einwirkungen zu rechnen. Bei einer spä-

leren Verhandlung behalten die Fraktionen sich vor, eine Kommission zur Prüfung der ganzen Angelegenheit einzusetzen.

Die Vorlage des Magistrats, zum Wiederaufbau der Stadt Ilowa (Kreis Reichenburg), für die Richtenberg und Stralau die Pensionspflicht übernommen haben, 25 000 M. zu bewilligen, wurde mit der Aenderung, nur 10 000 M. statt 25 000 M. zu geben, angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch den Genossen Tempel erklären, daß sie grundsätzlich die Vorlage ablehne, weil der Wiederaufbau der eingedörrten Orte Aufgabe des Reiches sei. Persönlich wies der Redner zurück, seinen Namen unter einem Aufruf in dieser Angelegenheit zu setzen. Er habe nur versäumt, auf das ihm zugefandte Schreiben zu antworten, woraus die Urheber des Aufrufes nicht folgern könnten, daß er einverstanden sei.

Aus dem der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Nachweis über Kriegsausgaben Lichtenbergs bis Ende September 1918 ist hervorzuhelien, daß die Stadt in dieser Zeit an Gemeindeunterstützung über 7 Millionen Mark, an Mietunterstützung für Kriegsteilnehmer fast 2 1/2 Millionen Mark, an Wochenbeihilfen, Kur- und Verpflegungskosten 1/2 Million Mark und an Erwerbslos- und Textilarbeiter in bar und Naturalien eine 1/2 Million Mark gezahlt habe.

In der Sitzung vom 12. Oktober wurden auch zwei Sozialdemokraten zu Stadträten gewählt. Genosse Hermann Müller, Gewerkschaftssekretär bei der Generalkommission, erhielt 45 von 53 Stimmen und Genosse Theodor Ritter, Kassentendant, erhielt 43 von 53 Stimmen. Zur Wahl standen 6 Stadträte. — Im weiteren wurde über eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt betr. der Lebensmittelversorgung und Herabminderung der Lebensmittelpreise. Genosse Wirus begründete die Anfrage in eingehender Weise und legte namens der Fraktion nachfolgende Resolution vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Ernährung der Lichtenberger Einwohner für die bevorstehende Zeit sichergestellt wird. Da notwendige Lebensmittel wiederholt zurückgehalten wurden, empfiehlt die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat, dafür einzutreten, daß die vorhandenen Lebensmittel beschlagnahmt und Höchstpreise für Produzenten, Großisten und Detaillisten festgesetzt werden, wobei jeder übermäßige Gewinn unbedingt auszuschalten ist. Die zur Volksernährung notwendigen Lebensmittel sind unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der schwerarbeitenden Bevölkerung rationell zu verteilen.“

Um die Innehaltung aller im Interesse der Volksernährung getroffenen Maßnahmen kritisch überwachen zu können, wolle der Magistrat besondere Revisionsbeamte anstellen und erwartet die Stadtverordnetenversammlung, daß gegen diejenigen, die die Bestimmungen nicht beachten, rücksichtslos vorgegangen wird. Ferner wolle der Magistrat bei den in Betracht kommenden Behörden dafür eintreten, daß die gegenwärtigen Preise für Mehl, Brot, Fleisch, Kartoffeln, Obst, Gemüse, Eier usw. sofort herabgesetzt werden.“

Nach einigen zustimmenden Bemerkungen anderer Redner wurde die Resolution einstimmig angenommen. Ein Antrag auf Einsetzung einer Nahrungsmitteldeputation während des Krieges wurde angenommen.

Die Gemeindevertretung von Reinickendorf wählte in ihrer letzten Sitzung an Stelle des zum Heere einberufenen Besitzers Schliebener den Genossen Deneke in das Miet-einigungsamt. Bei dieser Gelegenheit machte der Vorsitzende des Mieteinigungsamts, Rechtsanwalt Pinus, der Versammlung Mitteilung von einem Vorkommnis, das in jetziger Zeit ganz besonders starkes Befremden erregen dürfte. Auf Vorschlag von sozialdemokratischer Seite wurde von der Gemeindevertretung bei Errichtung des Mieteinigungsamts der seit 28 Jahren bei der am Ort ansässigen Firma Kähler

u. Co. beschäftigte Werkmeister Klamann gewählt und bewährte sich, wie der Vorsitzende betonte, durchaus in dieser Tätigkeit. Die Uebernahme dieses Amtes war ihm auf seine vorherige Anfrage von der Firma gestattet worden. Trotzdem schrieb diese eines Tages an den Vorsitzenden des Mieteinigungsamts, daß sie ihrem Angestellten die für die Ausübung der Funktion benötigte freie Zeit nicht mehr gewähren wolle und verlangte die Befreiung Klamanns von der Tätigkeit, die dieser im Interesse der Allgemeinheit ausübe. Der Vorsitzende lehnte unter Hinweis auf die einschlägigen Bundesratsbestimmungen und aus moralischen Gründen diese Anforderung ab, erklärte aber, diesen Besitzer nur möglichst schonend zu den Sitzungen heranziehen zu wollen. Trotzdem wurde Klamann von seiner Firma seines Postens als Werkmeister entbunden und wird nur als Lagerarbeiter weiter beschäftigt. Der Vorsitzende hielt mit seiner Entrüstung über das rücksichtslose, jeden Gemein-sinns bare Vorgehen der Firma Kähler u. Co. nicht zurück und betonte gegenüber dem Fabrikbesitzer Wacker, der die Tatsachen für so ungeheuerlich hielt, daß er glaubte die Richtigkeit der Mitteilungen anzweifeln zu müssen, daß seinen Mitteilungen die von ihm mit der Firma gepflegene Korrespondenz zugrunde liege, die die volle Wahrheit seiner Mitteilungen verbürge. „Wollte sich in manchen Köpfen so wunderbar der Geist der „Neuorientierung“? — Durch Einziehung von Sachbeamten ist deren Zahl so gelichtet, daß die Sicherheit des Nachwachsdienstes darunter gefährdet ist. Die nicht ganz von der Hand zu weisen Klagen der Einwohner über Unsicherheiten zwingen zur Verstärkung des Nachwachspersonals. Es sollen 25 Beamte eingestellt werden. — Die Errichtung eines paritätischen kommunalen Arbeitsnachweises wurde — vorbehaltlich der Genehmigung des noch vorzuliegenden Statuts des Nachweises — prinzipiell genehmigt. — Das der Gemeinde für Zwecke der Waisenfürsorge von dem Hofbuchhändler Eduard Müller ausgeführte Vermächtnis von 150 000 M. beschließt die Gemeindevertretung mit Dank anzunehmen. — Bei Eintritt in die Verhandlung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Gemeindevorsteher Schulze (Soz.) wegen Verzug seines Mandat niedergelegt habe. Die Neuwahl findet nach Vereinbarung im Laufe des Winters statt.“

Aus der Köpenicker Stadtverordnetenversammlung.

Am letzten Freitag fand an erster Stelle die Vorlage einer Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter und Angestellten. Der Kommissionsantrag fand einstimmige Annahme und werden rückläufig vom 1. Oktober folgende Zulagen gewährt: bei Ledigen bis zu einem Einkommen von 4500 M. 20 M. pro Monat, bei Verheirateten bis zu 2 Kindern 37,50 M. und bis zu 4 Kindern 45 M., für jedes weitere Kind 5 M. Die Grenze bei den Verheirateten beträgt 6000 M. Teuerungszulage und Gehalt darf jedoch 4500 bzw. 6000 M. nicht übersteigen. Lehrlinge erhalten eine Zulage von 5 M., städtische Pensionäre 20 M. und Witwen von früheren Pensionären 10 M., sofern sie im Stadtgebiet Köpenick wohnen. Als besonderer Erfolg der Bemühungen unserer Genossen in der Kommissionsberatung darf gebucht werden, daß auch die Frauen der städtischen Angestellten, die zum Heere eingezogen wurden, die Hälfte der Teuerungszulagen erhalten, sofern allerdings nicht das volle Gehalt gezahlt wird. Sämtliche Zulagen beziehen sich nur auf die ständigen Arbeiter und werden die Bezüge der während des Krieges eingestellten Personen von Fall zu Fall durch den Magistrat geprüft.

Das städtische Gaswerk schließt mit einem Ueberschuß von 45 901 M. ab, die Rechnung der Straßenbahn weist ein Defizit von 1885 M. auf. — Das im Juni d. J. hier verstorbenen Fräulein Affenburg hat die Stadt zur Erbin eingesetzt. Die Erbschaft beträgt 160 400 M., woraus eiliche Legate zu beden sind. Die Zinsen sollen nach dem Willen der Erblasserin zu Unterstützungszwecken verwendet werden. Die Versammlung beschloß die Annahme des Vermächtnisses. — Der Fach- und Fortbildungsschule der Barbieren wurden 150 M. als Zuschuß bewilligt.

Die Winterversorgung der Stadt Berlin-Wilmersdorf mit Kartoffeln ist für die Allgemeinheit durch Einmieten bzw. Einkellern von ausfortierter Ware in etwa dreifachem Betrage des Vorjahres nennmehr abgeschlossen. Wenn die Stadt von der ursprünglich geplanten Winterversorgung der Haushalte mit dort einzulagernden größeren Mengen von Kartoffeln absieht, so wird sie dazu durch die Ertragslage bestimmt, daß bei dem frühen Eintreten des Frostes in diesem Jahre einzelne Kartoffeln, die gelitten haben, größere Haushaltungsvorräte gefährden könnten. Die augenblicklich von den Landwirten angelieferten Kartoffeln sind ja der täglichen Ernte, nicht etwa den vor Eintreten des Frostes eingemieteten Beständen entnommen. Dagegen erscheint es möglich und zur Ueberwindung vorübergehender Belieferungs-schwierigkeiten, wie sie bei plötzlichem Frost für Kleinbändler eintreten könnten, wünschenswert, allen Haushaltungen kleinere Bestände für etwa 2-3 Wochen zur Verfügung zu stellen, die durch Unterbringung in den Räumen der Haushaltungen bequem kontrolliert und, soweit erforderlich, durch die laufend gelieferte Ware ausgetauscht werden können. Die diese Maßnahme im einzelnen regelnde Bekanntmachung wird Anfang nächster Woche erlassen werden.

Parteiveranstaltungen.

Karlshorst. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 8. November, abends 7/9 Uhr, im Fürstendamm, an der Prinz-Albini-Strasse. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Halbjahr. Bericht von der Verbandsgeneralsammlung, Mitteilungen und Beschlüsse. Da die Versammlung bis 11 Uhr tagen darf, wird pünktlich bezogen. Mitgliedsbücher vorzeigen!

Friedrichsfelde. Am Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Sadbrink, Berliner Straße. Vortrag des Genossen Fahrman über Verhandlungen in Groß-Berlin.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Heute Sonntag, abends 7 Uhr, bei Henkel, Reimlinger Straße 8, spricht Herr August Neumann-Berlin über: „Jugend und Alkohol“. Augenblicke, erscheint pünktlich und bringt Eure Eltern mit.

Sozialdemokratischer Kreisverein Cicely. Am Dienstag, den 7. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Clement, Lippelstraße 7. Vortrag des Genossen Weis: „Die Vorgänge in unserer Partei“.

Dritter Kreis. Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14/15.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends, S. IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterscheidungsbezeichnung. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und Vergleiche bringt man in die Sprechstunde mit.

1000. Vorwärts. Der Termin wird vom Gericht festgesetzt. Wenden Sie sich an Ihren Anwalt mit der Bitte, dieser möge in Rücksicht auf Ihre Notlage einen baldigen Verhandlungstermin bei Gericht beantragen. — **N. G. 25.** 1. Die staatliche Unterhaltung für ein Kind beträgt 7,50 M. monatlich, dazu kommt der kommunale Zuschlag, der nicht in allen Städten gleich hoch ist. 2. Wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. 3. Rein. — **7. G. N. 203.** Sie haben Anspruch auf Invaliden- oder Krankentrente. Sie konnten während der Militärzeit gar keine Marken kochen. Die Militärzeit wird Ihnen als Beitragsleistung angerechnet. — **N. Z. 81.** Zunächst kommt Ihr Ehemann als Erbe in Betracht; nur wenn er verstorben wäre, würden die Kinder erben, nicht aber Sie. Sie haben kein Erbrecht an dem Nachlaß der Schwiegermutter. — **Zi. N. 421.** Der Antrag auf Erhebung ist an den Amtsgericht zu richten. — **N. Z. 25.** Darüber sind noch keine Bestimmungen getroffen.

HERMANN

ALEXANDERPLATZ LEIPZIGER STRASSE FRANKFURTER ALLEE

Schwarze Damen-Filzhüte

moderne kleine 275 grosse 325
Formen 2 Formen 3

110a

Kleiderstoffe

- Gestreifte Blusenstoffe mittelfarbig .. Meter 1⁶⁵
- Doppeltbreite Karos dunkle Farben, Meter 2⁶⁵
- Gestreifte Stoffe mit Kunstseide, Meter 2⁶⁵
- Doppeltbreite Schotten mit Kunstseide, Meter 3²⁵
- Kunstseidenstoffe doppelt breit, gefaltet .. Meter 5⁹⁰
- Sackkleiderstoffe grau, etwa 120 cm breit .. Meter 6⁹⁰
- Reinwollene Schotten etwa 110 cm br., Meter 3⁹⁰

Sammet

- Hut-Sammet schwarz u. dunkle Farb., Meter 2²⁵
- Röper-Sammet in verschiedenen Farben, Meter 3⁹⁰
- Blusen-Sammet schwarz, Bandstreifen .. Meter 6⁵⁰
- Röper-Sammet 70 cm breit, in verschiedenen Farben .. Meter 6⁹⁰
- Röper-Sammet 70 cm breit, schwarz und farbig .. Meter 7⁹⁰
- Röper-Sammet 70 cm breit, schwarz und farbig .. Meter 8⁹⁰
- Mantel-Sammet farbig, breit gefaltet .. Meter 8⁹⁰

Nichtbezugs-scheinpflchtig

Seide

- Helvetia-Seide in verschieden. Farben, Meter 1⁹⁵
- Karos u. Streifen schwarz-weiß. Meter 2⁴⁵
- Schotten reine Seide in dunklen Stellungen, Meter 2⁴⁵
- Reitendruck-Seide (China) .. Meter 5⁹⁰
- China-Krepp doppelt breit, in verschiedenen Farben .. Meter 6²⁵
- Kaschmir-Seide in verschieden. Farben, Meter 7⁵⁰
- Kleider-Saft doppelt breit, schwarz und farbig .. Meter 7⁹⁰

Nichtbezugs-scheinpflchtig

Doppeltbr. Kleiderseide 4⁹⁰ 5⁹⁰ 6⁵⁰ 7⁹⁰
schwarz und farbig, bewährte Qualität .. Meter

Lindener Rippen-Sammet 4⁹⁰ und 6⁹⁰
schwarz und farbig, 70 cm breit .. Meter

Kinderbekleidung

- Kinder-Mäntel aus farbigen Stoffen, gefaltet, 45-70 cm lang, .. Meter 10⁷⁵
- Mädchen-Mäntel aus grauem, warmem Stoffen, offen u. geschlossen, zu trag., 70-100 cm lg., 70 cm lg., jede weitere Größe 1.25 mehr .. 21⁰⁰
- Kinder-Kleidchen aus rottem Velour, 45 cm lang .. 9⁷⁵
- Knaben-Anzüge eleganteste Federstoffe, aus gemusterten Stoffen für 6-10 Jahre, für 8-10 Jahre, jede weitere Größe 1.00 mehr .. 14²⁵
- Kinder-Kleidchen hübsche Schermermaier mit beständigem Ueberrocken, 50-70 cm lg., 50 cm lg., jede weitere Größe 75 Pf. mehr .. 12⁵⁰
- Mädchen-Kleider Schlingkleider, in Feinwolle, aus guten Material, Stoff, für 6-12 Jahre, 1.00 Jahre, jede weitere Größe 1.25 mehr .. 19⁷⁵
- Knaben-Anzüge Velour-Helvetia-Form, a. wärmer Cheviot u. Cashmere, 1.5-10 Jahre, 1.00 Jahre, jede weitere Größe 1.00 mehr .. 20⁷⁵
- Knaben-Älster aus verschiedenem Material, Stoffen, gang gefaltet, für 4-14 Jahre, für ca. 4 Jahre, jede weitere Größe 75 Pf. mehr .. 16⁵⁰

Herrenbekleidung

- Winter-Mäntel graue oder braune Wollstoffe, mod. Formen 56⁰⁰ 75⁰⁰ 98⁰⁰
- Paletots dunkelgraue schw. Cheviots mit Sammettrag 56⁰⁰ 81⁰⁰ 110⁰⁰
- Sackel-Anzüge gemusterte Cheviotstoffe, einreihig .. 54⁰⁰ 65⁰⁰ 85⁰⁰
- Beinkleider haltbare Qualitäten, solide gefaltet .. 13⁵⁰ 19⁵⁰ 24⁰⁰
- Jünglings-Mäntel mit Rückengurt, in verschiedenen Farben 44⁰⁰ 65⁰⁰
- Jünglings-Anzüge Gr. 38-43, in prakt. Farb., verschied. Fassons 39⁰⁰ 62⁰⁰

Fürs Feld: Gummi-Mäntel, Del-Mäntel, Aermel-Westen in großer Auswahl.

Spielwaren-Ausstellung

Leipziger Straße: Bilder aus der guten alten Zeit * Alexanderplatz: Die Seeschlacht am Stagerrat